

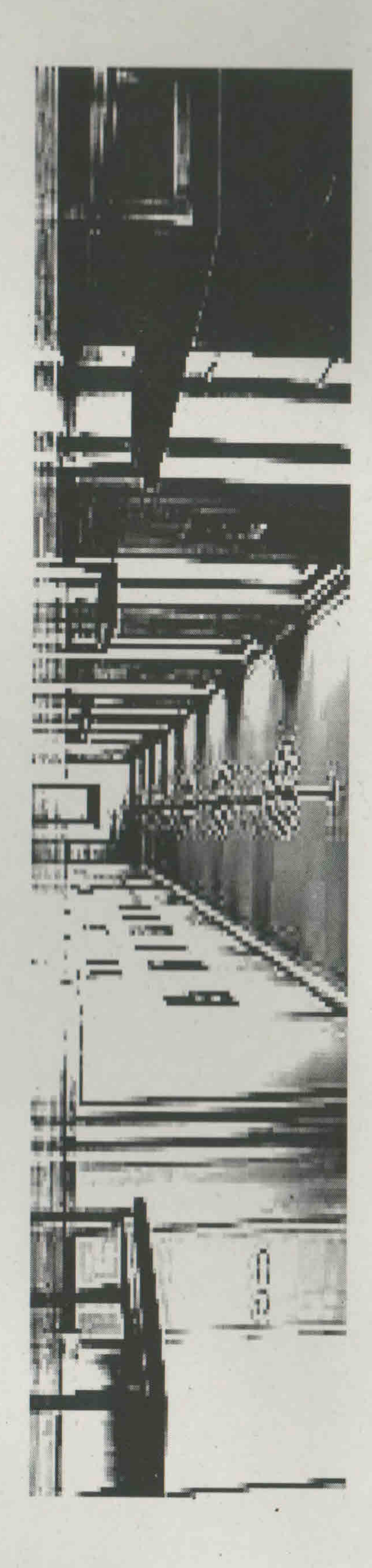
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04

Deutschlands friedliche Gefechte

- Kritik der Jugendgruppen in Leipzig
- Interview: Antifaschistische Jugendfront
- SIS-Grenzcamp in Strasbourg revisited



Inhalt



Schwerpunkt

Diskussion

Interview

Dokumente

Rezeption



Editorial

So wie uns im Sommer diesen Jahres die Debatte um eine Israel Solidaritäts- „Bewegung" dazu bewegte, dieses Thema als Schwerpunkt zu wählen, so haben wir uns in der euch vorliegenden- in der Dritten[1] - Ausgabe dafür entschieden, als Schwerpunkt die mögliche US-Intervention im Irak zu wählen. Meinungen von Personen und Gruppen zum Thema sind auf den Seiten 4 ff. zufinden.

Ein Thema wurde, in der Linken, nicht ernst genommen: Die sogenannte Jahrhundertflut in Sachsen! Einen Text zum Thema sucht ihr aber leider auch in incipito vergeblich. Mehr Glück habt ihr da im Cee ieh Newesflyer #92.

Was wurde diesen Monat nicht alles getan, um die fast einjährige Unterbrechung hinsichtlich symbolische Politik aufzuholen, gab es doch gleich drei Demonstrationen.

Zu der Demonstration am Wahlsonntag, den 22.9 des Bündnis gegen Rechts, findet ihr den umstrittenen Redebeitrag der Antideutsch- Kommunistischen Gruppe.

Nach dieser Demonstration ist es zu einer Diskussion bezüglich Nationalflaggen gekommen, da eine USA Fahne- ohne die Absicht diese anzuzünden, wie selten diese, doch immer ist- von einem Menschen auf der Demonstration am 22.9. geschwenkt wurde. Die Vorbereitungsgruppe für die Demonstration „Es gibt nichts zu feiern- Nie wieder Deutschland!" sah sich sogar gezwungen, alle Nationalflaggen zu untersagen, außer die Israels, denn in Israel gibt es laut eines Vertreters der Vorbereitungsgruppe keinen Nationalismus. Und Nationalismus wolle man aber bei dieser Demonstration eine klare Absage erteilen. Deshalb kann man auch die Israel Fahne erlauben, auch wenn man diesen Staat ja eigentlich nicht mag. So wurde dann auch, brav wie die Linke ist, keine Nationalflagge, die man als ordentlicher deutscher Linker lieber anzünden möchte, ausgenommen die Israelische, diese würde man zwar auch gerne verbrennen, getraut sich nur nicht den Wunsch zu äußern, mitgeführt. Doch gegen eine tschechische Fahne hatten die wenigsten etwas, es gibt wahrscheinlich dort keinen Nationalismus. Nach diesen zwei sehr langweiligen Demonstrationen- spannend und neu war nur die Loveparade- Stimmung am Wahlsonntag, und die bis dato ungewohnte Repression der Bullen- folgte eine Spontandemonstration. Anlass aber war nicht nur das Vorgehen der Bullen während der Demonstrationen, sondern auch Personalienkontrollen in linken Projekten. Es musste also richtiger Weise diskutiert werden was man gegen eine solche Repression unternimmt, ob dass was am 3.10 loswar das Richtige war, möchte ich bezweifeln! Die Wut packt mich nicht nur weil, die Bullen sich etwas rausgenommen haben was bis dato unmöglich war, sondern auch weil die Linke nichts, aber auch gar nichts gelernt hat.

So versammelte man sich am Samstagabend, um dann, mit großartigen „Wir Gefühl" die Karl- Liebknecht Straße stadteinwärts, zu marschieren und gegen Luxus und Kapital vorzugehen. Als sei nicht jedes Subjekt genauso viel oder wenig dafür verantwortlich, was hier läuft.

Man zerschmiss Schaufenster- erweckte so ein ähnliches Bild bei Menschen die es schon einmal erlebt haben wie Schaufensterscheiben zerschmissen wurden- von Banken und Mäc Geiz, zerstörte Automobile der Automarken Jaguar und Mercedes Benz, und fand dies gerechtfertigt dadurch, dass die Bullen ja schließlich auch machten was sie wollen. Außerdem konnte man mal seinen ganzen Frust ablassen den man seit dem 1.Mai in Berlin aufgestaut hatte. Die Linke konnte den Bürgern der Südvorstadt zeigen was links ist, nämlich ausgewählte Scheiben im vermummten Zustand, der Akt des Vermummens als Zeichen der Ich-Schwäche, und zu zeigen dass man eine Scham hat öffentlich zu zeigen, das man das was man eigentlich richtigerweise kritisiert, zerstört. Unterschied zum Pogrom: bei einem solchem muss man sich nicht vermummen, wenn man meint die richtigen Geschäfte kaputt machen zu müssen; und das Juden klatschen blieb glücklicherweise am 3.10 in Leipzig aus. Eine Linke muss sich ,will sie Antisemitismus entschieden bekämpfen, damit auseinandersetzen, was Juden empfinden wenn wieder einmal Schaufensterscheiben zerschmissen werden.

Das Mittel der Militanz muss also so gewählt werden dass in keinem Menschen irgendwelche schlechten Erinnerungen geweckt werden. Wie dies Geschehen kann, könnte man ja in der nächsten Ausgabe diskutieren?

Fabian (incipito)

[1] Ab der dritten Ausgabe erscheint incipito nciht mehr am Monatsanfang, sondern Mitte des Monats. Denn zu diesem Zeitpunkt wird die Druckerrei von keiner anderen Zeitschrift benutzt, viele Grüße an den Cee Ieh Newsflyer.



Deutschlands nächstes Gefecht

Die regierungsamtlich beteuerte Kriegsgegnerschaft Deutschlands im Fall Irak beruht auf kalkulierter Interessenpolitik. Aus dem selben Grund ist sie im Ernstfall nicht mehr und nicht weniger als Ideologieproduktion.

Wie gegen Amerika?

Die konfrontative Haltung der Deutschen gegenüber den USA ist keine Überraschung. Vorausgesetzt man nimmt die Welt nicht so, wie sie in der allgemeinen Öffentlichkeit erscheint: als Ansammlung von Staaten, die meist nur in Persona ihrer gewählten Repräsentanten wahrgenommen werden, die Freundschaft schließen, aber auch mal ein „verschnupftes" Verhältnis haben", ja schon mal eine ernsthafte Verstimmung aushalten müssen, wo letztendlich aber die Guten gegen die Schurken zusammenhalten. Bei der Betrachtung der Weltpolitik jenseits ihrer Inszenierung als Soap Opera, fragte man sich in der jüngsten Vergangenheit unter anderem, wie lange die Interessenidentität zwischen den konkurrierenden Wirtschaftsblöcken USA und EU/Deutschland, die sich sowohl in Jugoslawien als auch in Afghanistan im gemeinsamen Einsatz beim Weltordnungskampf bewährte, noch anhalten wird. Verfolgte die kooperative Kriegstreiberei das von allen metropolitanen bzw. „reichen" Wirtschaftsnationen angestrebte Ziel, die störungsfreie und unbeschränkte Waren- und Kapitalzirkulation zu garantieren, löste dies doch nicht die Interessenskonflikte zwischen den an einem Punkt gemeinsam handelnden kapitalistischen Staatssubjekten auf. Spätestens seit 1989 wird das Gerede von der Unverbrüchlichkeit der „transatlantischen Partnerschaft" von permanenten Handelskriegen, geostrategischen Rangeleien um Einflusssphären und den dadurch motivierten Kampf um die Etablierung einer auch militärisch gleichrangigen europäischen Großmacht konterkariert.

In der deutschen Außenpolitik wird dieses widersprüchliche Verhältnis von zwei strategischen Optionen gespiegelt. Die pragmatisch-realistische Orientierung setzt auf die transatlantische Einbindung, betont das Interesse an sicherheitspolitischer Stabilität und versucht im Windschatten der US-amerikanischen Hegemonie die Machtressourcen und Handlungsspielräume der deutschen Politik ständig auszuweiten. Auch sie steuert auf die Vision zu, den Amerikanern nicht nur wirtschaftlich sondern auch militärisch Paroli bieten zu können.

Die aggressivere Variante, nimmt schon heute die Verschärfung des transatlantischen Widerspruchs in Kauf, ja treibt ihn durch die Aufladung mit antiamerikanischen Ressentiments voran. Bisher orientierte sich die deutsche Außenpolitik eher an der ersten Option der Interessenvertretung. Die phasenweise rapide Entwicklung der europäischen Militarisierung war dabei nicht nur der Pfand für ein gesteigertes Mitspracherecht, sondern auch das ständig geölte Hintertürchen, welches einen Strategiewechsel möglich macht.

Mit Schröders „Nein" zum bevorstehenden Krieg gegen den Irak und vor allem mit den flankierenden Äußerungen deutscher Politikerinnen und Politiker scheint nun auf den ersten Blick die konfrontativere Option die Oberhand zu gewinnen.

Deutscher Realismus: Angst vorm Eigentor

Der Regierungskurs ist umstritten. Und so wie der neudeutsche Pazifismus nicht auf eine Linkswende oder eine humanistische Grundsubstanz zurückzuführen ist, so sind auch seine wahrnehmbarsten Kritiker kein Fall für antifaschistische und proamerikanische Sympathie. Ihnen allen gemeinsam geht es nur um das Wohl der deutschen Nation. Gestritten wird im Prinzip nur über die Frage, wann der offene Eklat gegen die konkurrierende Weltmacht erlaubt ist.

Zur Beweisführung: Ein „aus dem Hut gezauberter Wahlkampftrick" (FAZ) zur Rettung des sinkenden rot-grünen Regierungsdampfers

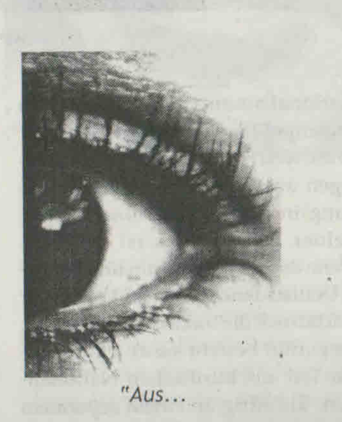


in letzter Minute, so argumentieren konservative und liberale Bürgerliche. Aufgrund der durch antiamerikanische Äußerungen aufgeheizten Atmosphäre und der dadurch mobilisierten Wählererwartungen fiele es jetzt Schröder/Fischer schwer, in Sachen Irak zurückzusteuern. Getrieben von der Überzeugung, dass Außenpolitik der optimalsten Vertretung nationaler Interessen verpflichtet sein müsse und diesbezüglich der Schröder-Fischer-Koalition, aufgrund der vergangenen Amtsperiode nicht grundsätzlich misstraut zu werden braucht, sucht das diesem Lager zuzurechnende journalistische Personal nach den ersten Anzeichen der Entzauberung.

In den Äußerungen deutscher Politiker, die anlässlich des 11. September aufs Neue die „uneingeschränkte Solidarität" mit den USA beschworen, sehen sie einen Hinweis auf die beginnende Meinungswende. Würde eine Komplizenschaft zwischen Al Qaida und Saddam Hussein nachgewiesen, eröffnete dies für die Regierung die Möglichkeit „ihre Position in der Irak-Frage anzupassen" (FAZ). Das Angebot demnächst in Afghanistan gemeinsam mit den Niederländern die Führung des Isaf-Einsatzes in Kabul zu übernehmen, zweifelsohne eine Kompetenzausweitung, der man in der Vergangenheit auf deutscher Seite eher negativ gegenüberstand, gilt ebenfalls als ein Indiz für eine kriegsfreundlichere Position der Deutschen. Nimmt sie doch den Amerikanern die Sorge, sich um die Nachfolge der Mission angesichts einer weiterhin prekären Sicherheitslage selber kümmern zu müssen.

Und ganz erfreut zeigte man sich darüber, als die New York Times von einem Gespräch mit Joschka Fischer berichtete, bei dem dieser zwar eine deutsche Beteiligung am Krieg weiterhin ausschloss, aber andeutete, dass diese kategorische Haltung nicht für einen eventuellen Folgeeinsatz auf der Grundlage eines UN-Mandates gelte. Auch wenn der deutsche Außenminister in einem Stern-Interview auf eine diesbezügliche Frage mit klaren Worten widersprach, so bringt man dagegen „Diplomatenkreise" (FAZ) in Stellung, die verlautbarten, dass es zwar keine konkreten Planungen für eine deutsche Beteiligung gebe, allerdings „nichts ausgeschlossen sei" und zudem vieles für eine Beteiligung Deutschlands an einer „Friedenstruppe" im Irak sprechen würde.

Neben dem die Fakten zur Kenntnis nehmenden Realismus fällt doch auch der Überhang an wohlwollender Interpretation auf. Und das bei einem politischen Spektrum, in welchem der Wahlsieg von SPD und Grünen wirklich als Niederlage empfunden wird. Die Sympathie rührt daher, dass man Rot/Grün zugute hält „militärische Gewalt als Ultima Ratio der Berliner Außenpolitik durchgesetzt zu haben" (Die Zeit). Der Zuspruch gilt nicht allein der Bereicherung des außenpolitischen Instrumentariums, sondern ebenso der damit verbundenen geschichtspolitischen Dimension: „Was Kohl nicht zu wünschen



"Aus...

wagte, scheint unter Schröder Wirklichkeit geworden zu sein: Deutschland ist aus dem Schatten seiner Geschichte herausgetreten" (FAZ).

Der außenpolitische Dissenz zur Regierungsfraktion und ihren Publizisten besteht einzig darin, dass davon ausgegangen wird, dass die deutsche Verweigerung, nicht auf Machtressourcen basiert, die auch ihre konsequente Verwirklichung garantieren würden. So ist es bei den Gegnern des Regierungskurses nicht der Antiamerikanismus einer Däubler-Gmelin oder der Antisemitismus eines Scharping, der die Gemüter erregt, sondern vielmehr die Sorge, dass Schröders Großmäuligkeit den deutschen Interessen schadet. Weil Deutschland entgegen seiner eigentlichen Stellung im Weltordnungsgefüge zu früh den offenen Widerspruch gegen die Vereinigten Staaten gewagt hat, müsse es nun mit Isolation und Einflussverlust rechnen.

In dem die Machtrealisten ihre Horrorszenarien bebildern - von der „Extratour ins Abseits" (FAZ) und vom „selbstgewählten Rückfall in die weltpolitische Zwergenrolle" (ebd.) ist die Rede - propagieren sie den Kurswechsel hin zu einer Politik, die sich an den materiellen Gegebenheiten orientiert. Im Windschatten der Amerikaner solle versucht werden, auch bei einem Krieg nicht jeden Einfluss auf den Nahen Osten zu verlieren, was am Besten über eine Teilnahme an einem dem Krieg folgenden Sicherheitsregime zu gewährleisten wäre. Im selben Atemzug wird aber auch gefordert, die Anstrengungen einer militärischen Emanzipation der Deutschen gemeinsam mit den Europäern weiter voranzutreiben, um sich nicht ewig im Fahrwasser der Amerikaner bewegen zu müssen.

Auch in Kreisen, die sich bisher der Verbreitung der aggressiveren Option deutscher Außenpolitik schuldig machten und dabei immer wieder einen gepflegten, intellektuellen Antiamerikanismus kultivierten, scheint eine Portion außenpolitischen Machtrealismus Einzug zu halten. Eine ganz Spezifische, versteht sich.

So moniert man in der „Zeit" als besonders bedauerlich, dass „Schröders diplomatische Dummheit" dazu führe, dass „gewiefte Außenpolitiker" aus Washington jetzt amerikanische Interessen viel einfacher gegenüber den angeblich



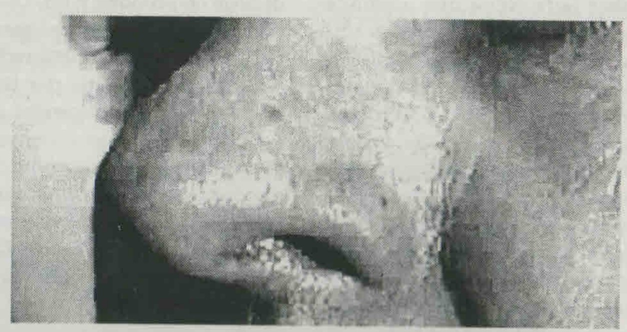
schon wachsweichen Deutschen durchsetzen könnten. In der „SZ", dem Hausblatt der neuen alten Regierungskoalition fürchtet man im selben Sinne das „Einknicken" des so selbstbewusst angetretenen Kanzlers, der allerdings zu sehr mit den Holzhammer agiert hätte. Nun müsse er, um aus der „Anti-Amerika-Ecke" herauszukommen, fundierte Positionen zurücknehmen: „Der neudeutsche Weg Gerhard Schröders führt also an ein ungewolltes Ziel. Er stärkt George Bush und schwächt dessen Kritiker in Deutschland und Europa."

Auch wenn es so aussieht, als müsse sich das explizit antiamerikanische Spektrum der deutschen Außenpolitik derzeit darauf beschränken, mit der Kultivierung der Wut über die realpolitische Zurücknahme, den nächsten Versuch der Konfrontation zu schüren, ist dies kein wirklicher Grund zur Freude. Es ist einem so, als höre man noch beim Lesen der Kommentare und Statements der deutschen Redakteure ihre Zähne knirschen. Die allseits, in beiden außenpolitischen Spektren mit so viel Emotionalität und konfrontativer Energie dargebrachte Enttäuschung muss als gefährliche Machtkompensation gedeutet werden. Gewinnt sie an Eigendynamik, kann sie gegen alle ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnungen den konfrontativen und aggressiven Weg der deutschen Außenpolitik vorantreiben.

Deutschland macht mit

Derzeit scheint es allerdings, als gewöhne sich die deutsche Öffentlichkeit mit unterschiedlich nuancierten Motivationen bereits daran, dass Deutschlands „nein" zum Krieg keinen Bestand haben wird. Fast alles deutet darauf hin, dass jener bereits beschlossenen Sache ist und eher früher als später beginnen wird. Außer deutschen oder antideutschen Omnipotenzphantasten geht auch niemand davon aus, dass die Europäer unter der Führung Deutschlands dies derzeit verhindern könnten. Und weil sie es nicht können, werden sie es im entscheidenden Fall auch nicht wollen.

Sicher werden gerade auch von linker Seite - diese und entsprechende Formulierungen deuten immer an, dass die Teile des Vereins gemeint sind, deren Argumentation man selber nicht besonders schlüssig findet - Gründe angeführt, die für einen strikten Antikriegskurs sprechen. Die Gruppe AKG behauptete in einem Demonstrationsredebeitrag (22. 09.02), der deutschen Außenpolitik „ginge es um Völker". Aus diesem Grunde hielte sie dem Irak die Treue. Ein klarer Fall von Verwechslung und zwar einer von Ziel und Mittel. Das Schüren völkischer Nationalismen ist der deutschen Außenpolitik ein Instrument. Sicher eines, welches von vielen ihrer Strategen aus ideologischer Überzeugung in Anschlag gebracht wird. Reiner Selbstzweck ist es nicht. Wenn es so wäre, warum unterstützte Deutschland dann nicht mit mehr Nachdruck die irakische Opposition. Immerhin besteht sie zu einem guten Teil aus kurdischen Nationalisten, die eifrig an einem separatem Staat schmieden. Auch eine schiitische Nation im Süden wäre denkbar, vielleicht gar ein islamischer Gottesstaat. Müsste eine solche Kreation nicht dem angeblichen deutschen Streben nach Unterstützung des Völkischen und des Islamismus als wahrhaft paradiesische Projektionsfläche entgegen kommen?



...welchem...

Beide Gebilde, die in der Nachfolge des Irak-Krieg verwirklicht werden könnten, interessieren die Deutschen im Moment nicht die Bohne.

Plausibeler sind da schon Argumentationen, nach denen die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Mittleren und Nahen Osten für eine konsequente Antikriegshaltung stünden. Der ständig steigende Export, der derzeit mit einem Volumen von 830 Millionen Euro einen aktuellen Höchststand erreichten, kennzeichnet die Handelstätigkeit Deutschlands mit Staaten wie Iran, Syrien und eben auch dem Irak. Auch die deutschen Ausfuhren in den Irak wuchsen in den letzten Monaten wieder und dies trotz der lauernden Kriegsgefahr. Bekommt man dazu noch, wie unlängst von Klaus Thörner in der „Jungle World" diverse Initiativen deutscher Wirtschaftslobbyisten unter der Führung des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ludolf von Wartenberg, vorgeführt, die sich u.a. im Nah- und Mittelostverein versammeln, um ihre Geschäftsinteressen gegenüber der deutschen Politik geltend zu machen, man glaubte und dies noch in der Gewissheit materiell geerdet zu sein, an die Unausweichlichkeit einer deutschen Antikriegsposition.

Aber Essig. Ist einerseits das Interesse der deutschen Wirtschaft an einem Markt, in dem sich die Amerikaner durch ihre Embargopolitik als Konkurrenten selbst ausgeschal-



tet haben, nicht zu leugnen, erscheint es doch beim Vergleich mit anderen Zahlen in einem anderen Licht. Ein bisschen Gegengift zur Thörnerschen Desinformation fand sich in „Konkret". Dort begründete Gerrit Brüning, warum die aktuellen deutschen Handelsbeziehungen für die Frage der deutschen Haltung zu Krieg und Frieden nicht relevant sind:

„In den neunziger Jahren nahm der Außenhandel Deutschlands mit dem Mittleren Osten und Nordafrika von 3,1 auf 2,4 Prozent des gesamten deutschen Außenhandels ab, der größte Teil davon wurde mit Israel abgewickelt. Deutsche Investitionen erreichten 1999 in keinem Land der Region auch nur die 250-Miliionen-Euro-Marke. Deutschland mag als Handelspartner in diesen Ländern auf den vordersten Plätzen rangieren – umgekehrt rangieren diese Länder für Deutschland aber unter `ferner liefen´".

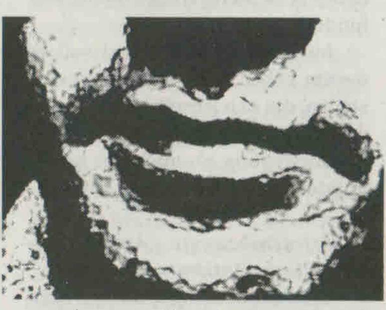
Dementsprechend sei die deutsche Politik, die sich ja zweifelsohne gegen eine Irak-Invasion

sperrt eher einem sicherheitspolitischem Interesse geschuldet. Während die USA ein System von sich gegenseitig neutralisierenden Staaten schaffen wolle, ginge es den Europäern um die

Schaffung einer Freihandelszone im euro-mediterranen Raum, in welchem sie ihren ökonomischen Vorsprung zu einer Dominanz ausbauen könnten. Darüber hinaus ginge es den Deutschen darum, die Russen, mit denen man sich in einer Art strategischer Partnerschaft bewegt, bei der Abwicklung ihrer viel umfangreicheren Wirtschaftsbeziehungen mit dem Irak zu unterstützen.

So richtig überzeugen kann weder das Ausspielen der direkten durch eine eher indirekte kaufmännischen Logik noch die reißbrettartige geopolitische Spekulation. Dies liegt nicht an der generellen Abneigung gegen eine Analyse materieller Triebkräfte (By the way: selbst „Bahamas" und entsprechende Positionen finden wieder nach und nach zu ihr zurück. Natürlich mit dem üblichen Gestus der Besserwisserei, weshalb alle Jung-Epigonen davor gewarnt werden sollten, die Ausgaben zum Jugoslawienkrieg zu lesen, in denen man das „Nichts" als Kriegsgrund erfand.).

Vielmehr weil die ganze schöne Rechnerei ohne die wichtigsten Vergleichswerte des weltweiten Wirtschaftsprozesses gemacht wird: Die Hälfte seiner Exporterlöse realisiert Deutschland auf Dollarmärkten. Europäische Union und die USA sind jeweils der größte Wirtschaftspartner des anderen. Der europäisch-amerikanische Waren- und Finanzaustausch, inklusive der kapitalverflechtenden Direktinvestitionen, ist der größte des globalen Wirtschaftsraums. Für etwa 179 Milliarden Dollar, dies entspricht etwa 20 % der europäischen Exporte, gehen Waren und Dienstleistungen in die USA. Glaubt



...Grund...

irgendjemand ernsthaft, dass, so lange Außenpolitik noch rationalen Kosten-Nutzen-Erwägungen erfolgt, eine derartige Konstellation für 2,4 % der deutschen Außenhandelsbilanz oder für das Selbstbestimmungsrecht des irakischen Volkes aufs Spiel gesetzt wird?

Die ökonomische Interessenslage lässt sich ziemlich eindeutig gewichten. Das fortwährende Insistieren auf das deutsche Bestreben, im Nahen Osten Fuß zu fassen, erklärt noch nicht alles. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Industrie lädt eben nicht nur zum „Gesprächskreis Irak", sondern appelliert mindestens mit dem gleichen Nachdruck an die Bundesregierung, sich auf die „gemeinsamen Werte und die traditionell engen Beziehungen mit den Amerikanern" (FAZ) zu besinnen.

Und darin erkennt man das ganze Muster der zukünftigen Haltung Deutschlands zum Krieg. So lange es irgendwie möglich ist, wird Deutschland öffentlich am Krieg herumkritteln ohne aber wirklich dagegen zu opponieren. Und auch das Geraune wird nach und nach verklingen, wenn es sich nicht angesichts einer noch zu findenden irakischen Atombombe ins absolute Gegenteil verkehrt. Mit Sicherheit wird kein Schröder und kein Fischer in einer Art und Weise gegen den Krieg sein, die den Amerikanern irgendwelche Steine in den Weg legt. Stattdessen wird Deutschland de facto mit dabei sein und die Invasion unterstützen. Sei es durch die Entlastung amerikanischer oder britischer Kapazitäten in Afghanistan oder die verstärkende Stationierung der Bundeswehr in Kuwait. Es wird versuchen, die eigenen militärischen Kapazitäten und Handlungsoptionen auszuweiten sowie die bisherigen Mitspracherechte und Einflusszonen zu sichern. Wenn dazu eine militärische Beteiligung an einem Nachfolgeeinsatz notwendig ist, dann wird Deutschland mitmachen wollen. Braucht es dazu Blauhelme im Nordirak, so werden deutsche Politiker, wie schon im Falle Afghanistans ihre Bundeswehr anbieten wie Sauerbier.

Udo Schneider

Krieg und Frieden.

Oder: Es gibt keine Alternative zur Überwindung der herrschenden Verhältnisse

"Was sich schon als Tendenz bei den demokratischen Bombenphilosophen in den Weltordnungskriegen der 90er Jahre angedeutet hatte, ist nun hemmungslos und gesellschaftlich allgemein geworden, bis in das linksradikale Restsegment hinein: eine unsägliche Aufklärungshuberei und Selbstglorifizierung des westlichen Gesamtimperialismus, die Wertegemeinschaft als eine Gemeinschaft des Werts. Worum es heute geht, ist eine längst überfällige intellektuelle Polarisierung in der Neuformulierung radikaler Kapitalismuskritik."

Robert Kurz

Seit dem 11. September 2001 entfachte sich in der radikalen Linken in Deutschland eine heftige Diskussion über vergangene Unzulänglichkeiten linksradikaler Kapitalismuskritik. Dabei dreht sich die Auseinandersetzung vor allem um das Verhältnis zu Israel, zur USA und zur westlichen bürgerlichen Gesellschaft, um Aufklärung und Emanzipation sowie die Konstruktion eines "islamischen Faschismus".

Getragen wird die Diskussion vor allem von der antideutschen Zeitschrift "Bahamas", den wertkritischen Gruppen ISF und Krisis, Teilen der antiimperialistischen Linken und linksradikalen Postantifagruppen.

Diese Diskussion erreicht nun ihren vorläufigen Höhepunkt in einer Zäsur der als "links" verstandenen Antikriegsposition bei Teilen der antideutschen Linken, vor allem durch Bahamas und ISF, hier in Leipzig durch die Antideutsche Kommunistische Gruppe (AKG). Der möglicherweise bevorstehende Angriff der USA auf den Irak wird legitimiert durch die herbeihalluzinierte Nebenwirkung der Verhinderung eines Angriffs Saddam Husseins auf Israel - oder anders ausgedrückt: ein neues Auschwitz werde damit verhindert.

Im nachfolgenden Text soll es darum gehen, eine Position vorzustellen, die sich jenseits der traditionellen antiimperialistischen Friedensbewegung als auch des neuen antideutschen Bellizismus bewegt.

Friedensbewegte Antiimps - Bellizistische Antideutsche

Die Polarisierung in diesem Konflikt fällt beiden Positionen leicht, da sie sich entweder um klassische antiimperialistische Argumentationsmuster oder aber um die pragmatische antideutsche Verteidigung westlicher Werte strickt. Meinen die Antiimps, mit der Propagierung von Frieden ließe sich die "hässliche Fratze des Systems entlarven", die nach Erdöl und neuen Einflusssphären "lechzt", meinen Bahamas-Antideutsche die dem Kapitalismus innewohnenden barbarischen Tendenzen mit "wert(e)schaffenden" kapitalismusimmanenten Bombardements dem globalen Kapitalismus austreiben zu können, um Bedingungen der Emanzipation zu schaffen.

Das analytische Denken der Anti-Kriegs-Linken hat sich in die imperialistische Vorvergangenheit des Kalten Krieges verirrt. Sie beleben den "geopolitischen" Diskurs wieder, dessen Hintergrund der Kampf nationalimperialer Mächte um globale Vorherrschaft und territoriale Expansion war. Dieser polyzentristische Kampf um die Welthegemonie aber war beschränkt auf die Epoche einer politischen Konkurrenz der europäischen Nationalstaaten. Dieses Verhältnis hat sich ökonomisch mit dem Fordismus und politisch mit dem Aufstieg der beiden außereuropäischen kontinentalen Supermächte unwiderruflich verabschiedet. Nach dem Scheitern der staatskapitalistischen Sowjetunion hat sich die bipolare weltpolitische Struktur in einen Monozentrismus der letzten Weltmacht verwandelt. Der Kampf um die Hegemonie auf dem Boden des modernen warenproduzierenden Systems ist entschieden, weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit als EU können die europäischen Staaten den Rüstungsvorsprung der USA jemals einholen, diese Option ist schlicht unfinanzierbar.



Die antideutsche Linke unter Federführung der Bahamas verstärkt ihren vor einigen Jahren begonnenen Kreuzzug gegen "die Islamisten" und ihre bedingungslose Verteidigung der Aufklärung. Die Aufklärung sei die historisch gewordene Bedingung der Emanzipation und müsste gegen ihre Feinde verteidigt werden. Das dialektische Verhältnis zwischen Aufklärung und Gegenaufklärung, zwischen Durchsetzung von kapitalistischen Prinzipien und der Herausbildung barbarischer Tendenzen, zwischen der Zurichtung von Menschen nach der kapitalistischen Logik und antiemanzipatorischen Ideologien (wie Rassismus und Antisemitismus) wird aufgelöst, um durch eine vermeintliche Zerschlagung der der kapitalistischen Vergesellschaftung innewohnenden Widersprüche und Tendenzen die "reine" kapitalistische Logik zu befreien.

Sowohl der nach Frieden kreischenden Position als auch dem antideutschen Kriegtreiberpragmatismus ist zu bescheinigen, systemimmanent verhaftet zu bleiben und sich damit von der notwendigen Perspektive einer befreiten Gesellschaft zu entfernen.

Krieg und Frieden

"Krieg ist dazu da, den alten Frieden durch einen neuen Frieden zu ersetzen. Ob die Kontrahenten mit dem erreichten Frieden zufrieden sind oder nicht, darüber entscheiden in erster Linie Sieg und Niederlage. Krieg ist nichts anderes als die extremste Form des Friedens. In ihm kommt er zu sich über uns. Im konkreten Krieg presst der jeweilige Frieden sein abstraktes Substrat aus. So unplausibel es auf den ersten Blick erscheinen mag: Nicht die empirische Gegenüberstellung ist hervorzuheben, sondern die eherne Zusammengehörigkeit. Seit der Kalte Krieg vorbei ist, tritt dieser Konnex auch ungeniert zutage. Es gilt auch und nachdrücklich gegen diesen Frieden zu sein."

(Franz Schandl: Krieg 2000)

Krieg und Frieden betonen Aspekte der bisherigen Vorgeschichte, die in dieser allgegenwärtig sind. Das eine ist ohne dem anderen nicht denkbar. Krieg als auch Frieden sind Zivilisation, nicht Natur, d.h. auch der Krieg ist nicht dem Frieden vorgelagert, sondern mit ihm gemeinsam in die Welt gekommen. Erst als die Menschheit sich Ordnungen gegeben hat, konnten überhaupt Krieg und Frieden als Unterscheidungen in Erscheinung treten.

Krieg ist zu verstehen als die offene aggressivste Form der Durchsetzung von Interessen und (in modernen Gesellschaften) kapitalistischer Verwertungslogik. Er ist nicht das Ende von Politik, sondern eine politische Option (ein Zustand), auf die im Bedarfsfall zurückgegriffen wird. Gleichsam ist auch der Frieden ein Zustand von Vergesellschaftung in den jeweils herrschenden Verhältnissen. Die Logik "Frieden = gut , Krieg = böse" greift zu kurz und verkennt die Dialektik zwischen beiden. Sowohl im Frieden als auch im Krieg werden Menschen den gesellschaftlichen Prinzipien unterworfen, werden von diesen zugerichtet. Auch im Frieden sterben Menschen, die unter den bestehenden Verhältnissen leiden - beispielsweise die für die Verwertung überflüssigen in den Entwicklungsländern - manchmal sogar mehr als in Kriegszuständen.

Es geht um eine Perspektive jenseits der Dialektik von Krieg und Frieden, um eine Perspektive der Aufhebung aller Verhältnisse, die uns diese Dialektik aufzwingen, die uns zurichten und Emanzipation verhindern. Was kommen kann und was kommen soll, ist also nicht der Kantsche ewige Frieden, sondern etwas, das jenseits der sich gegenseitig bedingenden Zustände Frieden und Krieg angesiedelt ist. Mit der Aufhebung des Krieges wird auch der Frieden als eigenständige Größe verschwinden. Postkapitalistische Konflikte werden ihre Zuspitzungen und Gelassenheiten anders definieren, entwickeln und verwirklichen.

Globaler Kapitalismus und Weltordnungskriege

Am 12. September 2002 stellte US-Präsident George W. Bush vor der UN-Vollversammlung sowohl dem Irak als auch der UNO ein Ultimatum, entweder Washingtons Haltung in der Irakfrage entgegenzukommen oder andernfalls (auch ohne UNO-Mandat) anzugreifen. Der irakische Diktator stelle eine Bedrohung für die USA und die ganze Welt dar, weshalb in den Worten Bushs "Aktionen dringend erforderlich" seien.

Es ist nur eine Frage von Zeit, wann die USA den Irak angreifen. Es dreht sich nicht darum, ob die Frage der UN-Inspektoren geklärt ist oder nicht. Sie müssen es tun, weil dieser Angriff in der Logik der Verhältnisse liegt, die sie um jeden Preis aufrecht erhalten wollen – auch wenn es sinnlos ist...

"Die Flüsse fließen stets ins Meer zurück, und die kapitalistische Globalisierung schlägt auf ihr Zentrum zurück, auf das Zentrum ihres Zentrums. Wenn alles globalisiert ist, die Märkte nie schlafen und die westlichen Waren bis in die letzte Ecke der Welt vordringen, wie kann man sich dann wundern, dass auch Krieg und Terror niemanden verschonen?"

(Anselm Jappe: Der Zusammenstoß der Barbareien)

An den Attentaten in New York und Washington beeindruckten die Zahl der Opfer, der spektakuläre Charakter und der unbedingte Wille der Attentäter zur irrationalen Vernichtung. Es ist unbestreitbar, dass die Opfer nicht einem "religiösen Fanatismus" zum Opfer gefallen sind, den man wie ein Unkraut aus dem Garten der Welt ausrupfen wird – sie sind vielmehr von der Logik erschlagen worden, deren Hauptvertreter das Land ist, in dem sie sich gerade befanden. Der Islamismus ist heute ein Zweig der inhaltslosen Weltvergesellschaftung über den Wert, die es nötig hat, sich lokal mit verschiedenen Pseudo-Inhalten zu bekleiden.



In der letzten Zeit hat sich immer mehr derjenige Teil von Marx' Theorie bewahrheitet, in welcher er das Ende des Kapitalismus nicht auf das Einwirken eines äußeren Subjekts (Proletariat) zurückführt, sondern auf die Entfaltung der Produktivkräfte selbst – nicht der Islam als Gegensubjekt hat zugeschlagen, sondern eine entfremdete Gestalt der modernsten Produktivkräfte.

Gewalt, einschließlich Krieg, gehört seit Anbeginn zur Geschichte des Staates der Neuzeit und seiner Wirtschaft zur Durchsetzung der eigenen Interessen. Im allgemeinen fanden Krieg und Gewalt ein Maß in ihrem Zweck. Was aber geschieht, wenn der Zweck der Gewalt nicht mehr erreichbar ist? Wenn Krieg und Terror den Tätern nur mehr Kosten machen und selbst der Sieg sich nicht mehr lohnt? Mit dem Zweck geht das Maß verloren und wird maßlos – Moral, Bestrafung und Vergeltung treten an dessen Stelle und werden paranoider Selbstzweck.

Paranoia tritt dort am stärksten hervor, wo die Zustände am aussichtslosesten sind – in den ehemals staatskapitalistischen Ländern und im Trikont, aber inzwischen auch im wachsenden "sozialen Rand" der Metropolen – massenhaft ruiniert der (Welt)Markt Millionen von Menschen - wer der Konkurrenz auf dem Markt unterliegt, (sich) nicht mehr verkaufen kann, der kann nicht kaufen und verelendet, die Ausgeschiedenen zählen nicht mehr und werden in ihrem Elend ökonomisch unsichtbar. Kämpfe schlagen um in "moralisch" motivierten Terror ohne konkreten Zweck – kein Ziel wird mehr transportiert als die Vernichtung des ungreifbaren "bösen Feinds" dort, wo er sich zu materialisieren, zu personalisieren scheint – Menschenleben zählen nicht, nicht mal mehr das eigene.

Ein neues Feindbild ist entstanden. Nicht gleichrangige Mächte oder Gegensysteme, sondern zunehmende "Störpotentiale" des universellen Marktes: Schurkenstaaten, Krisenregime, postmoderne Zusammenbruchspotentaten, Gotteskrieger... Gespenster jener Weltkrise, die von der an Grenzen gestoßenen Verwertungslogik selber verursacht ist – globale Produktion von "Überflüssigen" bringt auch Krisenideologien und barbarische Tendenzen hervor.

Die neuen Kriege der westlichen Welt gegen die arabische liegen auf der gleichen moralischen Ebene wie der Terror – nur sind ihre Mittel und Potenzen destruktiver: moralisch motiviert gegen das "unsagbar Böse" – die weltweite Normalität, der desperate status quo muss verteidigt werden. Sie begreifen nicht, dass der Terror aus genau der Welt-Gesellschaftsordnung wächst, die sie mit ihrem Kreuzzug verteidigen wollen.

Es gibt natürlich weiterhin nationalökonomische Einzelinteressen und nationalstaatliche Eigenmächtigkeiten, die sich bei der Beteiligung an den neuen Weltordnungskriegen als auch an der Zurückhaltung einzelner europäischer Staaten und Russlands zum Irak-Krieg festmachen lassen. Aber diese nationalstaatlichen Einzelinteressen sind nicht vergleichbar mit den imperialistischen geopolitischen Konkurrenzkriegen vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Zugangsfreiheit zu strategischen Rohstoffreserven bildet durchaus ein Interessenmoment, aber eben nur eines unter anderen, das sich überdies nicht mehr in der Form nationalimperialer Territorialmacht äußern kann, sondern nur noch in Form eines kollektiven Sicherheitsimperialismus. Tatsächlich geht es nicht im geringsten darum, irgendeinem "anders national fundierten" Kapital irgendeinen Zugang zu versperren, sondern genau im Gegenteil ist das "Offenhalten" der Welt für das transnationale und nicht mehr national fundierte Kapital das erklärte Ziel.

Der demokratische Weltordnungskrieg wird für das paradoxe Ziel geführt, die Welt in einer Form zu erhalten, in der die Mehrheit für den kapitalistischen Verwertungskreislauf bereits als überflüssig gilt; er legitimiert sich damit, daß diese Mehrheit nicht emanzipatorisch, sondern irrational und menschenvernichtend reagiert – aber weil die NATO gegen die Konsequenzen ihrer eigenen Produktionsweise auf der Entwicklungshöhe der 3. Industriellen Revolution kämpft, kann sie diesen Krieg nicht gewinnen.

Der bevorstehende Angriff auf den Irak ist Teil dieser Weltordnungskriege. Ein zum Störfaktor kapitalistischer Verwertung und des freien Zugangs zu Rohstoffen gewordenes Regime soll abgesetzt werden, die Angst des globalen Kapitalismus vor seinen ihm eigenen barbarischen Tendenzen wird einen neuen Krieg entfachen. Bin Laden und Hussein werden vielleicht bald erledigt sein – ob damit die Wertvergesellschaftung aufhört, neue durchgeknallte Potentaten hervorzubringen, ist mehr als zweifelhaft.

Schutz von Israel vs. Destabilisierung der arabischen Region

Nicht vergessen werden soll hier die antideutsche Position. So lange es Kapitalismus gebe, solle eine emanzipatorische Linke alles dafür tun, die barbarischste aller negativen Tendenzen – Auschwitz – zu verhindern. Deshalb sei ein Krieg gegen den Irak aufgrund seiner angeblich positiven Auswirkungen für Israel gerechtfertigt.

Diese Auffassung ist in dreierlei Hinsicht zu kritisieren:

(1)

Indem die antideutsche Linke den islamischen/arabischen Antisemitismus gleichsetzt mit dem Holocaust an den Juden in Europa, begeht sie eine gefährliche Relativierung. Der eliminatorische deutsche Antisemitismus, für den stellvertretend Auschwitz steht, war eine historisch-spezifische Durchsetzungsform des Kapitalismus in Deutschland, wobei der Kapitalismus eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung



gewesen ist. Es gibt dem Kapitalismus innewohnende barbarische Tendenzen, ein derart eliminatorischer Charakter konnte sich aber nur in der spezifischen deutschen Version der Durchkapitalisierung (eben in Kombination mit dem aufgrund von deutscher Ideologie und Protestantismus verbreiteten Antisemitismus, der Ontologisierung von Arbeit und völkischem Gedankengut) herausbilden.

(2)

Ist sich die antideutsche Linke bewusst, dass ein Angriff der USA auf den Irak nicht eher das Gegenteil von Sicherheit für Israel im arabischen Raum bedeuten könnte?

Eine unmittelbare Bedrohung Israels durch den Irak wird u.a. von einer Analyse "Stiftung Wissenschaft und Politik" in Berlin nicht gesehen:

"Der Irak dürfte heute auch kaum in der Lage sein, vermutete Restbestände von Biokampfstoffen gezielt gegen Staaten in der Region in Anwendung zu bringen. Der Besitz von Kampfstoffen oder Bomben allein nützt wenig ohne eine einsatzfähige Luftwaffe und ohne die Apparaturen, die notwendig wären, um solche Kampfstoffe effektiv über Feindesland zu versprühen. Die regionale Umgebung des Irak, Israel eingeschlossen, sieht deshalb wenig Anlaß zu unmittelbarer Beunruhigung. Es sei unwahrscheinlich, heißt es etwa in der jüngsten Auflage der von israelischen Wissenschaftlern erstellten Middle East Military Balance, daß der Irak unter gegebenen Bedingungen, oder selbst bei zurückgestuften UN-Sanktionen, die Großproduktion von Massenvernichtungswaffen wieder aufnehmen könnte, die er vor dem letzten Golfkrieg betrieben habe." (www.swp-berlin.org/produkte/brenn-punkte/nahost4druck.htm)

Anders sieht es bei einem Angriff der USA auf den Irak aus. Am 12. September 2002 sagte der U.S. Unterstaatssekretär des Außenministeriums, Richard Armitage: *"Ein amerikanischer Angriff auf den Irak ist sehr wahrscheinlich und als Ergebnis ist es allen klar, daß der Irak mit großer Wahrscheinlichkeit gegen Israel zurückschlagen wird."* In diesem Fall könnte der Irak Boden-Boden Raketen auf Israel abschießen. Sicherheitsstellen im Westen schätzen, daß der Irak über vier Abschußrampen und weniger als 20 Raketen verfügt, die Israel erreichen können.

Hinzu kommt die Befürchtung von Regierungsvertretern in Jerusalem, daß palästinensische Terrorgruppen versuchen werden, das Land noch vor einem US-Angriff auf den Irak "in Flammen zu setzen". Damit soll eine israelische Gegenoffensive provoziert und Israels Handlungsfähigkeit beeinträchtigt werden.

Ein Angriff auf den Irak kann zudem zu einer politischen Destabilisierung in der arabischen Welt führen, die nicht nur zu einem massiven Anstieg des Ölpreises und einer tiefen Rezession, zum Erwachen neuer durchgeknallter Despoten führen, sondern ebenso eine reale Gefährdung für Israel bedeuten könnte.

Die nach Versprechen amerikanischer Emissäre an die Kurdenführer Barsani und Talabani bestehende Möglichkeit der Schaffung einer "international garantierten, nationalen Heimstätte" im Nordirak würde auf Widerstand der türkischen und der iranischen Regierungen treffen und könnte dazu führen, daß die Regierungen beider Länder versuchen, die Kontrolle über den erdölreichen Norden Iraks zu erlangen. Und der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamid Reza Assefi spricht von einem "nicht rückgängig zu machenden Fehler", den die USA mit einem Militärschlag gegen den Irak begehen würden. (dpa, 4. Februar 2002)

(3)

Aus der Kenntnis der eigenen geringen Wirkungsmächtigkeit ist ein linker Pragmatismus fehl am Platze, der versucht, dem kapitalistischen System Ratschläge zu erteilen. Zum einen obliegt die Befehlsgewalt nicht der antideutschen Linken, sondern den jeweiligen Militärstrategen und Regierungen, zum anderen aber – wie weiter oben schon ausgeführt – wird es selbst der High-Tech-Army der USA und ihren Hilfstruppen nicht gelingen, die systemimmanenten Widersprüche und deren barbarische Tendenzen aufzuhalten, weil sie selbst Teil dieser Logik sind und in ihr verhaftet bleiben.

Fazit

Festhalten läßt sich, daß die gegenwärtige Zuspitzung der Entwicklung zu einer Position drängt, die die Aufhebung dieser Verhältnisse einfordert. Es erweist sich als Irrsinn, die kapitalistischen Verhältnisse vor deren negativsten Auswirkungen schützen zu wollen. Es kann nicht um die Frage Krieg oder Frieden gehen. Es geht um den Bruch mit der nunmehr historisch ausentwickelten menschenfeindlichen Logik kapitalistischer Verhältnisse.

Ziel linksradikaler Politik sollte es sein, die Verhältnisse als Ganzes zu kritisieren, sich zu organisieren und eine Aufhebungsbewegung anzustreben, um diesen radikalen Bruch zu vollziehen.

Es gibt keine Alternative zur Überwindung der herrschenden Verhältnisse!
Nie wieder Deutschland!
Für den Kommunismus!

ares

Der Irakkrieg und die antifaschistische Linke

Eine antifaschistische Position kann nicht danach beurteilt werden, was sie von sich behauptet zu sein, sondern sie muss sich im Verhältnis zur Gesellschaft bestimmen lassen. Immer wieder werden die unterschiedlichsten Positionen mit der Behauptung antifaschistisch zu sein gerechtfertigt und dabei nicht mehr auf den Inhalt reflektiert, der darin wirkungsmächtig vertreten wird .In tautologischer Manier bedeutet dass: AntifaschistIn ist, wer gegen Faschismus ist. Weder hält man es für notwendig zu bestimmen, was Faschismus in Abgrenzung zur bürgerlichen Demokratie bedeutet, noch ist man sich einig darüber, welche adäquate Mittel aus den gewonnenen Erkenntnissen sich ergeben, um faschistische Tendenzen zu verhindern bzw. ihnen entgegen zutreten.

Derzeit kreisen die linken Diskussionen um die Positionen zu einem in der Geschichte erstmalig geführten Präventivkrieg der USA gegen den Irak. Der dritte angedrohte Golfkrieg soll im Namen der westlichen Zivilisation passieren und zukünftig sowohl vor der konkreten Bedrohung durch den Irak als auch vor terroristisch motivierten Angriffen auf den Westen schützen und abschrecken. In diesem Krieg ist Saddam Hussein das Ziel des Angriffes, der schon vor einem Jahr als einer der Hauptverdächtigen für die Anschläge am 11.09.02 auf das WTC galt und durch seine Äußerungen diesen Verdacht nicht wirklich dementieren konnte bzw. wollte. Hussein ist ein Feind der westlichen Welt und die USA ist gewillt diesen mit Gewalt abzusetzen und durch eine neu Regierung zu ersetzen. Die Spekulationen über Hussein seine gegenwärtig geplanten Vorhaben scheinen unklar, was jedoch unumstritten ist, sind die militärischen Massenvernichtungsmittel, die im Irak hergestellt werden bzw. da lagern und das Hussein ein längerfristig angelegtes Motiv besitzt: Israel und den Westen ernsthaft in Gefahr zu bringen. Durch den Rausschmiss der UN-Waffeninspekteure kann im Moment weltweit niemand konkretere Aussagen über die irakisch militärische Industrie, Waffenimporte, Vorhaben treffen und wirklich Auskunft über das Ausmaß der Gefahr, die vom Irak ausgeht, geben.

Warum ist es schwer nachvollziehbar, dass der Irak genau jetzt in einen Krieg verwickelt werden soll?

1.Grund

Der Irak hat in den letzten 11 Jahren, zu mindest nicht augenscheinlich, sein außen- und innenpolitisches Agieren eindrücklich verschärft, so dass man aktuell keine veränderte Bedrohung in absehbarer Zeit voraussagen könnte. Was sich aber gewandelt hat, ist die Stellung der USA. Sie besitzen durch die Angriffe auf das WTC die Möglichkeiten den Kriegseinsatz am Golf mit der Angst der Bevölkerung und der Regierung der USA vor erneuten Terroranschlägen zu rechtfertigen. Diese nicht unberechtigte Angst vor islamisch motivierten Attentaten scheint manchen Linken zu imponieren, die Frage ist nur warum. Weil generell Terroristen, die antiamerikanisch, antisemitisch, antiimperialistisch sind und somit im Dienste der linken Sache stehen?

2.Grund

Die Situation ist schwierig, solange die USA keine Beweise liefern, warum gerade zum jetzigen Zeitpunkt Krieg geführt werden muss, bleibt das hegemoniale Verständnis für den Krieg aus. Der Vergeltungskrieg für den antiamerikanischen Angriff vom 11.09.01 und die Wirkung, ein "erzieherische Zeichen" zu setzen, ist passiert. Der aktuelle Präsident muss täglich um sein Leben fürchten, weil die Anschläge der islamischen Terrorgruppen nicht wirklich abreißen. Die militärische Besatzung ist auf das nötigste beschränkt. Die Aussicht auf Demokratie im Irak bleibt ähnlich wie in Afghanistan sehr begrenzt. Eine dauerhafte demokratische Regierung brauchte den Schutz der amerikanischen Truppen, dafür wären Umerziehungsprogramme notwendig etc. Was aber noch wesentlich aussichtsloser erscheint ist das Finden einer irakischen Regierungsopposition. Der Verdacht liegt deshalb nah das ökonomische Interessen der USA alleiniges Antriebsziel dieses Kriegseinsatzes sind. G. W. Bush (senior) habe doch die Möglichkeit gehabt S.Hussein abzusetzen. Er wäre damals auch weniger in Erklärungsschwierigkeiten geraten, weil der Anlass für einen Regierungssturz ganz klar auf der Hand gelegen hätte. Aber schon damals das Problem gesehen wurde, dass im Irak keine



alternative Oppositionsregierung zur Verfügung steht, welche die Lage am Golf in den Griff bekommen könnte. Auch heute ist eine Destabilisierung der politischen Lage am Golf mit schwerwiegenden Folgen verbunden.

3.Grund

Die Kriegserklärung, warum gerade der Irak, scheint nicht wirklich transparent gemacht worden zu sein von den USA. Auf der ganzen Welt existieren zig Staaten, die zum einen Feinde des Westens darstellen (Iran, Jemen, China, Kuba etc.) und zum anderen diktatorisch geführte Staaten sind und zum Teil auch noch mit den USA paktieren.

Der faschistische Staat

Die Antideutschen argumentieren mit einer Erklärung, die für einen Krieg sprechen würde: Irak ist ein faschistischer Staat. Er wird von einem "mörderischen Regime" regiert. Er stellt aktuell die größte staatliche Bedrohung für Israel und die USA dar vor der sie sich schützen müssen.

Ein faschistischer Staat erzieht seine Bevölkerung zu einer menschenverachtenden Masse, der dem einzelnen individuellen Interesse (Bsp. die Forderung nach Abschaffung des Kapitalismus) keine Aufmerksamkeit schenkt und es auch nicht durch die Verfassung schützt, sondern ganz im Gegenteil solche Forderungen nicht nur unter Strafe (erzieherische Maßnahmen) stellt, sondern sie vernichten will. Anderes Leben als das Vorgegebene wird nicht akzeptiert, egal ob es die Rasse, den Glauben, die Denkform betrifft. Den Individuen scheint auch nicht bewusst, wie sie funktionieren und ihr Wille, der dem des Volkes untergeordnet wird, lässt sie von ihren eigenen, natürlichen Bedürfnissen reden, wenn sie beispielsweise für das Vaterland ihren eigenen Tod in Kauf nehmen.

Die autoritäre Erziehung soll die Möglichkeit zur kritischen Denkform so gut wie möglich ausschließen und lediglich das Wissen wird belohnt bzw. nicht bestraft, was sich der staatlichen Ideologie angleicht. Über die geschaffene Gruppenidentität kommt nur dem eine positive Bedeutung zu, was sich für die Volksgemeinschaft als gut erweist. Die Gesellschaft ist Rohmaterial in der Hand einer Führungselite. Damit lassen sie sich zum Kampf für eine "höhere Idee" instrumentalisieren und nennen es den Sinn des Lebens. "Die natürliche Identität des Menschen wird sich in autoritären Staaten bewusst den Zwecken der Machtapparatur zu nutze gemacht. Das Individuum wird gelehrt seinen Sinn in den neutralen Faktoren wie Rasse, Volk und Boden zu suchen. Die Natur als sein Wesen und als sein Besitz zu erleben. Eine Identität die nicht von den Menschen sondern von der Natur gestiftet wird, wie z.B. bei einem Bauern. Die Unterordnung unter die Gesetze die Gott vorgegeben ist Glück und Schicksal zugleich.[...] Die Verehrung des Führers bestätigt die Nichtigkeit des durchschnittlichen Individuums. Das Individuum darf nicht einmal glauben, dass es darauf ankäme, was mit ihm geschähe."[1]



...nennst...

Der autoritäre Staat ist nicht ein grundsätzlich andere, aber doch vom bürgerlichen Staat unterscheidbarer, was sich auch in der Lebensqualität der Menschen in ihm ausdrückt. Das freie Individuum als solches existiert auch nicht im bürgerlichen Staat. Aber dadurch dass im Kapitalismus, das bürgerliche Subjekt ein Ensemble seiner gesellschaftlichen Verhältnisse ist, können solche Identitäten erst entstehen und ihrer "Faszination" besitzen sie in ihrer Unverfälschtheit, Natürlichkeit Unmittelbarkeit und Romantik die der Nationenbegriff in sich vereint. Der Gedanke nach wohligen Gemeinschaftsgefühl, welches der Markt durch die Schaffung der Konkurrenz der Subjekte untereinander verhindert, befriedigt hier das Bedürfnis des Menschen nach Freundschaft und Solidarität.

Was macht das nun für einen Sinn den Irak als faschistischen Staat zu erkennen und den Krieg zu fordern? Für viele in der Linken nicht einmal eine Überlegung wert, warum jemand so etwas fordern könnte, sondern sofort und reflexartig vehementes Schütteln mit dem Kopf. Wenn es sich aber bei dem Baath – Regime um ein faschistisches handelt, hätte die Ablehnung des Krieges zumindest für die Linken fatale Folgen für ihre emanzipatorisches Anspruch. Wenn man sich aber nicht einmal Gedanken darüber macht, was ein faschistischer Staat sein könnte bzw. war, wie sollte man da zu einer linken Positionierung zu ihm kommen. Auf der Demonstration am 03.10.02 wurde gerufen: "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg." Das Krieg eingesetzt werden kann als legitimes Mittel gegen Faschismus und dabei egal ist ob von einem kapitalistischen Staat geführt, scheint kategorisch abgelehnt und scheinbar grade nicht begriffen. Eher wird noch denjenigen die militärische Mittel einsetzen, faschistisch zu handeln, vorgeworfen. Das "die Linke sehr fleißig [nach 1945] genau das tat: überall den "Faschismus" zu entdecken, besonders gern in den USA und in Israel," (in konkret 10/91: J.P. Reemtsma, Deutsche Linke '91) trug zur Relativierung des deutschen Faschismus bei.

Geschichtlicher Exkurs

1933 scheiterte die deutsche Linke an der Verhinderung einer nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland. Die Gründe für dieses Scheitern werden unter anderem in ihrer inhaltlich verkürzenden und personifizierenden Analyse der ka-



pitalistischen Verhältnisse gesucht: "Hinter dem Faschismus steht [der] Kapital[ist[2]]" ist die gängige Vorstellung wie sich die faschistischen Tendenzen in Deutschland aus den bestehenden Strukturen der Gesellschaft haben bilden können. Das Problem, welches sich hinter dieser Parole verbirgt, ist das die KPD der 30er Jahre ein ganz konkretes unmittelbar wahrnehmbares Erscheinungsbild des Kapitals vor Augen hatte und diesem auch ganz direkt den Kampf ansagte und somit den Faschisten und den Kapitalisten gleichsetzte[3]. "Wer gegen das Judenkapital aufruft [...] ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. [...] Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie!" (in Gegen das Vergessen: GdV – Team radikal KPD ZK Mitglied Ruth Fischer 1923 S.) Dieser Satz illustriert auch sehr genau warum die Linke für das Phänomene des Antisemitismus blind war (bzw. ist). Die antikapitalistische Kritik der KPD beschränkte sich hauptsächlich auf den sogenannten Hauptwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital, aus dem sämtliche Formen kapitalistischen Übels abgeleitet wurden. Die Befeiung des international unterdrückten Proletariats als das Opfer und der gute Mensch des Kapitalismus wurde vom imperialen, unterdrückenden Klassenfeind der auf Kosten der Arbeiterschaft ein gutes Leben führt unterschieden.

Die mangelnde Tiefgründigkeit ihrer gesellschaftlichen Analyse bzw. die einseitige Bezugnahme auf Marxens kritisierten Klassenwiderspruch als dem Kapitalismus inhärentes Verhältnis, brachte sie dazu es als ein personifiziertes Herrschaftsverhältnis zu begreifen, in dem sich die Schuld für die Missstände in der Gesellschaft im Konkreten finden ließen. Menschen die Geld besaßen bzw. mit Geld arbeiten, Privateigentümer von Fabriken etc., sich also in einer Sphäre bewegten, die dem deutschen Arbeiter als eine fremde gegenüber trat, dort hielten sich die Bösen dieser Gesellschaft auf. Für die KommunistInnen erklärte sich somit die Ungerechtigkeit dieser Welt bzw. die Ungleichheit der Chancen aus den Besitzverhältnissen, die nach ihrem Dafürhalten lediglich in eine Umverteilung des Eigentums münden müsste. Schluss wäre dann mit der "blutrünstigen Aneignung" des Mehrwert in einer "unrechtmäßigen" Anhäufung von Kapital "Die antisemitische Propaganda der Faschisten konnte auf offene Ohren hoffen, denn dem Antisemitismus wurde von keiner Partei entgegengetreten. Eher war es für die SPD und die KPD kein Problem bzw. eine Irreleitung grundsätzlich richtigen Klassenverhaltens. Sie verknüpften Antisemitismus mit einem angeblich richtigen Klassenbewusstsein: Proleten gegen jüdische Kapitalisten und Ausbeuter. Sie erkannten nicht den rassistischen Charakter, nahmen ihn entsprechend nicht ernst und konnten den Antisemitismus so auch nicht bekämpfen." (GdV – Team radikal, Gegen das Vergessen S.108)

" In dieser [...] Wahrnehmung werden die Juden, die fast nie vorbehaltlos akzeptierter Teil der Gesellschaften waren, in denen sie lebten, mit allen konkreten Erscheinungsformen der abstrakten Herrschaftsform des Kapitals identifiziert." (in Steifzüge 1/ 1999: Alex Gruber und Tobias Ofenbauer, Fetischistischer Antikapitalismus) Der Herrschaft der Bourgeoisie wurden kritische Attribute zugeordnet, die zu einem stereotypen Feindbild der deutschen Linken verschmolz und dem Bedürfnis nach unmittelbar wahrnehmbarer Vergegenständlichung der Verhältnisse - reduziert auf eine Erscheinung. Der Bourgeoisie wurde die Verantwortung sowohl für die gesellschaftlich ökonomischen als auch politischen Zustände zugeschrieben. Dieser "traditionellen" Erklärungsansatz von Gut und Böse (Personalisierung des Kapitals) hat sich bis in die heutige Zeit fortgesetzt und verfestigt. Mit dieser Blindheit für's Abstrakte wird sich deshalb auch aktuell wieder versucht auseinander zusetzen. Die Möglichkeiten für eine linke emanzipatorische Kritik muss demnach mit einer linken Tradition brechen bzw. sie kritisieren, um die Gefahren der antisemitischen Form des Denkens in der Linken überwinden zu können.

Der Interventionskrieg der USA gegen die Besetzung Kuwaits durch den Irak war der Auslöser des zweiten Golfkrieges. Zu dieser Zeit brach zu mindest für die ostdeutsche außerparlamentarische Linke erstmalig der Streit darüber aus, ob man für diesen bzw. einen Krieg stimmen sollte. Da links Sein sich nicht auf an sich Beziehungen zum kritisierenden Gegenstand gründet, sondern sich immer wieder in ein Verhältnis zu ihm bestimmen muss, kann man leider auch heute nicht von einem festen Katalogwissen ausgehen, in dem die Anleitung für richtiges Handeln enthalten ist. Die weit auseinanderliegenden Positionen von GegnerInnen einer amerikanischen Politik, Friedensbewegten, GlobalisierungsgegnerInnen und Antideutschen existiert zwar nicht erst seit dem letzten Jahr, jedoch werden jetzt gerade wieder die Unterschiede klar. "Das erste, was immer für ihn entscheidend ist, ist nicht etwa eine bestimmte theoretische Überzeugung, ein Gedanke, der ihm aus seinen vielfach theoretischen Studien erwächst, sondern es ist immer ein persönliches, leidenschaftliches Erlebnis.[...]"

mimi strubatt

[1] ebd. S.111f

[2] Anmerkungen in Klammer von der Autorin

[3] was zum Teil auch heute noch gemacht wird, wenn der Unterschied zwischen einem Kapitalisten und einem Faschisten nicht einleuchtet, werden solche kruden Parolen wie "USA-SA-SS" propagiert



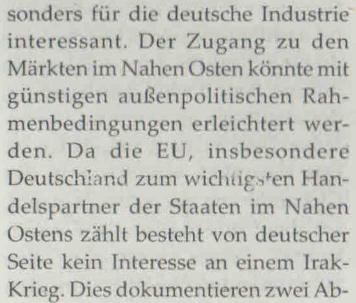
Der Heiligenschein der Friedensengel

Der Krieg gegen den Irak findet bisher nur in den Plänen von Militärs und Diplomaten, in den Polit-Teilen von Zeitschriften und natürlich auch in den Diskussionen auf dem politischen Parkett in Deutschland statt. Die Drohung der Vereinigten Staaten, den Irak militärisch zur Durchsetzung von UN-Waffenkontrollen zu zwingen, hat vor allem altbekannte Namen wieder auf den Plan gerufen. Friedensinitiativen, Attac und PDS sind sich mit ihrem Nein zum Krieg einig und können sich damit sogar der Unterstützung durch die Regierung Schröder versichern.



...du...

Diese demonstriert Unabhängigkeit gegenüber den USA. Mit dem Nein zum Irak-Krieg konnte Schröder nicht nur die letzte Bundestagswahl für sich entscheiden, sondern auch die Position Deutschlands innerhalb der UN stärken. Die Beeinträchtigungen der Deutsch-Amerikanischen Beziehungen nahm Rot-Grün gerne in Kauf, konnte man doch mit dem Nein zum Irak-Krieg innen- wie außenpolitisch auf Stimmenfang gehen. Die Chancen für eine Wahl Deutschlands in den UN-Sicherheitsrat stiegen deshalb erheblich, nicht nur weil Deutschland neben Spanien als einziges Land von der EU vorgeschlagen wurde, sondern auch weil es sich des Ressentiments vieler UN-Mitgliedsstaaten gegenüber den USA gewiss sein konnte. Das außenpolitische Säbelrasseln der Deutschen fand vor allem bei den Staaten der arabischen Liga Zustimmung, insbesondere beim Irak selbst. Auf diese Weise ließ sich Deutschland wahrscheinlich mit den Stimmen der "Achse des Bösen" in den Sicherheitsrat wählen. Zudem kann es für Deutschland nur dienlich sein gute Beziehungen mit den arabischen Ländern zu führen. Die weltweit wichtigsten erdöl-exportierenden Länder sind besonders für die deutsche Industrie interessant. Der Zugang zu den Märkten im Nahen Osten könnte mit günstigen außenpolitischen Rahmenbedingungen erleichtert werden. Da die EU, insbesondere Deutschland zum wichtigsten Handelspartner der Staaten im Nahen Ostens zählt besteht von deutscher Seite kein Interesse an einem Irak-Krieg. Dies dokumentieren zwei Abkommen, die zwischen Europäischer Union und verschiedenen arabischen Staaten geschlossen wurden. Die Ziele einer langfristigen Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und der Einrichtung einer Freihandelszone zwischen EU und Nordafrika wurden 1989 in einem Kooperationsvertrag und 1995 mit der so genannten "Euromediterranen Partnerschaft" vereinbart. Das Risiko, dass die arabische Liga im Kriegsfall die Waffe Öl ins Feld führt, ist für die Vereinigten Staaten bisher noch nicht kalkulierbar. Im Gegensatz dazu müssen sich die deutschen Diplomaten mit ihrem Nein zum Irak-Krieg weniger Sorgen darüber machen. So besteht für die USA im Falle eines möglichen Krieges gegen den Irak die Gefahr, dass sie gewichtige Partner wie Saudi-Arabien verprellen, während Deutschland sich selbst in diesem Falle der Sympathie der arabischen Staaten sicher sein kann.



Vor diesem Hintergrund gibt es für die deutsche Regierung sogar Rückendeckung von Attac und PDS, welche Schröders Nein in weiten Teilen befürworten. Trotzdem möchte die PDS weitergehen, um sich auch ihrer Identität als Friedenspartei zu versichern. So fordert die PDS den sofortigen Abzug der deutschen ABC-Spürpanzer aus Kuwait und ein Verbot der Nutzung der deutschen Basen und Überflugsrechte für die USA. Somit gebärden sie sich höchstens als Teil der neuen deutschen Friedenssehnsucht, getrieben vom antiamerikanischen Ressentiment und auf einer Seite mit jenen,

die den deutschen Sonderweg, den deutsch-amerikanischen Beziehungen vorziehen. Ein Krieg gegen den Irak wäre nach den Worten des PDS-Europaabgeordneten André Brie „mit dem ersten Schuss und unter allen Umständen ein Verbrechen".[1] Die "Verbrechen" der Vereinigten Staaten, wurden auf einer Diskussionsveranstaltung in Leipzig zwischen David Lindemann, ehemaliger Generalkonsul in Leipzig, und Conny Ernst, Landesvorsitzende der PDS-Sachsen, von einem antiamerikanistischen Mob aus PDS-Mitsechzigern dem Generalkonsul um die Ohren geworfen. Die USA haben Dresden bombardiert und wären deswegen "die Begründer der Massenvernichtung"[2]. Die USA seien "faschistisch, weil die höchste Stufe des Kapitalismus der Imperialismus und die höchste Stufe des Imperialismus der Faschismus" sei. Übrigens würden gegen solche negativen Erscheinungen "nur Arbeitsplätze helfen". Man kann von der Annahme ausgehen, dass ein großer Teil der älteren Parteimitglieder, welche die Mehrheit in der PDS stellen, diesen Unfug für bare Münze nimmt.[3]

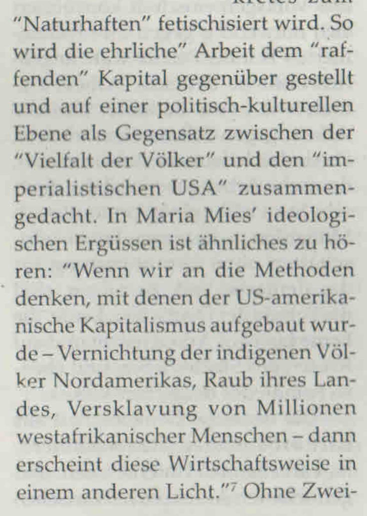
Dabei wird augenscheinlich, inwiefern sich traditionsmarxistische Ideologien bis heute in der PDS gehalten haben. Der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital wird auf die internationale Ebene umgemünzt. In dieser Projektion erscheint die USA als Brutstätte des Raubtierkapitalismus, die stellvertretend für die Zirkulationssphäre des Kapitalismus steht. Das Kapital wird nicht als soziales Verhältnis, sondern in Gestalt der USA personifiziert. Dabei fällt die positive Seite der Arbeit auf die Rolle von unterdrückten Völkern. Diese Ideologie ist ihrem Wesen nach nur als antisemitisch auszumachen. Der übermächtig erscheinenden Supermacht, die mit militärischer und ökonomischer Potenz "die Welt im Würgegriff" hat, wird der positive Bezug auf völkische Identitäten gegenübergestellt. Auch Krieg und Frieden werden vollkommen unkritisch gegenübergestellt: Kriege seien wegen der Anwendung von Gewalt abzulehnen, die PDS "verpflichte sich dagegen der Friedenssehnsucht"[4] Unter kapitalistischen Bedingungen kann es aber nur eine Farce sein, in Friedenszeiten nicht von Gewalt zu sprechen. Die Gewalt, die Menschen überall unter dem Zwang zum Verkauf ihrer Arbeitskraft, sei es beim 12-Stunden-Job im französischen Unternehmen oder beim Coca-Cola-Verkauf am mexikanischen Straßenrand, erleiden, wird systematisch ausgeblendet. Sicherlich ist ein Leben unter befriedeten Verhältnissen angenehmer, als eines unter bürgerkriegsähnlichen. Trotzdem sollte man sich als friedliebender Bürger Gedanken darüber machen, wie viele Menschen für die Friedensschaffung und -erhaltung in blutigen Gemetzeln draufgegangen sind. Die PDS macht sich um solche Fragen nicht wirklich Sorgen, da ihr Frieden das höchste Ziel ist. Krieg und Frieden werden nicht als Produkt der gewaltförmigen Ordnung des Kapitalismus kritisiert und gelten demnach auch nicht als zwei Seiten derselben Medaille, sondern als Gegensatz zwischen Gut und Böse. Das Friedenspaket der PDS, mit Moral verpackt und mit Antiamerikanismus zugeschnürt, wähnt sich also immer auf der Seite des Guten.

Ebenso auf der Seite des Guten wähnen sich die Möchtegernstellvertreter der Anti-Globalisierungsbewegung, das Attac-Netzwerk. Bei ihnen und der PDS fallen dabei zwei zentrale ideologische Momente zusammen: Das Feindbild des amerikanischen "Raubtierkapitalismus" und die Befürwortung einer Anti-Kriegs-Position gegenüber den als "imperialistisch" ausgemachten Staaten. Im Gegensatz zur PDS bildet jedoch keine traditionsmarxistische Ideologie die Grundlage für Attac, sondern ein diffuser Begriff von Globalisierung, der allerdings auch mit traditionslinken Denkmustern aufgeladen ist. Das Kernübel, was Attac in der Globalisierung zu entdecken glaubt, sei das "internationale Finanzkapital". Dieses würde durch den zunehmenden Wegfall von, den Markt behindernden, Schranken sich global ausbreiten und durch seine "ungezügelte Spekulation an den Börsen" die "Irrfahrten der Aktien und Währungen" auslösen. Mit der wirtschaftlichen Globalisierung würde laut Attac "eine kulturelle Globalisierung" einhergehen. Die "Vielfalt der Kulturen" werde durch die "Coca-Cola-Kultur" bedroht. Damit steht Attac in einer ideologischen Linie mit den großen antisemitischen Strömungen unserer Zeit. Dem Ressentiment gegen das "raffende Kapital" und die amerikanische "Unkultur" würde jeder Deutsche applaudieren, der sich von "Yankee-Musik" imperialisiert" fühlt und "Kalle's Bratwürstchen" gegen "McDonalds" verteidigt. Der Versuch aus einem diffusem Begriff von Globalisierung heraus Kapitalismuskritik zu leisten, kann nur in wahnhafter Projektion enden. Da bei Attac die Ökonomie nicht als Vergesellschaftung gedacht, sondern als "Unfassbares" und "Unkontrollierbares" an den Börsen dieser Welt erscheint, kann Attac auch keine Kritik auf der politischen Ebene leisten. Das "raffgieriges Finanzkapital" wird auf der globalen Bühne hinter den USA ausgemacht: "Er (George W. Bush) ist vielmehr nur der mächtigste Repräsentant des globalen Machtkartells namens G7, eines Clubs mächtiger Industrieländer. Sie vertreten vor allem die Interessen der transnationalen Konzerne und Finanzanleger[...]"[5] Hier kommt zusammen, was zusammen gehört. Die ideologische Einheit von Antiamerikanismus und Antisemitismus kommt über die Halluzination von gemeinsamen Interessen von Wall Street und George W. Bush zusammen. Attac schließt sich mit dieser Ideologie sowohl rechten Anschauungen der "Infizierung deutscher Kultur durch die jüdisch-amerikanische Schundkultur", wie auch linken Erklärungsmustern, die "vom amerikanischen Kulturimperialismus" ausgehen, an. Ebenso richtet sich ihre Friedensrhetorik vornehmlich gegen die Politik der Vereinigten Staaten, die als "Büttel der Bourgeoisie" die Interessen des



"internationalen Finanzkapitals" durchsetzen würden. So meint auch die, in der Anti-Globalisierungsbewegung populäre, Maria Mies, dass "wir viel direkter den Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik und neu aufbrechenden Kriegen beobachten, wenn wir uns die Folgen der Politik der Weltbank, des IWF und der WTO ansehen."[6] Da der IWF offenbar noch keiner Nation den Krieg erklärt hat, könne dies wohl nur mit dem "verlängerten Arm" des IWF, nämlich den Vereinigten Staaten von statten gehen.

An dieser Stelle kristallisiert sich auch die ideologische Verwandtschaft von PDS und Attac heraus. Beide bedienen sich des, für den Marxismus-Leninismus typischen, Basis-Überbau-Schemas, wo die Basis einerseits der "Klassengegensatz", andererseits ein nebulöser Begriff von Globalisierung bildet. Globalisierung ist an sich jedoch nichts anderes als der Abbau von Schranken für die Verwertung. Dieser Prozess entspringt aus der Dynamik des Kapitalverhältnisses, nicht aber den Köpfen einiger Spekulanten, die im Hinterzimmer gemeine Pläne schmieden, wie Attac glauben macht. Attac wie PDS machen jedoch als treibende Kraft hinter der Globalisierung transnationale Konzerne, Kartelle und andere illustre Vereine verantwortlich. Die Politik jedoch, soll dem den Kampf ansagen und endlich wieder über Ökonomie gebieten. Das rechtschaffende nationalisierte Kapital soll gegenüber dem bösen spekulativen als gerechter Sachverwalter auftreten. Die nationale Industrie und Wirtschaft sind die "ökonomischen Fundamentaldaten", denen gleichzeitig etwas "wirkliches" und "fassbares" anhaftet, während Börse und Spekulation als "undurchschaubar" und "künstlich" erscheinen. Dies ist jedoch ein Welterklärungsmodell, was aus dem Fetischcharakter der kapitalistischen Verhältnisse her rührt. Es entspringt der Eigentümlichkeit des Kapitalismus als abstraktes Verhältnis, dass auf der Erscheinungsebene die Seite des Werts und Gebrauchswerts verdinglicht auseinander treten. Geld, Ware und Arbeit erscheinen nicht als ein Verhältnis, sondern Geld wird als Ausdruck des Abstrakten zum "Keim des Bösen", während Arbeit als konkretes zum "Naturhaften" fetischisiert wird. So wird die ehrliche" Arbeit dem "raffenden" Kapital gegenüber gestellt und auf einer politisch-kulturellen Ebene als Gegensatz zwischen der "Vielfalt der Völker" und den "imperialistischen USA" zusammengedacht. In Maria Mies' ideologischen Ergüssen ist ähnliches zu hören: "Wenn wir an die Methoden denken, mit denen der US-amerikanische Kapitalismus aufgebaut wurde – Vernichtung der indigenen Völker Nordamerikas, Raub ihres Landes, Versklavung von Millionen westafrikanischer Menschen – dann erscheint diese Wirtschaftsweise in einem anderen Licht."[7] Ohne Zweifel wurde kapitalistische Wirtschaftsweise bisher nie bei Kerzenschein und Lavendelduft durchgesetzt, doch wie würde Frau Mies erklären wollen, was ein "indigenes Volk" ist, und ob man von dessen Genpool gleich Besitzansprüche auf "geraubtes Land" geltend machen könne?



...dich...

Es ist unmöglich eine Kritik der politischen Ökonomie des Krieges zu leisten, wenn als Ausgangspunkt ein halluziniertes Klasseninteresse des "Finanzkapitals" an Kriegen besteht. Weil das Fundament die Personifikation ökonomischer Erscheinungen bildet, bleibt keine andere Möglichkeit, als dass die Friedenssehnsucht zum antiamerikanistischen und antisemitischen Ressentiment gerät. Dass sich die Attac und PDS dabei in guter Gesellschaft mit den Schröders und Fischers dieses Landes befinden zeugt nur vom beiderseitigen Einvernehmen zwischen deutscher Regierung, die ihre Interessen im Nahen Osten durchsetzen will und Attac und PDS, die aus einer diffusen Mischung von Antiamerikanismus und Friedenssehnsucht, das Nein zum Irak-Krieg befürworten.

Martin (Incipito)

Fußnoten:

1 "Pressedienst #37" vom 12.09.2002

2 Zitate aus den Äußerungen des Publikums bei der Veranstaltung entnommen

3 Hier bestätigen einige löbliche Ausnahmen die Regel

4 PDS-Flugblatt "Friede der Frau und dem Manne"

5 "Attac bushtrommel #1"

6 "Das globale Freihandelssystem als neokoloniales Kriegssystem", Maria Mies

7 und noch einmal "Das globale Freihandelssystem als neokoloniales Kriegssystem", Maria Mies

Dies ist eine gekürzte Version eines Redebeitrags der *Antideutsch-Kommunistischen Gruppe Leipzig*, welcher am 22.September 2002 auf der Demonstration "Gegen Arbeitswahn und Kapitalismus" in Leipzig gehalten wurde.

Deutscher Arbeitswahn und völkische Friedenssehnsucht

Der deutsche Sonderweg äußert sich zentral über ein besonderes Verhältnis zur Arbeit und zu Völkern. Reden wir zuerst über deutsche Arbeit.

(...)

Schröder hat das deutsche Verhältnis zur Arbeit im zweiten TV-Duell wieder mal auf den Punkt gebracht: *"Innenpolitisch bedeutet [...] der deutsche Weg [...] den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit"*. Und warum kann man da etwas ausgleichen? Sowohl Arbeit als auch deutsches Kapital werden nicht als kapitalistisch erfasst, sondern als Bestandteile deutscher Kultur. Das Ganze grenzt Schröder dann auf einer Wahlkampfveranstaltung noch vom sogenannten amerikanischen Raubtierkapitalismus ab:

"Die Zeiten, in denen uns, was die Wirtschaft angeht, Amerika und andere als Vorbild dienen sollten, die sind nun wirklich vorbei. Das Ausplündern kleiner Leute in den Vereinigten Staaten, die sich jetzt Sorgen um ihre Altersversorgung machen müssen, während ein paar Spitzenmanager nach Firmenpleiten Millionen und Milliarden nach Hause tragen, das ist nicht der deutsche Weg, den wir für unser Volk haben wollen, meine Damen und Herren" (Hannover, 5.8.02).

Dass Kapitalismus Scheiße ist, darin sind sich Linke einig. Uns, der *Antideutsch-Kommunistischen Gruppe Leipzig*, geht es, wie unser Name schon sagt, gegen die deutschen Verhältnisse, gerade weil es um den Kommunismus geht. Die USA, in der *"Kapitalismus ohne schlechtes Gewissen"* (Löwenthal) herrscht, ist uns alle Mal lieber als deutsche Verhältnisse. Uns bereitet ein amerikanischer liberaler Kapitalismus viel weniger Sorgen als ein deutscher Sonderweg, der vor sechzig Jahren in der Vernichtung von sechs Millionen Juden gipfelte. Das was Schröder in der eben zitierten Aussage ausdrückte, ist ein antisemitisches Ressentiment. Er warnt vor denjenigen, welche die Volksgemeinschaft ausbeuten, indem sie *"nach Firmenpleiten Millionen und Milliarden nach Hause tragen"*. Dieses Zitat ist einem anderen von 1803 von Friedrich Buchholz, einem deutschen Antisemiten, verblüffen ähnlich. Dieser schrieb: *"Der Reichtum der Juden ist Resultat der losesten und verächtlichsten Wucherkünste. Deutscher Reichtum ist Frucht eines gleichmäßig unterhaltenen produktiven Fleißes. Der Jude hat im Gegensatz zum Christen auch nicht den schwächsten Antrieb ihn zum Bestand des Ganzen anzulegen"*. In beiden Zitaten wird der Wucher an den Pranger gestellt. Die Volksgemeinschaft konstituiert sich notwendig gegen ihre halluzinierten Feinde. Positiv wäre angeblich ehrliche deutsche Arbeit. Damals wie heute bedeutet ehrliche Arbeit, gegen Schmarotzer zu sein. Da sind sich deutsche Arbeitnehmer, deutsche Arbeitgeber und der deutsche Staat völlig einig. Leute, die sich Milliarden in die eigene Tasche wirtschaften ohne Verantwortung für das deutsche Volk zu zeigen, sind die Feinde der Deutschen. Leute, die keine Lust auf Arbeit haben und auf Kosten des Staates leben sind ebenso Feinde des deutschen Volkes.

Die deutsche Gemeinschaft aus hart arbeitenden Staatsmännern, hart arbeitenden Unternehmern und gehorsamen Arbeitern hat zwischen 1933 und 1945 eine besondere Möglichkeit kapitalistischer Krisenbewältigung gestartet: Die antisemitische Gemeinschaft von Staat, Arbeitern und Unternehmern. Der antisemitische Wahn dieser Gemeinschaft wurde 1945 durch militärische Mittel gestoppt. Aus diesem Ereignis kann man drei Sachen lernen. Erstens: Überall dort, wo sich Gemeinschaften bilden die sich dadurch auszeichnen, dass sie sich auf den Antisemitismus verständigen und das Kollektiv über das Individuum stellen, muss eingegriffen werden. Zweitens kann man aus der Niederschlagung des Nationalsozialismus lernen, dass kriegerische Mittel nicht per se schlecht sind. Und drittens kann man aus der Geschichte des Nationalsozialismus lernen, dass ein früheres Intervenieren viel Leid hätte verhindern können.

Die deutsche Friedenssehnsucht, welche derzeit in der Linken als Antiimperialismus erscheint, dient nicht dem Anliegen des Humanismus, sondern völkischer Ideologie. Diese völkische Friedenssehnsucht erstarkt derzeit in Deutschland auf hässlichste Weise. Die Lager von links bis rechts rücken zusammen, indem die angeblichen Feinde des Friedens ausgemacht sind: Israel und die USA. Wir werden uns gegen diesen antizionistischen und antiamerikanischen deutschen Friedenstaumel zur Wehr setzen. Nicht die USA und Israel sind das Problem, sondern antisemitische Kollektive.

Die Konstellation im Nahen Osten ist grauenhaft. Rings um den Staat Israel, der den Juden seit 1948 endlich sicheren und nach Ausch-



witz zwingend notwendigen Schutz vor Antisemitismus gewähren soll, formiert sich seit Jahrzehnten mehr und mehr eine große antisemitische Gemeinschaft. Schon 1948, einen Tag nach der Gründung Israels, sind Armeen von fünf verschiedenen arabischen Ländern in Israel eingefallen. Eine dieser Armeen war die irakische. Seit mehr als einem Jahrzehnt versucht die UNO den Irak verstärkt unter Druck zu setzen. Zu Recht! 1990 bewies dies der Irak im Golfkrieg, indem er erst Kuwait überfiel und dann im Krieg gegen die Alliierten Israel zum Ziel seiner Raketen wählte. Warum? Israel war nicht an der militärischen Auseinandersetzung mit dem Irak beteiligt. Es gab einen anderen Grund: Der Irak setzte mit diesen Raketen den Angriff von 1948 auf Israel fort. Es ist eines der primären Ziele des Iraks, Israel von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Das beweist der Irak auch, indem er den verbliebenen Familien palästinensischer Selbstmordattentäter 25.000 Dollar zukommen lässt. Neben Embargobestimmungen und Flugverbotszonen versuchen die vereinten Nationen seit 1991 den Irak auch mit Waffen-Inspektionen in seinen militärischen Absichten zu stoppen. Zu Recht! Der Irak besitzt chemische und biologische Waffen und versucht Atombomben zu bauen. 1994 hat der israelische Geheimdienst die Inspekteure darauf hingewiesen, dass ihre Tätigkeit durch eine systematische Verschleierungsstrategie des Iraks konterkariert wurde. 1998 war endgültig Schluss mit der Inspektion, indem der Irak den Inspekteuren vorwarf, für den amerikanischen Geheimdienst zu arbeiten und alle Inspekteure des Landes verwies. Nach den Attentaten des 11.Septembers erhöhte die USA ihren Druck auf den Irak. Und was sagt Schröder in antiimperialistischer Manier den Amerikanern in einem Interview mit der *New York Times* vom 4.9.2002 : *"Hände weg vom Irak"*. Würde dies den deutschen Händen gelten, wäre es völlig richtig. Deutschland hätte seit 1945 das Maul zu halten. Tut es aber nicht. Schröder richtet die Worte *"Hände weg vom Irak"* an die USA. Wie sind diese Worte Schröders nach dem Jugoslawienkrieg zu verstehen. Antikriegsmanier kann es nicht sein. Es geht der deutschen Politik um Völker. 1991 war die deutsche Politik die erste, welche sich in Jugoslawien zum Völkerrechtler aufschwang, indem sie den Kroaten und den Slowenen einen Völkerstatus zuerkannte. Bekanntlich haben diese völkischen Bestrebungen zum Krieg geführt. Bezüglich des Iraks geht es den Deutschen wieder ums Völkerrecht, dass nämlich die Souveränität beim irakischen Volke liege. Von der deutschen Linken ist man es ja gewohnt, dass diese sich seit Jahrzehnten dem antiimperialistischen Völkerschutz anstatt dem Kommunismus - also dem radikalen Humanismus - verschrieben hat. Und so ist es nicht verwunderlich, dass heute die deutsche Politik den Linken deren Profilierung schwer macht. Aus linken Dunstkreisen entspringt ja die heutige deutsche Führungsriege. Die Gemeinsamkeit der Außenpolitik der Deutschen im Irak und in Jugoslawien liegt auf der Hand. Deutschland geht wieder einen Sonderweg, und zwar den völkischen. Schröder hat das auf einer Wahlkampveranstaltung klar gemacht: *"...dieses Deutschland, unser Deutschland, ist ein selbstbewusstes Land. [...] die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig zu Ende"* (Hannover). Deutschland soll also nicht mehr ein im Schatten stehender Geldgeber der USA, sondern ein selbstbewusstes Land sein. Gegen diesen deutschen Weg müssen Kommunisten ankämpfen!

Kommen wir zum Punkt. Es ist uns bewusst, dass, solange es Kapitalismus gibt, antisemitisch-antizivilisatorische Bestrebungen nicht verschwinden werden. Wir sind uns bewusst, dass durch eine Intervention der USA im Irak kein ewiger Frieden zustande kommen wird. Wir sind uns bewusst, dass es der USA um nicht wesentlich mehr als um die langfristige Sicherung des Öl-Marktes und um die Sicherheit gegen islamistische Terroristen geht. Trotzdem verbindet sich für uns mit der Politik der USA im Nahen Osten die Hoffnung, dass antizionistische Bestrebungen ihr Ziel, Israel von der Landkarte zu tilgen, nicht erreichen und dass faschistische Krisenbewältigungsstrategien, wovon der deutsche Nationalsozialismus die barbarischste Form war, so früh wie möglich erkannt und verhindert werden.

Nicht die deutsche Völkerfreundschaft, sondern der amerikanische Druck ist dafür verantwortlich, dass der Irak beginnt nachzugeben. Wenn ein Krieg notwendig ist, um die antizionistischen Pläne des Iraks zu stoppen, dann werden wir nicht dagegen sein. Wenn Israels Existenz scheitern würde, dann hat die kapitalistische Barbarei in Form des Antisemitismus jenen Schutzwall überwunden, der nach Auschwitz gewähren sollte, dass Ähnliches wie Auschwitz sich nicht wiederhole. Solange in den USA in der Haupttendenz eine Barbarisierung nicht auszumachen ist und die USA eine bessere Kapitalakkumulation zur Zielsetzung hat, kann man sich bei der Anwendung ihrer Mittel gewahr sein, dass diese nicht die Vernichtung von Menschen als Zweck haben. Im Gegensatz dazu geht aber der Wille zur Vernichtung vom Islamismus und vom irakischen Nationalismus aus. Es wäre absolut falsch, den erstarkenden Islamismus im Nahen Osten und den Nationalismus im Irak plump mit dem deutschen Nationalsozialismus gleichzusetzen. Doch gerade weil Ähnlichkeiten bestehen, besonders bezüglich des sowohl für den Nationalsozialismus als auch für den Islamismus konstitutiven Antisemitismus, ist es für Kommunisten als auch für bürgerliche Antifaschisten die Pflicht, sich einen kritischen Begriff von der sich konstituierenden Massenbewegung im Nahen Osten zu machen und dagegen anzugehen.

Es sei abschließend klipp und klar gesagt: Wer gegen die Beseitigung Saddam Husseins ist, wünscht Israel die Pest an den Hals. Bei ihrem Unterfangen, Saddam Hussein zu beseitigen, wünschen wir der USA viel Glück.

Lang lebe Israel!
Für den Kommunismus!

Antideutsch - Und trotzdem gegen Krieg.

Dieser Text befasst sich im Wesentlichen mit der verbreiteten antideutschen Meinung (hier am Beispiel der Antideutsch Kommunistischen Gruppe (AKG) Leipzig), dass Kriege, wie im Irak geplant und in Afghanistan durchgeführt, die Bedingungen der Möglichkeit für emanzipatorisches Denken verbessern würden und damit grundsätzlich positiv zu bewerten seien.

Es scheint eigentlich ganz einfach: Durch die Erfahrung, dass die deutsche Barbarei '33 bis '45 nur durch einen Krieg zu beseitigen gewesen ist[1], vermischt mit der Einsicht, dass eine islamisch/ militärische Diktatur wohl ein Stück weiter von einer angestrebten emanzipierten Gesellschaft entfernt sein muss, als ein brummender Kapitalismus, wie er in Amerika oder Westeuropa herrscht, führt die Genossen von der AKG zu dem Schluss, dass einem nichts Anderes bliebe, als der amerikanischen Administration alles Gute für einen Krieg gegen den Irak zu wünschen[2].

Eine solche Argumentation mag auf den ersten Blick schlüssig erscheinen, führt aber in Ihrer Konsequenz zu den absurdesten Forderungen. Wenn man die Möglichkeit eines militärischen Erzwingens der Möglichkeit zur Emanzipation wirklich ins Auge fassen möchte, dann aber richtig: Fast alle Staaten im arabischen Raum werden von Diktaturen und Despotien regiert, hinzu kommen die Willkürherrschaften in vielen afrikanischen Ländern, und auch Nordkorea darf nicht vergessen werden. Die Amerikaner und ihre Verbündeten können also ihr Kriegsgerät schon mal warmlaufen lassen und die antideutsche Linke kann sich auf einen baldigen emanzipatorischen Fortschritt freuen. Oder doch nicht ?

Wie der Tonfall vielleicht schon vermuten lässt, sind wir da kritisch. Denn, im arabischen Raum unzweifelhaft in beunruhigendem Maße vorhandener, offener Antisemitismus und dessen konstitutives Moment für die islamitische Massenbewegung sowie die möglichen Analogien zum Nationalsozialismus sollen nicht bestritten werden. Unbestritten bleibt, dass der Antisemitismus und der daraus erwachsende Hass auf Israel seit der Gründung des Staates der Juden 1948 zu einer permanenten Bedrohung geführt hat. Konkret wurde diese Bedrohung beispielsweise im auf die Staatsgründung folgenden Angriffskrieg der arabischen Welt auf Israel, dem vereitelten antizionistischen Waffengang von 1967 und den Raketenabschüssen des Irak auf Tel Aviv während des Golfkrieges.

Was jedoch bezweifelt werden muss ist, dass sich eine offen antiamerikanisch - antizionistische Massenbewegung, die zweifellos in allen arabischen Ländern vorhanden ist, von einer amerikanischen Intervention und sicher noch viel unwahrscheinlicher von einer jahrelangen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Präsenz der Amerikaner im arabischen Raum schwächen – oder gar aufheben - ließe. Der zu bekämpfende Feind kann hier nicht Saddam Hussein oder die irakische Armee sein, sondern das Ziel eines emanzipativ wirken wollenden Angriffes müsste die antijüdische Einstellung der Mitglieder der islamitischen Massenbewegung sein – nur scheint dafür das amerikanische Waffenarsenal mehr als ungeeignet.

Viel wahrscheinlicher würde einem Krieg, ganz unabhängig von seinem militärischen Ausgang, ein Erstarken der islamitischen Bewegungen und damit die Gefahr eines eliminatorischen Antisemitismus mit entsprechend negativen Auswirkungen – zum Beispiel für Israel und die dort lebenden Juden und Jüdinnen - folgen.

Abgesehen davon müsste ein Militärschlag erst einmal erfolgreich sein – in den letzten Jahrzehnten haben die amerikanischen Militärs jedenfalls auch schon größere Kriege[3] verloren. Ein verlorener Krieg, vielleicht gepaart mit einer halbherzigen Absetzung von Saddam Hussein und das unweigerlich folgende ökonomische und humanitäre Desaster in der Region könnten der islamitischen Massenbewegung auch den entscheidenden Vorschub zum offenen Vernichtungswahn leisten. Da die Vereinigten Staaten militärisch relativ unangreifbar sind, würde sich der Vernichtungswahn wohl gegen die halluzinierte "Speerspitze" Amerikas im arabischen Raum richten – gegen Israel. Weiter ist zu bezweifeln, ob sich nach einem gewonnenen Krieg – der ohne Zweifel hunderttausende Todesopfer[4]



fordern würde – eine Ordnung einstellen kann, die eine emanzipative Kritik zumindest ermöglicht oder ob nicht eine weitere Diktatur wesentlich wahrscheinlicher ist. Es ist also nicht nur wahrscheinlich, dass das Ganze ein Pyrrhussieg werden wird, sondern auch zweifelhaft, dass überhaupt ein Sieg errungen werden kann.

Die Position der AKG, dass die Bedingungen für emanzipatorisches Denken in Afghanistan im Verhältnis zur Taliban-Herrschaft langfristig qualitativ bessere geworden sind[5], muss bezweifelt werden. Solange die Gegend von "Friedenstruppen" nur so wimmelt[6], mag das stimmen – ob nach ein paar Jahren sinkendem weltpolitischen Interesses die Verhältnisse nicht wieder umschlagen werden, darf Mensch gespannt abwarten. Auch die, in Afghanistan zu stellende, moralische Frage nach der Legitimation der Intervention - etwa was die ca. viertausend[7] zivilen Opfer der Militäraktion eigentlich mit den neunzehn antisemitischen Aktivisten zu tun hatten, die unbedingt ins WTC rauschen mussten - bleibt offen.

Eine weitere Frage, die es zumindest zu stellen lohnt, wäre, ob es für eine antikapitalistische Linke überhaupt tragbar ist, zu fordern, das Zwangssystem einer arabischen Militärdiktatur mit der dazugehörigen Kommandowirtschaft[8] durch das Zwangssystem des Kapitalismus – und nichts anderes würde nach einer amerikanischen Militärintervention geschehen – einzutauschen. Es bleibt offen, warum es anzustreben sein soll, einen Kapitalismus einzuführen, der die Wahnsinnigen produziert, die es zu bekämpfen gilt[9]. Eine dergestaltige Forderung würde ein sehr eindimensionales Verständnis von der möglichen Entwicklung einer Gesellschaft offenbaren. Einer emanzipierten Gesellschaft muss kein Kapitalismus vorausgehen! Es wäre zutiefst inkonsistent im eigenen Land die Aufhebung des Kapitalismus und im arabischen Raum seine Durchsetzung zu fordern. Der Kapitalismus ist nur global überwindbar und diese globale Perspektive gilt es zu verteidigen. Dass diese Perspektive nicht von einem fortbestehenden irakischen Regime verteidigt wird, dürfte allen klar sein. Dass die amerikanische Armee diese Perspektive auch nicht sichern wird, müsste allen klar sein.

Das Einlenken des Diktators bezüglich der Waffeninspektoren – mag es auch seine taktischen Gründe haben – und die zumindest teilweise politische Abkehr einiger arabischer Nachbarstaaten[10] zeigen, dass ein nichtmilitärisches Eingreifen durchaus noch Wirkung zeigen könnte und zwar eine, die nicht die Gefahr in sich trägt – vor allem für Israel – apokalyptische Folgen zu haben.

Dass es den Amerikanern im Irak vor allem um die zukünftige Sicherung der Energieversorgung der Vereinigten Staaten zu gehen scheint, spielt für eine Analyse tatsächlich keine Rolle – auch mit den falschen Absichten ist es möglich das Richtige zu tun. Nur erscheint es uns eben nicht richtig mal eben tausende Irakis zu töten, um eine proamerikanische Regierung und eine kapitalistische Vergesellschaftung zu forcieren, die in letzter Konsequenz mittelfristig die Vernichtung des Staates Israel bewirken könnte.

Die Kritik der AKG an der anachronistischen und antiimperialistischen Position der PDS[11] ist natürlich richtig und wichtig – nur die Folgerung der antideutschen Kommunisten scheint falsch.

Der islamische Antisemitismus und der daraus erwachsende Vernichtungswahn bleibt natürlich zu bekämpfen und eine befreite und emanzipierte Gesellschaft bleibt anzustreben. Um es deutlich zu sagen: auch gewaltsam. Jedoch nur mit einer Perspektive, die auch wirklich für eine Verbesserung der Verhältnisse geeignet ist.

Gegen antideutsche Kriegssehnsucht!
Für den Kommunismus[12].

AKA[M]

[1] AKG-Text "Wer PDS wählt, wählt den islamischen Faschismus!"

[2] So getan zum Abschluss des Redebeitrages der AKG auf der BgR Demo am 22.9.2002

[3] Vietnam, Kambodscha

[4] Golfkrieg: 150.000 bis 200.000 Todesopfer

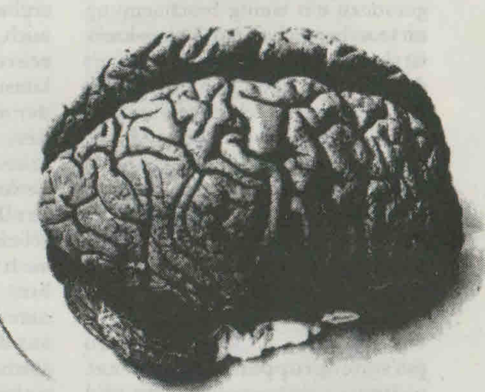
[5] CEE IEH 91, AKG-Text "Wir sind unserer Meinung", S.39

[6] Der eingesetzte afghanische Präsident wird von fünfzig US-Agenten beschützt und entging in der jüngsten Vergangenheit nur knapp etlichen Anschlägen.

[7] lt. Prof. Marc W. Herold von der New Hampshire University

[8] 1964 Verstaatlichung sämtlicher Großbetriebe und forcierter Ausbau der Petrochemie.

[9] CEE IEH 91, AKG-Text "Wir sind unserer Meinung", S.40



...Mensch?"

[10] Ägypten, Jordanien und Saudi Arabien laut "Der Spiegel", No 39, S.123

[11] AKG-Text "Wer PDS wählt, wählt den islamischen Faschismus!"

[12] Äquivalente emanzipiert - befreite Gesellschaftsformen werden auch gern akzeptiert.

verselbststaendnisfindung

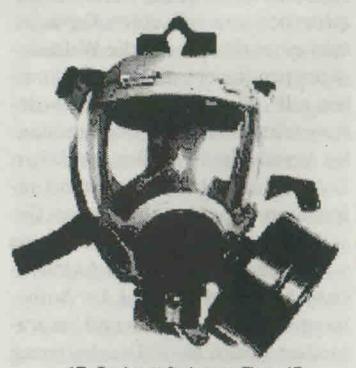
„INCIPITO lesen!"
andreas, cee ieh #91

„Das Magazin Incipito ist auf alle Fälle zu begrüßen."
hannes, cee ieh #91

dass das cee ieh in der lage ist, theoretische debatten und kritik auf den punkt zu bringen, war schon bekannt. dass ihr geschmack den gerade be-schriebenen faehigkeiten in nichts nachsteht, ist eine ueberdurch-schnittlich freudige ueber-raschung. in zwei rezensions-artikeln zu derart positiven bewertungsresultaten wie den obigen zu kommen, verbreitet geradezu ein wenig beschaemung im woechentlichen redaktions-kreis, ist sich die redaktion doch durchaus der vom cee ieh hoeflich verschwiegenen fehler bewusst.

einer dieser fehler ist z.b. die im ersten heft begonnene selbstverstaendnisdebatte dann in heft zwei nicht fortzufuehren. eine debatte, die, das nur ganz nebenbei, mit beitraegen aus der redaktion, aber auch von leserInnen oder kritikerInnen (zwei bekanntlich voellig verschiedenen personengruppen) mit- bzw. weitergefuehrt werden kann und werden soll. doch ab jetzt wird alles anders und dies ist versuch nummer zwei eben jene debatte zu initiieren.

um den prozess der incipito-entstehung und nun inzwischen auch weiterent-wicklung deutlicher zu machen und der uns entgegengebrachten kritik noch einmal entgegen-zustellen: die sich findende redaktionsgruppe war ein bunt zusammengewuerfelter haufen von leuten, die aus ganz unterschiedlichen gruppen und auch gar nicht aus gruppen zusammentrafen. ihr grundlegendes gemeinsames interesse war und ist eine zeitung zu entwickeln. eine zeitung, die sich in einem gewissen rahmen als spiegel der szene versteht, verstehen muss, da sie von den diskussionen eben jener szene lebt. das bedeutet, dass die bandbreite, der in der incipito zu lesenden artikel relativ breit sein und gelegentlich auch absoluten schrott enthalten kann. das bedeutet aber auch, dass wir uns nicht mit jedem schrott identifizieren. jede/r konsumentIn hat die moeglichkeit den schrott, der viel zu haeufig aus der szene herauskommt, zu erkennen und als solchen zu bewerten. ich fuer meinen teil habe gar keine lust, artikel, die ich scheisse finde zu kommentieren, auch wenn ich durchaus in der lage bin, scheisse beim namen zu nennen. dass der leserInnenbrief aus der ersten ausgabe der incipito solcher schrott war, ist klar. dass ein unkommentierter abdruck aber nicht bedeutet, dass die redaktion ihn unterstuetzt, sollte auch jedem klar sein. artikel, die von incipito-redaktionsleuten geschrieben wurden, sind auch als solche am ende des artikels gekennzeichnet. wenn also am ende dieses artikels ein *laatsch (incipito)* steht, bedeutet dies nichts anderes, als dass dieser text meine individuelle position wiedergibt, aber gleichzeitig auch von der redaktion zumindest toleriert wird. fuer diese texte darf uns jeder auf die finger klopfen und dies ist natuerlich auch gewuenscht, da wir keine reine output-maschine sein wollen. bei allen anderen texten muss sich die kritik schon an den/ die jeweiligen verfasserIn richten. ich vertrete nicht die auffassung, dass das blosse abdrucken abstruser texte positionen staerkt, die in welcher form auch immer von uns nicht akzeptiert werden. abstruse texte dokumentieren schlicht und einfach abstruse gedanken, und wie wir dazu stehen ergibt sich einzig und allein daraus, wie wir ueber die naechsten hefte gesehen debatten foerdern und aufgreifen. natuerlich ist der vorwurf der beliebigkeit angesichts unserer veroeffen-tlichungspraxis nicht ganz unberechtigt, doch waere es verlogen, eine art jungle world sein zu wollen und dem/ der leserIn immer vorgaukeln zu wollen, die linke welt waere gepraegt von ernst



67. Suchergebnis von "Israel" bei www.google.com



zu nehmenden debatten. das, was in der incipito steht, ist ein (grosser) teil der leipziger (polit)gruppenlandschaft. das kann wer will gut und wer nicht will eben schlecht finden oder versuchen adaequate mittel zur veraenderung der szene zu entwickeln.

ich sehe die funktion der redaktion darin, eben durch die darstellung der einzelnen individuellen standpunkte klarzumachen, dass bspw. antiisraelische debatten mit uns nicht stattfinden werden. einen ansatz in diese richtung gab es bereits in der letzten ausgabe der incipito. dass wir als einstieg in unser zeitungsleben „es geht um israel?" als schwerpunkt waehlten, mag als nicht ueberdurchschnittlich gelungen erscheinen, dass wir aber auch in unserer themenwahl und -zielrichung lernfaehig sind, sollte uns durchaus zugestanden werden. und wenn dann kritik geaeussert wird, die sich auf den inhalt bezieht und nicht durch alte konfliktlinien motiviert ist, dann waere und ist dies das beste, was passieren koennte und kann. denn ich behaupte nicht, die wahrheit zu kennen. fehler zu machen ist relativ normal und dies ist gut so, denn fehlereliminierung (auch durch kritik) ist das beste, was auf dem weg der erkenntnis passieren kann. und weil ich nicht denke, dass im leipziger szeneumfeld irgendjemand rumlaeuft, der godlike die wahrheit kennt, faende ich es gut, wenn menschen beim schreiben auch mal zugeben koennen, dass sie nicht am ende der fahnenstange angekommen sind, sondern dass sie in ihrem erkenntnisprozess gerade an dieser oder jener stelle angekommen sind. insofern ist natuerlich fuer mich auch das projekt des zeitung machens eine art selbstfindung (im sinne von erkenntnisgewinn) und die incipito vielleicht eine „selbstfindungsgruppe" (hannes, cee ieh nr.91), da wir auch als projekt auf der suche nach erkenntnis sind und ein verzicht darauf unser eigenes ueber-fluessig sein manifestieren wuerde. dass diese suche nach erkenntnis nicht ohne selbstkritik zu kriegen ist, ist in diesem zusammenhang eine banalitaet und trotzdem sehr wichtig festzuhalten. dass dies innerhalb der redaktion kein konfliktstoff ist, sollte der/ die geneigte leserIn vertrauensvoll als gegeben hinnehmen.

vielleicht sind wir aber auch ueberfluessig. vielleicht will niemand wirklich wissen, was in der szene gedanklich drinsteckt. vielleicht braucht niemand aufrufe eine kampagne zur abschaffung der pass- und meldpflicht auf die beine zu stellen. vielleicht ist es so vielen die 2,50 euro nicht wert, die dieses heft kostet, dass wir es sowieso irgendwann aufgeben. vielleicht werde ich in 2 - 3 jahren denken, dass die incipito das bescheuerteste projekt war, an dem ich je teilgenommen habe. vielleicht. im moment halte ich es fuer spannend einen nicht unbetraechtlichen teil meiner zeit in ein projekt zu investieren, das in einem diskussionsprozess ueber inhalte steckt und immer noch offen ist fuer leute, die nicht nur eine zeitung konsumieren wollen, sondern lust verspueren, den prozess des entwickelns eines thematischen profils mitzugehen.

es ist schwierig ein profil einer zeitung zu entwickeln, die versuchen will, theorie und praxis unter einen hut zu kriegen. praktische politik hat in einem kapitalistischen, staatlichen umfeld, wie eben dem (vor allem) deutschen, schon von vornherein mit sehr vielen problemen zu kaempfen. seine eigene lebensposition verbessern oder strukturelle ungleichheiten bekaempfen zu wollen, laesst sich in der heutigen praxis eben meist nur in den grenzen des bestehenden denken. fluechtlingspolitik/ -arbeit steht seit anfang an vor diesem dilemma, saemtliche buergerrechtsgruppen (stichwort pass-und meldepflicht) und weite teile der antiwahlkampagnen koennen sich dem nicht entziehen. POLITISCHE praxis ist, egal ob mit selbst- oder lobbybezug, meist nicht sonderlich lecker, da die zwaenge des systems, gerade auch bei den kampagnen, die es veraendern wollen, bestehen (auch wenn unbestritten ist, dass viele kampagnen das system NUR verbessern und nicht aendern wollen). und trotzdem: vielerlei aktionen machen sinn, weil sie das bewusstsein der beteiligten veraendern koennen oder eine praktische solidaritaet zeigen, die sich dem zynischen „mir doch egal", das auch mich gelegentlich beschleicht, entzieht. hier anzusetzen und der durchaus kritikwuerdigen praxis das mittel der - vor allem - selbstkritik zur seite zu stellen, sollte wichtigste aufgabe der incipito sein. wenn dann daraus eine veraenderung sowohl der politischen praxis als auch der kritik an ihr erwaechst, waere das schon mehr, als mensch von einem zeitungsprojekt erwarten kann.

laatsch (incipito)

im Conne Island

Infoladen - new stuff

Archiv: Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Videos, CD-Roms, Internet zu allen relevanten linken Themen

.....:: neues Verkaufsmaterial ::.....

T-Shirts
[Deutschland abschalten | smash capitalism | Stalingrad 43 | Die Natürlichkeit des Kapitalismus ist eine intellektuelle Täuschung | Bewegungsfreiheit ist ein Glück, das es zu teilen gilt]

Security CD
[Software und Infos zur Computersicherheit]

Broschüren
Handbuch gegen Arbeit [Tips für Sozialschmarotzer]
Give the feminist a cigarette [Ein Feminismusbuch]
Freiheit stirbt mit Sicherheit [Handbuch gegen Überwachung und Ausgrenzung]
erste hilfe [die linke, das kapital und die revolution - texte zur linksradikalen kapitalismuskritik]
Manifest gegen die Arbeit [Gruppe Krisis]
The summer of resistance and the autumn of repression [Göteburg 01]
Die Entstehung einer internationalen Bewegung? [AAB]
body manipulation [biopolitik und die neuen formen des kolonialismus]
set it off [Rassismus, Feminismus und Postkolonialismus]
Wie vermeide ich die Wehrpflicht?

Zeitschriften
incipito [Magazin für Neubeginn]
Phase 2 [Zeitschrift gegen die Realität]

offen: Do. & So. 15-20:00
Conne Island, 2.Etage

www.nadir.org/infoladen_leipzig



Der antirassistische Antifa-Sommer

Der deutsche Staat inszenierte im Jahr 2000 den „Antifa-Sommer". Der außenpolitisch, ökonomisch und soziologisch (68er-Generation) motivierte Staatsantifaschismus wurde mit Hilfe von Polizei, Zivilgesellschaft, Stiftungen und Verfassungsschutz durchgesetzt. Geändert hat es an den Einstellungen der deutschen Bevölkerung nicht viel. Analog wird die Auseinandersetzung zum Nahostkonflikt innerhalb der deutschen Linken geführt. Inzwischen wissen fast alle, die sich öffentlich äußern, dass gewisse Dinge nicht laut gesagt werden dürfen. Die Akteure, die das Image der deutschen Linken in Sachen Anti-Antisemitismus hochhalten, heißen: Bahamas, Antideutsche Gruppen, Antifa-Zeitschriften usw. - wer in 10 Jahren die einschlägigen Publikationen durchsieht, wird zu dem Schluss gelangen müssen, dass im Jahre 2002 Antisemitismus innerhalb der Linken kein akutes Problem gewesen sein kann. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus, zum Beispiel auf den und um die antirassistischen Grenzcamps in Jena und Strasbourg.

Ein Zusammenhang, der sich selbst „Autonome Anti-faschistinnen und Antifaschisten aus dem Süden, Westen und Südwesten der BRD" nannte, kündigte für das 5. antirassistische Grenzcamp in Jena eine Veranstaltung unter dem Titel: „Solidarität mit Israel? Solidarität mit Palästina? Warum wir Solidarität mit Nationalstaaten generell ablehnen" und dem Untertitel „Ein Workshop ohne Sprech-, Raum- und Diskussionsverbote" an. Die an der Grenzcampvorbereitung beteiligte Antirassistische Gruppe Leipzig meldete Bedenken gegen die Veranstaltung, über deren Inhalt nur Vermutungen angestellt werden konnten, oder zumindest gegen Titel und Untertitel an. Kritisiert wurde in einer Stellungnahme der Leipziger Gruppe, dass der Titel suggeriert, Israel sei ein x-beliebiger Nationalstaat, dessen Existenzrecht genauso in Frage gestellt werden könnte wie das von Deutschland. Der Untertitel hingegen bediente sich des klassischen Mythos, dass es gewisse Tabus gäbe, offen seine Meinung über Israel, „die Juden" usw. zu sagen.

In einer Erwiderung der „Autonomen Antifaschistinnen und Antifaschisten..." bezeich-neten sie die angebliche Absetzung der Veranstaltung durch „mächtige Organisatoren" als „Super-Gau Jena" und kritisierten eine Mobilisierungs-postkarte der Antirassistischen Gruppe Leipzig, die unter dem Motto „Solidarität mit Israel" Stellung gegen Antisemitismus bezog, als absurd: „Die Praxis des Israelischen Staates torpediert die Inhalte des Grenzcamps, die da wären: Bewegungsfreiheit, Freies Fluten, no border, die Auflösung aller Internierungs- und Flüchtlingslager." Der Durban-Diskurs, die Diffamierung Israels als rassistischsten Staat der Welt, ist also da angekommen, wo er auch seine Ursprünge hatte: in Teilen der Linken. An der daraufhin folgenden Auseinandersetzung, die über die Mailingliste der Grenzcampvorbereitung geführt wurde, beteiligten sich nur wenige Gruppen und Einzelpersonen, was allerdings angesichts der Hektik kurz vor Camp-Beginn nicht weiter verwunderlich war. Die Pro- und die Contra-Veranstaltungs-Fraktion waren ungefähr gleich groß. Es war aber auffällig, dass sich die meisten stillschweigend mit einem gewissen öffentlichen Anti-Antisemitismus-Konsens innerhalb der Linken abgefunden hatten, ohne ihn selbst zu teilen oder ihn nachvollziehen zu können.

Die Postkarte mit der Aufschrift „Solidarität mit Israel" rief z.B. innerhalb der Campvorbereitung keinerlei wahrnehmbare Reaktionen hervor. Erst hinterher war zu erfahren, dass eine Gruppe deswegen nicht mehr



zum Camp mobilisiert hatte, andere hofften, dass diese „miese Identitätsdebatte" auf dem Camp „keinen Boden gewinnt", oder gingen davon aus, dass viele Leute zum Camp kommen würden, „die aus verschiedenen Gründen für das Existenzrecht Israels nicht viel übrig haben" und man dies zu berücksichtigen habe.

Die geplante Veranstaltung fiel auf dem Camp zum Glück aus. Die „Autonomen Antifaschistinnen und Antifaschisten..." wähn-ten sich lieber als Opfer einer gegen sie gerich-teten Verschwörung, anstatt argu-mentativ auf die Vorwürfe einzugehen. Eine Veran-staltung zum Thema Antisemitismus fand auf dem Camp allerdings auch nicht statt, was angesichts der Welle antisemitischer Vorfälle, antizionistischer Hetze in antirassistischen Zeitschriften (Vgl. „off limits" Nr. 34/2002) und der zwar falschen, aber weitverbreiteten Subsumierung des Antisemitismus unter den Rassismus verwunderlich ist.

„Dass Israel ein faschistischer Staat sei, wurde lediglich gedacht, jedoch nicht laut gesagt."

Auf dem im Anschluss stattfindenden internationalen „No Border"-Camp in Strasbourg trat das Verhältnis von falscher Gesinnung innerhalb der Linken und der antinationalen „Gesinnungspolizei" deutlicher zu Tage. Auf den Veranstaltungen letzterer ließen sich erstere nicht blicken. Vorträge von Bernhard Schmid (nicht wirklich ein Antinationaler, aber im Camp-Kontext eher auf dieser Seite anzutreffen) über die Unterschiede der Nahost-Diskussion in Frankreich und der BRD bzw. von einer Freiburger Gruppe gegen Antisemitismus in der Linken waren zwar gut besucht, kontroverse Diskussionen kamen allerdings mangels Gegenposition kaum auf. Die Freiburger Gruppe musste sich vielmehr auf ihrer Veranstaltungen gegen Einwürfe verteidigen, dass sie zu wenig antideutsch argumentiert hätte, weil sie in einem Referat den linken Antiimperialismus nur als verkürztes und nicht als generell falsches Weltbild bezeichnet hatte. Auf einer Veranstaltung einer pro-palästinensischen Stras-bourger Gruppe, die gemeinsam mit dem Antiglobalisierungs-Bauern José Bové „Friedensmissionen" in Israel durchgeführt hatte, dominierten die Verteidiger Israels zwar mit ihren Redebeiträgen und ständigen Interventionen, es herrschte im Publikum allerdings eine antizionistische und antisemitische Grundstimmung vor. Im Laufe der Veranstaltungen kam es sogar zu Handgreiflichkeiten zwischen ver-schiedenen Teilnehmer-Innen. Dies soll hier aber nicht weiter von Interesse sein, da aufgrund der Dynamik auf der Veranstaltung keine eindeutigen Schuldzuschreibungen vorzunehmen sind. Wichtiger ist ein Blick auf die Argumentationen der Antizionisten: Dass Israel ein faschistischer Staat sei, wurde lediglich gedacht, jedoch nicht laut gesagt. Vielmehr nahm man konsequent die palästinensische Perspektive ein, aus der heraus es dann logisch erschien, Israel Rassismus vorzuwerfen und palästinensischen Terrorismus als Notwehr zu bezeichnen bzw. den Terrorismusbegriff abzulehnen, weil dies einer der „Herrschenden" wäre. Sich in die Lage der Israelis hineinzuversetzen, Mitgefühl mit den Nachfahren der Holocaust-Opfer oder der aktuell vom weltweiten Antisemitismus Betroffenen zu zeigen – auf diese Idee kam niemand von der antizionistischen Mehrheit im Publikum. Die Veranstaltung hat also zweierlei gezeigt: Obwohl Antisemiten eigentlich gegen Argumente resistent sind, lohnt es sich, linken Antisemiten argumentativ zu begegnen, denn bei ihnen ist nicht immer Hopfen und Malz verloren. Immerhin reklamieren sie für sich emanzipatorische Ideale, an denen sie sich dann auch messen lassen müssen. Zweitens hilft es wenig, die Antizionisten als Antisemiten zu beschimpfen oder die Schauermärchen über die israelische Besatzung zu widerlegen, weil das eine an ihnen abprallt und das andere in eine Detaildiskussion führt, bei der nicht viel zu gewinnen ist. Wichtiger ist vielmehr, dem palästinensischen Blickwinkel den israelischen entgegenzustellen.

„es herrschte im Publikum allerdings eine antizionistische und antisemitische Grundstimmung vor"

Natürlich gab es auf dem Strasbourger Grenzcamp neben etlichen Pali-Tüchern, antizionistischen Flugblättern und einem antizionistischen Info-Stand der französisch-arabischen Gruppe MIB (Mouvement de l'Immigration et des Banlieues) – alles Erscheinungen, die auf allseitige Ignoranz stießen, was wahrscheinlich nicht mal der schlechteste Umgang im Rahmen eines solchen Camps ist – den obligatorischen Vertreter der israelischen Friedensbewegung. Was dieser referierte, ist in einem israelischen Kontext eine ehrenwerte Haltung (inwieweit sie politisch schlau ist, ist eine Frage, die der Autor nicht zu beantworten vermag): Als Anarchist argumentiert er gegen israelischen und palästinensischen Nationalismus, gegen die Zweistaatenlösung, weil gegen Staaten schlechthin, und gegen das Warten auf die Weltrevolution, bis er Kritik an Israel üben darf. Interessant ist aber die Rezeption auf dem Camp: Die Anti-zionisten lauschen be-geistert seinen Worten, ignorieren beflissentlich seine Kritik am palästinensischen Terrorismus und der einseitig antizionistischen israelischen Friedensbewegung und fragen penetrant, wie man denn den



Palästinensern nun helfen könnte. Was dem israelischen Anarchisten vorzuhalten ist, sind also nicht seine diskussionswürdigen Positionen, sondern seine bewusste Weigerung, die Instrumentalisierung dieser durch die antizionistische Linke kritisch zu reflektieren und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Dass gerade dieser instru-mentelle Missbrauch im Zusammenspiel mit einer fehlenden Re-flexion und dem „Beiseitestellen" einer his-torischen Spe-zifik oftmals die antizionistische Steilvorlage schlechthin bietet, kann auch an diesem Fall, wie so oft, wenn die israelische Friedensbe-wegung heran-zitiert wird, als eklatanter Mangel kon-statiert werden.

Auf einer der Camp-Demonstrationen in Strasbourg, die an der Synagoge vorbeiführte, kam es zu einem Vorfall, der inzwischen ausgiebig auf Indymedia diskutiert wird. Ahnend, dass der antizionistische linke Mob nicht nur denkt, sondern manchmal auch zur Tat schreitet, stellten sich etliche Demonstrationsteilnehmer schützend vor die Synagoge. Die Notwendigkeit dieses Schutzes ist zwar ein Armutszeugnis für jede linke Demonstration, angesichts der momentanen Situation, erst vor kurzem wurde z.B. ein Brandanschlag auf eben jenes Gebäude verübt, war dies aber ein gutes Zeichen. Nur einiges „gesinnungsloses Gesindel" versuchte trotzdem Graffitis an die Synagoge zu sprühen, wurden allerdings von der „Gesinnungspolizei" rechtzeitig in seine Schranken verwiesen. Im Nachhinein forderten einige Gruppen und Einzelpersonen eine Stellungnahme vom Camp und kritisierten die fehlende Thematisierung des Vorfalls innerhalb der Camp-Plena. Dass das Geschehene nicht an die große Glocke gehängt wurde, scheint aber von Vorteil gewesen zu sein. Statt sich mit einigen Verrückten auseinanderzusetzen, von denen man nicht einmal weiß, was genau sie vorhatten, wäre es sinnvoller gewesen, die inhaltlichen Veranstaltungen auf dem Camp zu kritisieren. Von einem selbstorganisierten Camp etwas per Indymedia einzufordern bzw. es mit der albernen Parole „Kompostklos sind antisemitisch" zu diffamieren, auf dem Camp selbst aber dazu zu schweigen, zeugt von der eigenen Armseligkeit. Zum Glück gab es genügend Menschen, die auf dem Camp tatkräftig gegen die antizionistische Einstellungen der Mehrheit und antisemitische Ausfälle Einzelner vorgingen, anstatt nur hinterher aus einer selbstgerechten und distanzierten Haltung zu lamentieren.

Interessanter ist da schon eine Diskussion, die inzwischen auch auf Indymedia geführt wird: Die von der Campvorbereitung postulierte Ablehnung von Handelsbeziehungen auf dem Camp, die am Vorhandensein von festen Preisen für die Waren des täglichen Bedarfs festgemacht wurden (deswegen war überall von Spenden in Höhe von so und so viel Euro statt von Preisen die Rede), offenbart sich ein auf die Zirkulationssphäre reduziertes Verständnis von Kapitalismus – was wiederum eine der tieferen Ursachen für (linken) Antisemitismus ist. Ein Manko des Strasbourger Camps, welches sich als antikapitalistisch verstand, war also, dass eine explizite Kapitalismuskritik in Form von Veranstaltungen, Aktionen etc. nicht existierte.



Staatliches Modellprojekt für Grenzcamps

Martin Vogt

Der Autor ist Mitglied der Antirassistischen Gruppe Leipzig, http://www.nadir.org/nadir/initiativ/antira-leipzig

„Youth against Establishment"

Jugendgruppen im Heft:

Der Leipziger Linken gehen die Jugendlichen aus. Dieser einfache wie auch treffende Satz bezeichnet eine Entwicklung, die mit dem Ende des Antifaschistischen Schulnetzes (ASN) begann und sich bis heute fortsetzt. Diese Einschätzung soll der Anfang einer Diskussion über die Sinnhaftigkeit und Erfolgsmöglichkeiten der Vermittlung einer Gesellschaftskritik sein, will sich aber in erster Linie mit einer Kritik an den bestehenden Jugendgruppen auseinandersetzen.

Jugendarbeit[1] – der richtige Weg?

In der Antifa Bewegung galt Jugendarbeit als elementar. Das lag vor allem daran, dass sich die Antifa als Jugendbewegung verstanden hat. So wurde beispielsweise im „Konzept Antifa" der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) die jugendliche Rebellion als historische Konstante vertreten. „Die Jugend ist eine der wenigen Chancen, die jeder hat, um sein Leben zu verändern."[2]

Brauchen wir denn eigentlich Jugendliche? Dem Wort „brauchen" klebt immer ein massenbeweglicher Tupfer an und Jugendliche als das verkannte[3] revolutionäre Subjekt anzusehen, lag wohl mit in den Kinderschuhen der Antifa. Auf der anderen Seite war diese Position insofern nicht ganz unbegründet, da die linke Politik vor allem Jugendliche begeistert und angesprochen hat. Linke Politik braucht immer Menschen, die sie (öffentlich) verteten wollen. In der Diskussion um Antifa machte unter deren VerteidigerInnen der Begriff der Wahrnehmung im gesellschaftlichen Leben die Runde. Aus den Erfahrungen der letzten zwei Demonstrationen in Leipzig lässt sich erkennen, dass diese Wahrnehmung nicht einfach nur existent ist, wenn Linke eine Demo veranstalten[4].

Die jungen Wilden wollten...

Linke Jugendgruppen hat es in Leipzig eine Menge gegeben. Neben der Offensive, die aufgrund fehlenden Erinnerungsvermögens außen vor gelassen werden soll, war das Antifaschistische SchulNetz (ASN) der erste Anlaufpunkt für linke, interessierte Jugendliche. Vorrangiges Ziel des ASN lag in der Bekämpfung der Nazidominanz an Leipziger Schulen. Dennoch wurden über Aufklärungsveranstaltungen an Schulen und intern über Ursachen von Faschismus diskutiert.

Das ASN vertrat den Ansatz, eine autonome und selbstverwaltete Gruppe zu sein. Unterstützung im Aufbau der Gruppe durch ältere Antifas wurde aufgrund von Hierachisierungs-tendenzen abgelehnt.

Demgegenüber standen Unverbindlichkeiten und Diffusitäten der Positionen, die stark mit der hohen Fluktuation in der Gruppe zusammenhingen. Dies wurde als Problem innerhalb der Gruppe angesehen, ohne jedoch passende Konzepte dagegen entwickeln zu können. Die Gründung eines Vorbereitungskreises, der sich kritischer und intensiver mit linken Themen auseinandersetzen sollte, brachte nicht den Erfolg in der Rückkopplung an das Plenum.

Aus dem Scheitern des ASN war Tomorrow in seinen Anfangszeiten bemüht, nicht dieselben Fehler zu wiederholen. Fast reflexhaft wurde konzeptioniert, geplant und vorhergesehen. Dieses intensive Bemühen soll nicht in Abrede gestellt werden, nur sei bemerkt, dass das Konzept Tomorrow mit seinen ehrgeizigen Zielen von der aktuellen Verfassung wohl meilenweit entfernt ist. „Mehrere Generationen" wurden seit der Gründung geteamt. Es ist an der Zeit sich zu fragen, ob es den gewünschten Weg eingeschlagen hat.

Die Tomorrow Vorbereitungsgruppe konnte die unterschiedlichen Positionen in der Kritik-Politik Diskussion nicht aushalten. Dies kann kein Vorwurf an die Gebliebenen sein, eher denen, die sich von dem Projekt abgewandt haben.



Das Tomorrow Cafe[5], in den Augen seiner KritikerInnen als vorverlegtes Uniseminar belächelt, gab sich den Anspruch, Jugendlichen linke Theorie zu vermitteln und dadurch Diskussionen zu ermöglichen. Erstaunlicherweise für linke Projekte besitzt die Veranstaltungsreihe eine Kontinuität, die in Leipzig ihresgleichen sucht. Als Außenstehender wirft sich zumindest die Frage nach der Rück-wirkung (oder allgemeiner dem Zweck) des ganzen auf. So meint Jugendarbeit eben nicht nur die Vermittlung von Inhalten, sondern auch der (poli-tischen) Mittel, die die Linke besitzt.

Tote Hose oder fette Kritik am Start? (Antifajugendarbeitsslang)

Die Tollwut, seit ewig mit der PDS assoziiert, hat sich als autonome Gruppe (das autonom ist als unabhängig von anderen Gruppen z.B. in Form von TeamerInnen zu verstehen) in der Leipziger Politik/Kritik Landschaft etabliert. Dass die inhaltliche Nähe zur PDS in der Form nicht mehr existiert, wie von vielen vermutet, lässt sich wohl unter der „Kategorie: Schublade" ver-buchen. So starten die Tollwütigen mit einer eigenen sechsteiligen Veranstaltungsreihe zur Kritik am Bildungssystem.

Nun ist die Veranstaltungsreihe erst am Beginn und man sollte den Tag nicht vor dem Abend loben, nur sprechen die Texte („Fickt das System", Incipito 07/08) für eine intensive Auseinder-setzung. Wieso aber Tomorrow bei „ihrem einst eigenen Thema" (Veranstaltung im Conne Island, große Mobilisierung vor Schulen) so inaktiv und still bleibt, ist zumindest rätselhaft[6].

Nach einem gesunden Menschenverstand zu urteilen, kann da etwas zusammengehen, wo gleiche Interessen und Ideen vorhanden sind. Die Kritik am Bildungssystem von Tollwut bleibt unbeantwortet und die Diskussion wird nicht einmal mit Tomorrow geführt.

Der „Tanz den Antifa" Nachfolger „Raus aus der Scheisse – rein in den Rock" versuchte die Gesellschaftskritik als Anliegen dieser Veranstaltung zu transportieren. Ungeachtet dessen, was an dem Tag erreicht wurde, schien die Motivations- und Lustlosigkeit in der Vorbereitung Bände zu sprechen. Da vereinzelt argumentiert wurde, dass sich die Kritik einer Antifa nunmal viel „einfacher und cooler" vermitteln lassen würde als eine abstrakte Gesellschaftskritik.

Meiner Interpretation nach war dies eher ein Zeichen von Unsicherheit. Man musste sich aus dem Versteck des Plenums hervorwagen und Kritik an anderen öffentlich formulieren. Wie soll eine Linke agieren, wenn ihre „traurige und öde" Gesell-schaftskritik (Hannes in der Incipito Rezension im Cee Ieh) sich nicht zu vermitteln wagt? Warum sollte auch etwas, was traurig (dem ist noch teilweise beizupflichten) und öde ist, vermittelt werden?

So sei Tomorow gesagt, dass sie aus ihrer Defensive heraustreten sollen, um Diskussionen mitzuführen (nicht nur unter Jugendgruppen).

Nebenbei gründet sich ganz unbeachtet eine Antifaschistische Jugend Front (AJF) in Leipzig, die sich dem „revolutionären Antifaschismus" verschrieben hat.

Nun lässt sich leicht argumentieren, die Diskussionen sind da bereits seit ewigen Zeiten gelaufen, aber wenn dies durch die Gruppe in Frage gestellt wird, lässt sich zumindest darüber diskutieren.

Und nu?

Gesagt wird wenig, Bewegung ist nicht zu verspüren. Und da Reflektion die Wunderwaffe der Linken ist, wäre es wünschenswert, dass trotz der ganzen Auseinandersetzungen grundlegende Dinge für den Fortbestand einer Linken in Leipzig nicht in den Diskussionen vergessen werden.

fleck (incipito)

Tomorrow, Tollwut & AJF in ...DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN

Footnotes:

1 Da setzt man sich über ein Jahr mit Arbeit auseinander und dann so ein Lapsus. Dem Schreiberling sei es zu entschuldigen, dass er den Begriff der „Jugendarbeit" weiterverwendet.

2 Das Konzept Antifa, Seite 42

3 Falls man dies nicht sogar offen ausgesprochen hat, was sich aber meiner Kenntnis entzieht.

4 So wurde in den lokalen Zeitungen über die zwei Demonstrationen kein Wort verloren.

5 jeden Freitag, 19.00 Uhr, Braustraße 20

6 abgesehen eines Redebeitrages auf der Demonstration am 22.9.



„Bitte auswendig lernen!"

Jens Herrmann, seines Zeichens engagierter LVB-Fahrer und Vorsitzender der Initiative „Zukunft braucht Schule e.V." versucht mit seinem Verein den „Bildungsrückbau" zu stoppen. Gemeinsam mit empörten Eltern und arbeitslosen Lehrern will er von der Schließung bedrohte Schulen per Volksantrag retten. Sein Verein ist durch den hohen Papierverbrauch bei Unterschriftensammlungen gegen Schulschließungen nicht nur für die Reduzierung des Baumbestandes, sondern auch für eine nicht enden wollende Flut an Vorschlägen für die Verbesserung der Lernbedingungen verantwortlich. Die Initiative will geringere Klassenteiler, bessere Lernmittel und jüngere Lehrer. Mit ihrem Ruf nach besserer Bildung können sich Jens Herrmann und seine Papiertiger in eine Reihe mit Elternverbänden, Gewerkschaften und Parteien stellen, deren Geschrei nach der PISA-Studie unüberhörbar geworden ist. Besagte Studie verglich die Schulsysteme von 32 Industrienationen und hielt für Deutschland nicht den erhofften „Platz an der Sonne", sondern nur den Posten im unteren Drittel der Tabelle bereit. Die durchaus richtige Erkenntnis der Vergleichsstudie, nämlich dass es die Deutschen weniger mit logischem Denken, aber dafür um so mehr mit geistigen Kurzschlüssen haben, brachte die Frankfurter Rundschau mit der Frage „Sind deutsche Schüler dumm?" auf den Punkt. Die Schande für das Vaterland, war jeder Meldung zu entnehmen, müsse endlich gesühnt und den Worten Taten folgen. Bildung wurde zum Wahlkampfthema und die



Reform des Schulsystems unter Rot-Grün beschlossene Sache.

Wieso das ansonsten medial eher unterbelichtete Thema Bildung dazu führt, dass Aktionskomitees gegründet, Tonnen von Papiermüll produziert werden und eine Studie die Nation in die Krise stürzt? Warum ausgerechnet der Rohstoff Bildung für bestehende Gesellschaft notwendig ist und dementsprechende Diskussionen auslöst, soll an dieser Stelle unter die Lupe genommen werden. Ausgangspunkt der Kritik wird die alte Binsenweisheit sein, dass Schule nicht auf das Leben, sondern auf die Arbeit vorbereitet.

Arbeit macht Klobürsten

Arbeit meint keineswegs, dass Menschen tätig werden um Natur umzuformen oder Bedürfnisse wie Essen, Trinken oder Feiern zu befriedigen. Von Arbeit kann nur im Kapitalismus die Rede sein. Die Menschen befriedigten ihre Bedürfnisse in vorkapitalistischen Zeiten direkt, der Acker wurde also vom Bauern bestellt um Essen zu können und nicht um Geld zu machen. Menschliche Bedürfnisse werden in einer kapitalistischen Gesellschaft aber über den Umweg der Verwertung gestillt, daher muss mensch für sein täglich Brot seine Arbeitskraft an ein Unternehmen verkaufen und Waren produzieren[1], die einen besonderen Wert haben. Der Wert dieser Waren bestimmt sich nach der Arbeit, die in die Herstellung dieser Ware hineingesteckt wurde. Eine Klobürste, die maschinell fabriziert wurde, ist beispielsweise immer billiger als eine Klobürste, die mit reiner Handarbeit gefertigt wurde. Der Wert einer Klobürste ist also abhängig von der, zu ihrer Herstellung verausgabten, Arbeitszeit. Eine Ware hat nur Wert, weil Arbeitskraft in ihr vergegenständlicht ist.

Der Wert einer Ware, wie also auch unserer Klobürste, realisiert sich im Tausch. Über den Tausch von Waren kommen die Menschen in dieser Gesellschaft zusammen. Auf dem Markt wird die Ware gegen Geld oder andere Waren getauscht, um Mehrwert zu erwirtschaften. Ein Unternehmen das etwa Klobürsten herstellt, muss seine Waren mit Gewinn auf dem Markt verkaufen, um genügend Geld für die weitere Herstellung von Waren zu haben. Demnach stellt auch niemand Klobürsten her, weil sie für uns einen sinnvollen Gebrauchswert haben, sondern weil man mit ihr Mehrwert in Form von Geld erwirtschaften kann. Von dem erzielten Mehrwert erhält dann der Arbeiter einen Teil als Lohn zurück. Dieser Lohn kann aber nie der wirklich aufgewendeten Arbeitszeit entsprechen, da ein Unternehmen gezwungen ist, die Arbeitskraft ihrer Arbeiter „auszubeuten"[2] um Mehrwert zu erzielen.



Wie schon begründet, kann allein Arbeit Wert schaffen[3], also lediglich die zur Herstellung der Ware veraus-gabte Arbeits-zeit bestimmt den Wert einer Ware. Weil es aber nicht nur ein Unternehmen gibt, das Klo-bürsten verkaufen möchte, son-dern mehrere, stehen diese Unternehmen in Konkurrenz miteinander und müssen ihre Klobürsten billiger als die Konkurrenz verkaufen um wettbewerbsfähig zu bleiben. Um den Wert einer Ware zu senken, folglich sie billiger zu verkaufen, muss die Arbeitskraft des Arbeiters „ausgebeutet" werden.

„Es macht keinen Unterschied ob man Klobürsten, Käse oder Killerbakterien herstellt, solange sich nur die Ware in Geld und das Geld in neue Arbeit verwandeln lässt."

Arbeit macht Ideologie

Arbeit ist also nichts anderes als ein abstraktes Verhältnis, bei dem es nicht um die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern um die Schaffung von Wert geht! Arbeit ist insofern ein Selbstzweck, als dass sie den oben beschriebenen Kreislauf trägt, die Vermehrung von Geld um seiner selbst willen. Es macht keinen Unterschied ob man Klobürsten, Käse oder Killerbakterien herstellt, solange sich nur die Ware in Geld und das Geld in neue Arbeit verwandeln lässt. Dieses System gestalten die daran beteiligten Menschen jedoch nicht bewusst. Niemand ist sich über den gesellschaftlichen Doppelcharakter bewusst, der einer Ware anhaftet. Einerseits stellt sie einen Gebrauchswert dar, anderseits einen Tauschwert, weil sie auf dem Markt gegen andere Waren oder Geld getauscht wird. Im Falle einer Klobürste wird mensch zwar wissen, dass man mit ihr vortrefflich das Klo schrubben kann. Trotzdem wird er von ihren Borsten nicht darauf schließen können, dass sie in ihrer Form als Ware vergegenständlichte Arbeit in sich trägt. Der gesellschaftliche Charakter den unsere Klobürste hat, bleibt uns ohne Kapitalismuskritik verschlossen. Auf diese Weise erscheint uns die Ware nicht als Teil eines gesellschaftlichen Verhältnisses, sondern als nützliches Ding für frischen Duft in der Toilette.

Diejenigen, welche Waren produzieren, nehmen die Wirklichkeit ihres Schaffens nur verschleiert war. Sie stellen über den Tausch ihrer Waren Gesellschaft her, ohne sich dessen bewusst zu sein. Ihrem Bedürfnis folgend, Dinge zu erklären und zu verstehen, nehmen sie aber selbst die Verhältnisse nur in verzerrter Form wahr. Die Arbeiterbewegung im 18. und 19. Jahrhundert rebellierte zwar gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Fabriken, glaubte allerdings trotzdem an die natürliche Bestimmung des Menschen zu arbeiten. Sie schufen sich selbst eine Identität über die Herstellung von Waren, obwohl Arbeit eben nichts natürlich Gewachsenes, sondern ein abstraktes Zwangsverhältnis ist. Das eigentlich Unvernünftige, nämlich 12 Stunden täglich für die Vermehrung von Geld zu arbeiten, wird so zur Vernunft erhoben. Wie die Menschen Waren produzieren, so stellen sie in ihren Köpfen Ideologie her. Der kollektive Wahn setzt sich fort bei Esoterikern, die sich die Welt über Karma und das Legen von Tarot-Karten erklären, bei Globalisierungs-"Kritikern", welche sich lieber einen sozial gerechten Arbeitszwang wünschen und nicht zu vergessen durchgeknallte Verschwörungstheoretiker, die hinter den Anschlägen auf das World Trade Center die Vereinigten Staaten selbst am Werke sehen.

Arbeit macht Schule

Die pure Verausgabung von Arbeitskraft, ohne Rücksicht auf



"you can't know everything – but you can find it..."

thematische Online-Recherche: von Artikeln linker Zeitschriften, im Bestand von Infoläden u.v.m.

www.nadir.org/dataspace



ihren Inhalt, den Bedürfnissen oder dem Willen der Beteiligten, erhebt sich selbst zu einem Prinzip, dem sich alle Menschen unterwerfen müssen. Diese Zurichtung fängt bereits in der Schule an. War sie früher lediglich das Labor, wo von Gottes oder Staats wegen neue gläubige Bürger gezüchtet wurden, so hat sich bis heute einiges getan. Heute werden die Schülerinnen und Schüler für ihre Verwendung als fleißige Arbeitsbienen im kapitalistischen Bienenstock hin ausgebildet.

Dies geschieht mit ähnlich unsanften Methoden wie am Arbeitsplatz. Damit der Schock vom Übergang zur Schule in die grausame Welt der Arbeit nicht zu hart wird, werden die jungen Menschen vom Kindergarten bis zur Schule langsam aber unaufhaltsam an den kommenden Leistungsdruck am Arbeitsplatz herangeführt. Der spielerische Umgang mit Bauklötzchen weicht bald dem Zwang Denkbausteine auf Noten zusammenzusetzen, das früher selbstverständliche Nickerchen wird unter dem Diktat des Lehrers, wie der Plausch mit dem Nachbarn, unter Strafe gestellt. Das ganze Denken und Handeln wird überwacht, geprüft und wenn nötig verfolgt. Wie in der Fabrik Chef und Videokamera für die Disziplinierung zuständig sind, so ist es in der Schule der Lehrer der entscheidet, was falsch und richtig ist. Den nötigen Respekt vor der Autorität des Lehrers stellt der Altersunterschied her, der Zwang zur förmlichen Anrede („Sie") und zum untertänigen Melden. Wenn auf diese Weise noch nicht der notwendige Respekt entsteht, stehen der Autorität noch andere Möglichkeiten zu: Tadel, Elterngespräche und die Anprangerung von SchülerInnen vor der Klasse. So weiß mensch schnell was falsch ist, nämlich zu widersprechen, unpünktlich zu sein und etwas anderes als das Geforderte zu machen.

Sie müssen sich neben dem Lehrer auch dem Lehrplan unterordnen. Den legt das Ministerium für Kultus für jede Klasse fest. Es ist erklärtes Ziel dieser Behörde, allen Menschen unabhängig von ihrem Willen ein einheitliches Grundwissen aufzuzwingen! Auf Gedeih und Verderb werden alle den fragwürdigen Kulturschätzen von Walther von der Vogelweide und den zweifelhaften Errungenschaften der Kernphysik ausgeliefert. Es geht darum das Grundgesetz auswendig zu lernen, aber eben nicht um die Frage, warum in unserer Gesellschaft die Würde des Men-schen keinen Pfifferling wert ist!? Die Festlegung, was zum notwendigen Faktenwissen gehört und was nicht, entspricht vor allem dem Bedarf an notwendiger Quali-fikation für den später notwendig werdenden Verkauf der eigenen Arbeits-kraft. Folglich dient ein Lehrplan zur Sicherstellung von geeignetem Human-kapital für die Anforderungen ei-ner kapitalistischen Ökonomie. Der Lehrplan macht daher jede Möglichkeit von Kritik an den Verhältnissen zunichte, da eben jene Kritik aus Erkenntnis und eben nicht aus dem Diktat von staatlich beglaubigten Lerninhalten erwächst.



„learning by doing!"

Durch die staatliche Teilung von Gymnasium, Mittel- und Realschule werden die SchülerInnen für ihren späteren Verwendungszweck in der Arbeitswelt ausgewählt und teilen somit die Gesellschaft schon vornherein in soziale Schichten ein. So wird beispielsweise ein Mittelschüler niemals dieselben Verwertungsmöglichkeiten wie ein Gymnasiast haben. Die berufliche Zukunft hängt in erster Linie vom erreichten Abschluss ab, der dann den weiteren Weg vorbestimmt. Reicht es nur für das Fliessband in der Fabrik oder vielleicht doch zum studierten und promovierten Fachidioten in der Universität?

Das entscheiden die Noten, welche bei Arbeiten und Leistungskontrollen vergeben werden und wie der Name schon sagt, die Leistung kontrollieren! Und Leistung muss schließlich später gebracht werden, weswegen schon mal für den Stress im Beruf geprobt werden muss. So wird das stupide angehäufte Faktenwissen bei Klausuren und sonstigen Tests abgefragt, um zu überprüfen, inwieweit sich der/die Betreffende die gesetzlich vorgegebenen Lerninhalte angeeignet hat. Da in der Schule Leistung über Noten vermittelt wird, zeigt sich schnell der soziale Charakter, den sie in sich bergen. Durch sie wird die Frage, „Was hast Du denn in der Arbeit gehabt?" zum trügerischen Gewissenstest. Im Klassen-kollektiv wird schnell jede schlechte Note mit Ausgrenzung bestraft und entsprechend ihrer Noten finden sich Gruppen zusammen: die „Streber" und die „Taugenichtse", welche sich auch aufgrund ihrer Rollenbilder im Schulalltag verhalten. Auf diese Weise wird das Konkurrenzprinzip gefördert. In der Klasse geht es sehr bald wie im wirtschaftlichen



Wettbewerb darum, wer der bessere Mensch ist, sprich die besseren Noten hat. Um die Konkurrenz anzuheizen, wird vor keinem Leistungsvergleich halt gemacht. Ob nun zwischen SchülerInnen, Klassen, Schulen oder ganzen nationalen Schulsystemen, wie etwa in der PISA-Studie. Leistungskontrollen dienen vor allem dazu, ausgehend von der formalen Gleichheit der Schüler, ihre individuelle Leistungsfähigkeit festzustellen. Zu den bisherigen Noten wurden zudem im CDU-regierten Sachsen Kopfnoten eingeführt. „Disziplin, Fleiß, Ordnung und Mitarbeit wurden schon zu Zeiten Wilhelms des II. und Adolf Hitlers in Schulen benotet und stehen heute wieder auf dem Programm. Auf diese Weise lebt die typisch preußische Unterordnung unter die Autorität im heutigen Schulalltag fort. Der Bezug zu den sogenannten „deutschen Tugenden" wie Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Gehorsam erscheint als „Deutscher Sonderweg" in der Schule. Während anderorts in der Welt im Zuge des technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts das Augenmerk auf die Erschließung des kreativen Kapitals gelegt wird, macht sich zumindest in Sachsen nichts derartiges bemerkbar. Stattdessen sind in deutschen Schulen immer noch Autorität und Disziplin gefragt.

„Reicht es nur für das Fliessband in der Fabrik oder vielleicht doch zum studierten und promovierten Fachidioten in der Universität?"

Ein weiteres Mittel zur Disziplinierung stellt die Schulordnung dar. Sie legt die Verhaltens- und Ordnungsregeln in der Schule fest und bietet somit einen gesetz-lichen Rahmen für die SchülerInnen. Der blinde Gehorsam gegenüber Gesetz und Gesetzgeber, der später vom Staatsbürger erwartet wird, ist unabdingbar für das Funktionieren eines Staates wie auch einer kapitalistischen Wirtschaftsweise. Ein Staat bildet mit Hilfe von Gesetzen, wie den Schutz des Privateigentums, die Grundlage für eine kapitalistische Wirtschaftsweise. Der Staat setzt diese Gesetze mittels seines Gewaltmonopols (Polizei, Gerichtsvoll-ziehern etc.) durch und schafft so Sicherheit für das Funktionieren einer kapitalistischen Produktion. Dazu bedarf es aber braver Bürgerinnen und Bürger, die dieses System stützen. Sie werden durch demokratische Mitbeteiligung einerseits und Abhängigkeit vom Verkauf ihrer Arbeitskraft andererseits an Staat und Kapital gebunden. Wer aus diesem System auszubrechen versucht, wird daher entweder die Staatsgewalt zu spüren bekommen oder seinen Job verlieren. Damit es nicht soweit kommt, werden die SchülerInnen durch die Schulordnung daran gewöhnt Gesetze zu befolgen und sich allgemein gültigen Richtlinien zu unterwerfen, d.h. sich für die gesellschaftliche Norm zuzurichten.

Die Schulordnung regelt auch den zeitlichen Ablauf des Schultages; die durch Arbeit geschaffene Trennung von Arbeitszeit und Freizeit legt die Schule gleichsam fest. Die Schulklingel bestimmt die Tageszeit, wer zu lange schläft oder unpünktlich ist, wird umgehend bestraft. Während die SchülerInnen ihr Leben klar eingeteilten Zeiteinheiten wie Schulstunde und –pause unterordnen müssen, lernen sie in der Freizeit selbst über die Verausgabung ihrer Zeit zu bestimmen. Denn die Freizeit ist nicht frei von der Arbeit. Da sie Dreh- und Angelpunkt ist, muss auch in der Schule mit Hilfe von Hausaufgaben der Mensch auf das Leben unter dem Diktat des Terminkalenders vorbereitet werden.

Zusammenfassend erfüllt die Schule also notwendige Funktionen für eine kapitalistische Wirtschaft, welche von Staats wegen abgesichert wird. Sie liefert den

"Die Frage der richtigen Politik und Kritik ist auch eine Frage des Style." (T.W. Adorno)

Die neue T-Shirt-Kollektion im Infoladen

Stalingrad 43

SMASH ... CAPITALISM

:: Deutschland abschalten ::

Infoladen +++ Koburger Str. 3 +++ Donnerstag & Sonntag 15-20:00

nötigen Nachschub an gut ausgebildeten und sich entsprechend der geltenden Normen und Werte verhaltenden Menschen. Deren einziger Zweck besteht darin, sich als Menschenmaterial für die Erfordernisse des Verwertungsprozesses hin zuzurichten und mit der Veraus-gabung ihrer Arbeitskraft neuen Wert in Form von Waren zu schaffen. Eine Aufhebung der Schule kann deswegen auch nur als Aufhebung des Kapitalismus vor sich gehen, will sie den Weg für ein wirklich selbstbestimmtes Leben der Menschen ebnen und eine Gesellschaft schaffen, die über die Befriedigung von Bedürfnissen und nicht über Geld vermittelt wird.

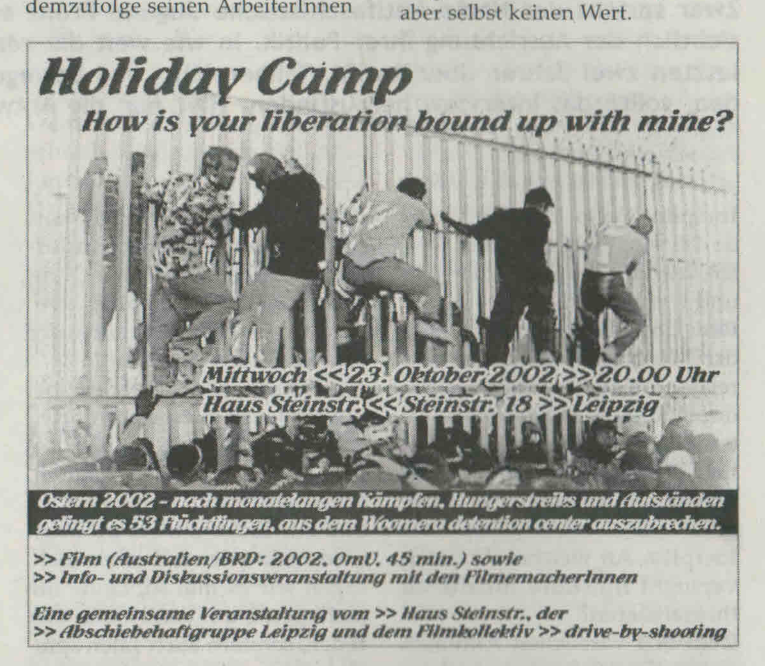
Tollwut

Fußnoten:

[1] Es gibt noch zwei andere Wege, in dieser Gesellschaft sein täglich Brot zu verdienen, die aber wegen der gebotenen Kürze hier nur genannt werden. Als Kapitalist, der den gesamten Verwertungsprozess steuert und entscheidet, was wie produziert und wo es verkauft wird, lebt man von dem Mehrwert, den die Waren erwirtschaften. Er streicht also den gesamten Mehrwert ein, um davon neue Waren zu produzieren und seine ArbeiterInnen zu bezahlen. Zweitens kann man als Besitzer eines Landstückes oder beispielsweise einer Immobilie eine Grundrente auf sein Objekt verlangen (Pacht, Miete etc.)

[2] Ausbeutung soll hier nicht im Sinne böswilligen Diebstahls verstanden werden. Der Kapitalist bzw. Unternehmer hat in einer kapitalistischen Wirtschaft gar keine andere Wahl, um unter dem Konkurrenzdruck zu bestehen, als seine Waren billig zu verkaufen, demzufolge seinen ArbeiterInnen weniger Lohn zu zahlen.

[3] Nach Marx Kapital Bd I schafft allein Arbeit Wert. So kann eine Maschine alleine keinen Wert schaffen, sondern nur der Arbeiter, der sie für seine Arbeit benutzt. Trotzdem kann mit ihr der Wert einer Ware gesenkt werden, da der Arbeiter mit ihr weniger Arbeitszeit in ein Produkt hineinstecken muss. Die Maschine als Ware auf dem Markt hat zwar einen Wert (nämlich die für ihre Produktion aufgewendete Arbeitszeit), schafft aber selbst keinen Wert.





"Die revolutionäre Art ist der wirkliche Antifaschmismus"

Dass Jugendgruppen sich neu gründen, ist in Zeiten wie diesen eher ungewöhnlich. Zwar spricht der Name Antifaschistische Jugend Front eine deutliche Sprache hinsichtlich der Ausrichtung ihrer Politik. In wie weit die vergangenen Diskussionen der letzten zwei Jahren über Antifa, Teilbereichs- und Bewegungspolitik mitgedacht wurden, sollte das Interview herausfinden. Hier nun die Antworten auf unsere Fragen.

Incipito: Hallo. Zunächst würde ich erst einmal wissen wollen, wie lange es Euch schon gibt und wer Ihr seid?

Red: Uns gibt es jetzt seit knapp drei Monaten. Wir sind eher eine relativ kleine Gruppe, auch dadurch, dass es bei uns einen internen Trennungsstreit gegeben hat. Wir sind eher eine antifaschistische, altautonome Gruppe.

Incipito: An welchen Punkten versucht Ihr, Eure Inhalte zu thematisieren?

Red: Wir versuchen Aktionen gegen Faschismus zu machen, direkt wie aber auch indirekt durch Aufklärungsarbeit, eventuell Veranstaltungen, die aber gerade aufgrund mangelnder Eigeninitiative nicht richtig laufen.

Incipito: Ihr begreift Euch als Jugendgruppe. Nun existieren in Leipzig mit Tomorrow und Tollwut andere Jugendgruppen. Was für Gründe waren ausschlaggebend eine eigene Gruppe zu gründen?

Red: Naja die Gründe waren die,dass wir ebend versucht haben, uns Gruppen anzuschließen, aber es nie geklappt hat oder ihre Art von politischen Verständniss nicht mit unseren vereinbar war. Wir wollten uns nicht irgendwelchen Kadergruppen oder staatlichen Gruppen anschließen,ausserdem kennen wir uns alle untereinander und vertrauen uns total.

Auch für neueinsteiger die bei uns vielleicht mitmachen dürfen wenn alles stimmt, werden sehen das wir zusammenhalten, egal was kommt!! Aber nun noch mal zur Frage zurück zu kommen, naja wir sind eher auch, sagen wir es mal so, Leute die nicht gerne um den heißen Brei reden, sondern auch Taten sprechen lassen.

Also direkt und ebend wie schon erwähnt autonom organisiert. Das soll aber nicht heißen wir prügeln uns gerne, oder gehen unötige Risiken ein, nur dass wir lange fackeln...

Incipito: Habt Ihr schon einmal überlegt, mit anderen Jugendgruppen etwas zusammen zu machen?

Red: Interesse ist da schon da. Zumal wir überlegen, ein neues, nichtbürgerliches Jugendbündnis ins Leben zu rufen.

Incipito: Wollt Ihr Jugendliche für linke Themen sensibilisieren oder ist Eure Politik auf Jungendliche ausgerichtet?

Red: Naja da wir noch jung sind und unsere Texte die wir schreiben, den Stile eines Jugendlichen haben, wollen wir damit versuchen die jugendlichen Linken aus allen Szenen für Politik zu aktivieren und mobilisieren.

Es nützt nichts wenn die Jugendlichen es nicht vestehen, da viele Gruppen, so schreiben wie Studenten oder Professoren und umständlicheAusdrücke benutzen, wir schreiben versuchen es so zu schreiben, dass ein jeder verstehen kann.

Das ist ebend unser Stil!!!

Incipito: Nun hat es in Leipzig wie auch bundesweit in den vergangenen zwei Jahren eine intensive Auseinandersetzung mit der Antifabewegung gegeben. Viele Gruppen sind durch die Einsicht, dass ein antifaschistischer Kampf nicht automatisch revolutionäre Inhalte mit sich bringt. Ihr lasst aber auf Eurer Internetseite verlauten, dass der revolutionäre Antifaschismus Ausgangspunkt Eurer Politik sei. Was für Gründe spielten in diese Entscheidung?

Black: Ich sag mal so, die revolutionäre Art ist in dem Sinne der wirkliche Antifaschismus, weil wer sich einer Partei verpflich-



tet und trotzdem antifaschistisch agieren will, vergisst, dass er nicht unabhängig sein kann. Antifiaschismus bedeutet für uns, gegen Nazis und Staat vorzugehen. Und da macht für mich keinen Sinn, wenn man in einer Partei.
Und solche Gruppen, die von PDS, SPD und Gewerkschaften gestützt und unterstützt werden, haben den Anschluss an die Antifaszene verpasst.

Incipito: Da würde ich gerne noch mal nachfragen. Das Konzept des "Revolutionären Antifaschismus" nutzt doch den Antifaschismus als sogenannten Hebel für die Vermittlung weiterer linken Gesellschaftskritik. Meine Frage ist nun, ob Ihr eine revolutionäre Perspektive in dem Kampf gegen Nazis seht?

Black: Wenn man sich bei der letzten Nazidemo [Anm: 7. September 2002] anschaut wie die bürgerlichen und vermeintlichen linksradikalen Gruppen sagen, sie würden gegen die Nazis vorgehen und sich dann meilenweit entfernen oder gar nicht erst kommen, dann halte ich unsere Aktionen für direkter und sinnvoller. Wir können darüber mehr sagen, weil wir auch wissen, was heisst, von einem Nazi zusammengetreten zu werden.

Red: Es gibt auch viele (linke) Gruppen, die Aktionen vorbereiten, die wir auch witzig finden, z.B. Sandsäcke gegen die braune Flut, das Problem ist nur, dass die Nazis darüber lachen und das bringt's echt nicht.

Incipito: Der antifaschistische Kampf spielt bei Euch eine zentrale Rolle. Gibt es darüber hinaus noch andere Themen, die Ihr ansprechen wollt, in der Vergangenheit oder der zukünftlich?

Red: Wir wollen keine reinen Anti-Naziaktionen, sondern verabscheuen den Staat allgemein und versuchen auch Kritik an ihm zu reißen. Deshalb waren wir auch am Sonntag bei der Demo gegen Arbeit dabei.

Incipito: Welche Aufgabe seht Ihr für die AJF in der Leipziger Politlandschaft?

Red: Die Idee ist, Jugendliche für linke Themen zu akivieren. Wir sehen uns als Teilbestand der Leipziger linken Szene. Mitunter ist es für ältere linke Gruppen schwer, junge Leute zu mobilisieren. Da dachten uns, okay, wir sind die Jüngeren und die kommen mitunter besser an Jugendliche heran. Wir wollen eben auch eine Plattform für SchülerInnen sein.
Wenn wir Texte schreiben, dann schreiben wir sie im Stil eines Jugendliche und nicht wie ein Professor oder ein Student. Unsere Texte soll Jeder verstehen können, auch wenn sie ein bißchen arg oder krass klingen, wofür wir auch schon kritisiert wurden. Aber es ist unser Stil und den wollen wir auch beibehalten.

Incipito: Was gibt es bei Euch derzeit für Diskussionen?

Black: Zur Zeit stehen wir in der Vorbereitung der großen Demo am 3. Oktober. Wir haben dies auch schon mit anderen Gruppen diskutiert, wie das ablaufen kann, was organisiert wird, die Route und der ganze Spass. Das ist derzeit das große Thema. Nebenbei werden aber auch solche Themen wir die Demo am letzten Sonntag [Anm.: "Gegen Arbeitswahn und Kapitalismus"] besprochen.

Red: Naja und wie wir uns öffentlich bekannt machen können. Uns kennt man ja bis jetzt noch nicht richtig. Da bei uns noch einige auf der Schule sind, wollen wir uns dort mit Flyern vorstellen.

Incipito: Seid Ihr eine offen Gruppe und wie kann man Euch erreichen?

Red: Wir sind eher eine halboffene Gruppe. Wir nehmen nicht jeden auf, da wir auch Aktionen machen, die den legalen Rahmen verlassen, wollen wir lieber aufpassen, wenn man vertrauen kann.
Momentan erreicht man uns per Email oder man spricht uns an. Wenn die Person zu uns passt und alle einverstanden sind, kann sie oder er bei uns mitmachen.

Incipito: Gibt es noch etwas, was Ihr unbedingt loswerden wollt?

Red: Fällt Dir was ein?

Black: Die Jungendlichen heutzutage sollten mehr nachdenken, was sie tun und was für Äußerungen sie von sich geben. Es gibt viel zu viel Jungendliche, die einfach viel zu viel Scheiße vom Stapel lassen.

Red: Auch sollen sie nicht auf irgendwelche Versprechungen von irgendwelchen dummen staatlichen Gruppen hören, sondern lieber selber nachdenken und handeln.

Incipito: Was habt Ihr als nächstes vor?

Red: Die Homepage aktualisieren, Flyer machen und am 3. Oktober den Nazis in den Arsch treten.

Black: Die Gruppe weiter aufbauen, sich vernetzen insbesonders in Nazizzonen, damit die Jugendlichen vorort wissen, dass sie auf jemand bauen können, der in ihrem Alter ist.

Incipito: Danke für das Gespräch.

fleck (incipito)

AJF Kontakt:

Email:
ajfleipzig@hatenazis.zzn.com
i-net:
mitglied.lycos.de/ajfleipzig

Was heißt hier „Rock gegen rechte Gewalt"?!

Heißt das, wir finden Nazis scheiße, weil sie anderen Menschen Gewalt antun? Na klar, aber das reicht ja wohl noch lange nicht aus. Wenn Faschisten Gedankengut in sich tragen, welches sich logischerweise in der Bedrohung und Nötigung anderer Menschen ausdrückt und entladen muss, haben wir uns mit deren Gedankengut zu beschäftigen! Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Es gibt keine genaue Definition, wie Nazis denken. Sie selbst haben unterschiedliche Vorstellungen vom „deutschen Volk" oder der „arischen Rasse". So verbünden sich die einen mit bspw. tschechischen oder schwedischen Nazis, die anderen wollen mit nichts und niemandem, der nicht deutsch spricht, etwas zu tun haben. Wir können aber festhalten, dass sie Menschen in bestimmte Rassen oder Kulturkreise einteilen, und die Unterschiede zwischen den „Rassen" aufrecht erhalten wollen. Menschen werden also in Kategorien gepresst, deren Differenzen unaufhebbar seien, so dass ein Chinese in Frankreich immer fremd sein müsste, und es angeblich auch gar nicht anders sein könnte.

Nazis wollen sich abgrenzen, sie wollen die Einheit des „deutschen Volkes" oder der „arischen Rasse" gegen äußere Einflüsse verteidigen. Sie wehren sich gegen große ökonomische Veränderungen, wie die Arbeitslosigkeit oder die Einwanderungspolitik eines Landes, und verstehen nicht, dass diese Veränderungen keine Rücksicht auf angebliche Völker oder Kulturkreise nehmen. So fordern sie „Arbeit zuerst für Deutsche" oder „Kinder statt Inder", ohne zu merken, dass die internationale Konkurrenz es verlangt, Spezialisten und Fachkräfte im Land zu haben, egal woher sie kommen. Wer das nicht versteht, schiebt natürlich schnell den schwarzen Peter den „Ausländern" zu, die „uns die Arbeitsplätze wegnehmen". Und er hasst die „Kapitalisten", die ohne Rücksicht auf „Volk und Familie" auf dem freien Markt ihr „Unwesen" treiben. Historisch gesehen waren das immer jüdische Menschen, die nicht anders durften, als mit Geld zu handeln. Sie wurden dann für ökonomische Missstände verantwortlich gemacht. Der einfache Bauer verstand nicht, warum er seine Kuh nach einer Inflation nicht mehr für den alten Preis verkaufen konnte. Der machte dann den Händler oder (jüdischen) Geldleiher persönlich verantwortlich, obwohl dieser ebenso unter gesellschaftlichen Zwängen stand. Wer also nicht versteht, mit welchen Zwängen für jeden die Gesellschaft funktioniert, der sucht sich für seine Unzufriedenheit schnell einen Sündenbock und tritt dem in die Fresse.

Was der Zwang für uns alle ist, um überhaupt zu (über-)leben, ist die Arbeit. Damit stehen auch alle Menschen unter Konkurrenz um einen Arbeitsplatz oder um den internationalen Standort des eigenen Wirtschaftsraumes. Wir fügen damit uns und anderen Gewalt zu, müssen unsere Bedürfnisse unterdrücken, nachts um halb 5 aufstehen, um zur Arbeit zu gehen. Wir leben nach dem Takt der Uhr, denn Zeit ist ja bekanntlich Geld, und das lernen wir schon früh in der Schule. Wir können unser Leben nicht selbst bestimmen - Kindergarten, Schule und Arbeit sind vorprogrammiert. Unzufriedenheit gibt es deswegen überall. Aber die Ursachen der Probleme werden nicht in der Gesellschaft an sich gesehen, sondern es werden einzelne Gruppen von Menschen verantwortlich gemacht. So auch die „Ausländer" oder „unfähigen, unmenschlichen Arbeitgeber und Politiker".

Um dieser Ideologie zu entgehen, hilft es nur, sich mit den Verhältnissen in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen und sie zu verstehen. Der Kapitalismus ist geistig schwer zu durchdringen, und genau deshalb versuchen viele Menschen, ihn sich einfach zu erklären. Wir wollen keine endgültigen Wahrheiten verkünden. Es geht vielmehr darum, das Feld einer Debatte zu eröffnen, vor der viele zurückschrecken. Eben weil sie so umfangreich ist, und nicht so einfach wie „Gegen rechte Gewalt".

Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll über Gewalt auch schweigen!

MfG, Tomorrow

Ruhe gibt's genug nach dem Tod

Krisengerede, akademischer Distinktionsgewinn und andere olle Kamellen - Ein Beitrag der Antifaschistischen Aktion Berlin [AAB] zur Einschätzung der Antifa-Bewegung

Von Aufständen der Anständigen und Sinnkrisen der Antifa

Seit vor nunmehr zwei Jahren der sogenannte Antifasommer über die sich ohnehin in der Sinnkrise befindende linksradikale Antifa kam, gingen die Ansichten darüber, was denn dies nun wieder für ein böser Trick der Becksteins, Schilys und Thierses sei, auseinander. Geprägt durch die immer noch in der Erinnerung präsenten Lichterkettenszenen, welche ebenso nutz- wie hilflos die Antwort der westdeutschen Zivilgesellschaftsfreunde auf die Kette rassistischer und rechtsradikaler Morde und Anschläge dargestellt hatten, kam ein Großteil der sich bewegenden Antifa zum Schluß, dass dieser „Antifa-Sommer" nunmehr doch wieder nichts anderes sei als Heuchelei. Ergo sich erstens nichts geändert habe und zweitens in absehbarer Zeit auch nicht ändern würde. Verständlich sicherlich eingedenk eines politischen Bewußtseins, welches sich in der antifaschistischen Bewegung im allgemeinen unter der Einwirkung von Polizeiknüppeln, rassistischen Gesetzen und Mord und Totschlag seitens der Nazis herausgebildet hat. Nun ist die Vorstellung, alles sei seit dem Sommer 2000 besser geworden und Deutschland hätte sich bei Thierses Bart Besserung geschworen sicherlich genauso falsch wie die gegenteilige Vorstellung. Der Versuch, über staatlich organisierte Demonstrationen, Finanzspritzen und polizeiliche Gewalt die Zivilgesellschaft nunmehr auch bis in den Osten unseres Vaterlandes zu tragen und dort das zumindest für Nichtarier bisher nicht geltende staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen, war so ernstgemeint wie er eben nicht antifaschistisch war. Das Anliegen weiter Teile dieser Aufständigen des Anstands war zweifelsohne die Durchsetzung des Rechts auf Leben und Unversehrtheit auch für diejenigen welche unter den Angriffen der Nazis und Rassisten zu leiden hatten. Die eigentliche Ursache dieses Konfliktes - und da hatten die Nazis eine größere Offenheit als die aufständigen Anständigen - ist aber die Frage ob in einer modernen kapitalistischen Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung prinzipiell jeder oder nur Deutsche in Deutschland ausbeuten und ausgebeutet werden dürfen.

Letztendlich ist die Frage der Motivation dieser Belle Alliance aus Bürgerrechtlern, Politikern, Medien, Wirtschaft und Bereitschaftspolizei jedoch zweitrangig. Wichtiger ist hier doch die auch für die Antifa veränderte Situation. Nicht nur ist es inzwischen möglich geworden, finanzielle Ressourcen zu erschließen, welche es bis vor wenigen Jahren so nicht gab, auch der Versuch einen Anti-Nazischläger Konsens durchzusetzen ist, aus der Sicht all derer welche bis dato dem Gegenteil ausgesetzt waren, eine durchaus angenehme Seite des Aufstandes der anständigen Deutschen. Inzwischen ist es auch endlich so, dass ein rechtsradikaler Mörder auch polizeilicherseits ein solcher ist, selbst wenn er nicht staatliche Institutionen oder Organe angreift, sondern einfach nur schon dann, wenn er eben mal das tut was er zumeist tut, nämlich Nichtdeutsche totschlagen oder Punks verprügeln.

Auf der einen Seite ist es also im Gefolge dieses von Regierungsseite bestellten Aufstandes einfacher geworden, antifaschistische Arbeit zu leisten, da nunmehr nicht mehr jeder Bürgermeister per Bescheid Nazis und Rassisten verschwinden lassen kann und grundsätzlich es wieder möglich erscheint antifaschistische Demonstrationen und Veranstaltungen durchzusetzen, wo dies seit einigen Jahren nicht mehr möglich war. In den meisten Städten und Dörfern verbesserten sich damit die Konditionen für wahrnehmbare Antifa-Politik , selbst kleine Antifa-Gruppen konnten große Bündnisse gegen Naziaufmärsche organisieren bzw. die Verbindung von staatlichem Rassismus und Naziproblem nicht nur thematisieren, sondern auch die gemeinsamen Aktionen dementsprechend ausrichten.

Andererseits, und hier zeigt sich der Wert des oben gescholtenen politischen Bewußtsein der Antifa, hat sich real gar nichts an den Dingen geändert, die die Antifa bisher bewegten: es wird weiter gemordet und geschlagen, Naziparteien haben weiter Zulauf, die rassistischen Sondergesetze für Nichtdeutsche sind weiter in Kraft, demokratische Rechte werden weiter entwertet und das, was sich gemeinhin Zivilgesellschaft nennt, sammelt Unterschriften gegen zuziehende jüdische



Kontingentflüchtlinge. Hinzu kommt, dass die Staatsantifa bereits jetzt wieder dazu neigt ihre Kritiker von Links als das eigentliche Problem anzusehen und entsprechend zu verfolgen. Das noch dazu das Vorzeigeprojekt der Innenministerantifa, das Verbot der NPD, inzwischen nicht nur in Peinlichkeiten zu versinken droht, sondern auch noch die platteste Antifa-Vorstellung von staatlich initiierten und unterstützten Naziparteien zu bestätigen scheint, zeigt nur einmal mehr den Wert staatlicher Antinazipolitik. Die Einwände der ewigen Demokratiewahrer angesichts repressiver Maßnahmen staatlicher Behörden gegen die demokratischen Rechte von Nazis haben sich insofern als richtig erwiesen. Es werden eben nicht nur Aufmärsche von Rechtsradikalen in besonders touristisch attraktiven Gegenden verboten, sondern weitaus öfter die ihrer linken Gegner.

Der Überfall von Berliner Prügelbullen auf eine angemeldete Demonstration gegen den Aufmarsch der NPD am 1. Dezember 2001 erregte auch lediglich deshalb noch ein etwas größeres Aufsehen, da in diesem Falle nicht nur die üblichen Verdächtigen von der Antifa, sondern auch Mitglieder der jüdischen Gemeinde leidtragend waren.

Im Zusammenhang mit der durch den Antifasommer verursachten Verunsicherung ist sicherlich auch der Streit um den Begriff des revolutionären Antifaschismus und die damit einhergehende Auflösung der AA/BO zu sehen. Der Begriff des revolutionären Antifaschismus hatte immer im Zentrum des Selbstverständnisses der AA/BO gestanden und diente vor allem der Abgrenzung zu reformistischen Ansätzen innerhalb der antifaschistischen Bewegung. Etwas verkürzt ausgedrückt ist er wohl als ein Antifaschismus zu verstehen, welcher die Ursachen faschistischer und rassistischer Bewegungen und Denkweisen in Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft und in deren grundlegenden Mechanismen wie beispielsweise dem Konkurrenzverhältnis der Glieder der kapitalistischen Gesellschaft sieht. Der Streit entfachte sich daran ob ein solcher Begriff nicht nahelege, das im Teilbereich Antifa revolutionäre Entwicklungen möglich wären. Auch wurde kritisiert, das in solchen Vorstellungen eine Überradikalisierung und letztlich Isolierung der linksradikalen Antifa begründet läge. Zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt - nämlich in einer Situation in der eine Abgrenzung gegen reformistische Antifaansätze unbedingt notwendig war - brach somit ein wichtiger Identifikationspunkt innerhalb der AA/BO weg. Hinzu kam das innerhalb der AA/BO eine scharfe Selbstkritik des eigenen Anspruches, Organisation der gesamten linksradikalen Antifabewegung zu sein, geführt wurde. Ein Anspruch der genaugenommen so niemals erfüllt wurde. Durch die daraufhin durchgeführte Selbstauflösung sollte die Möglichkeit eröffnet werden, wieder auf breiterer Basis Diskussionen zu führen ohne durch Rivalitäten zwischen Organisationen behindert zu sein.

Crisis! - What crisis?

Unter den geschilderten Bedingungen machte sich innerhalb der Antifabewegung das breit, was der Bewegungslinken am zweitliebsten ist, nämlich Krisenstimmung.

Davon blieb auch die AAB als eine Gruppe, deren Mitgliederheterogenität einem Querschnitt der radikalen Linken in der BRD nahekommt, nicht verschont. Vielen GenossInnen, die jahrelang theoretisch und praktisch dafür gesorgt hatten, dass sich AAB- Politik nicht nur „Gegen Nazis", sondern gegen die gesellschaftlichen Bedingungen, die eben auch immer wieder marodierende Nazis hervorbringen, richtet, schienen die staatlichen Aktivitäten gegen Nazis aufs Gemüt zu schlagen. Offensichtlich konnte der nach wie vor richtige Anspruch einen Antifaschismus zu betreiben, der den gesamten gesellschaftlichen Ist-Zustand und nicht nur schlägernde Nazis angreift und in diesem Sinne als revolutionär zu verstehen ist, im Angesicht der Anti-Nazi-Mobilisierung der Regierung und ihrer medial gut inszenierten, repressiven Polizeiaktionen nicht vor gewissen Gefühlen der Ohnmacht, Bedeutungslosigkeit und Angst vor dem Einswerden mit der Zivilgesellschaft schützen. Im Sommer 1996 kritisierte das Antifa-Infoblatt die Ausrichtung der AAB, nämlich Antifaschismus als Kampf ums Ganze zu betrachten (nachzulesen in der immer noch aktuellen AAB-Broschüre „Das Konzept Antifa") und stellte die These von der Unvereinbarkeit des „ernsthaften Kampfes gegen die konkrete faschistische Bedrohung" und einer „Kapitalismuskritik betreibenden Antifa auf der Suche nach linker Organisierung" auf. Im staatlichen Antinazi-Sommer zeigte die Praxis, dass es nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist, innerhalb der antifaschistischen Bewegung als radikale Linke erkennbar zu sein, um nicht im allgemeinen Zivilgesellsschaftsbrei unterzugehen. Als Beispiel für eine solche Politik kann das von der AAB im Oktober 2000 initiierte Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts", in dem neben Linksruck, Jusos, PDS, auch einzelne SPDler, Kirchen und Bürgerrechtsbewegte vertreten waren, gelten. 8000 Menschen demonstrierten unter dem Motto „Nazis morden, der Staat schiebt ab - Deutschland halt's Maul" gegen den Berliner Abschiebeknast und die NPD-Zentrale. Nicht nur dass diese Demonstration die erste seit Jahren war, welche mehr als einige Aktivisten zum Protest gegen den Abschiebeknast in Grünau zusammenführte, es war dies auch das erste Mal seit dem mißlungenen Anschlag der Gruppe K.O.M.M.I.T.E.E. 1994, dass der Abschiebeknast und die mit ihm verbundene unmenschliche Praxis auch überregional thematisiert wurde. Militante Auseinandersetzungen vor dem Abschiebeknast führten zu erhöhter medialer Aufmerksamkeit, eine Distanzierung im Bündnis blieb aus.

Daß die AAB mit diesem radikalen Antifa-Ansatz in diesem Sinne nicht „zivilgesellschaftlich" anschlußfähig wurde, schützt allerdings nicht vor der bitteren Tatsache der politischen Bedeutungslosigkeit radikal linker Ansätze im gesamtgesellschaftlichen Kontext. Aus diesem Fakt Tatenlosigkeit oder aber die Selbstaufgabe und Einreihung in die Zivilgesellschaft abzuleiten ist unse-



rer Ansicht nach nicht der richtige Weg. Vielmehr muss sich eine radikal linke Antifapolitik heute als zuspitzende und verschärfende Kraft innerhalb gesellschaftlicher Diskurse begreifen und auf diesem Wege die Aussicht auf Möglichkeiten grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen freimachen. Diese Beschränkung, auf die Rolle als Impulsgeber öffentlicher Debatten scheint vielen nach Jahren des Politikmachens nicht mehr zur genügen. Das Warten und Hoffen auf eine Umwälzung der Verhältnisse, auf die „Revolution", und andererseits das sinnliche Erleben des Scheiterns der radikalen Linken lässt die berechtigte Frage nach den Gründen der vermeintlichen Wiederholung des Niedergangs von linken Bewegungen zur paralysierenden Last werden. Als Ursache für die eigene und allgemeine Orientierungslosigkeit wird dann auch nicht zu Unrecht ein Defizit an historischem, ökonomischen und philosophischen Wissen erkannt.

Jetzt neu: Antipolitik für Besserwisser

Zum berechtigten Erkenntnisinteresse gesellt sich zur Krisenstimmung nun noch die Ehrfurcht vor der Komplexität gegenwärtiger Gesellschaftsstukturen und der meist unbewusste Wunsch diese Welt möglichst mit schlüssigen Formeln und Deutungskonzepten widerspruchsfrei erklären zu können. So wird dann Theoriedefizit theoretisch defizitär bearbeitet. In einem Teil der Antifa-Szene hat sich in den letzten Jahren eine vulgäre Mixform der Rezeption von postmoderner, wertkritischer und kritischer Theorie als letzter Schrei und vor allem als hervorragende Möglichkeit des Distinktionsgewinns etabliert: Mit der richtig festgestellten „Totalität des Kapitalismus" wird jede linke Anstrengung für Veränderung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, zum Durchsetzungsmoment eines sich modernisierenden Kapitalismus und zwangsläufig zum gescheiterten Projekt erklärt. Hieraus leitet sich dann auch die allerorten vernehmbare Forderung nach „Antipolitik" ab, die sich noch maximal erlaubt, Ideologiekritik an den akademischen Nachwuchs zu bringen. Fern von jeder Parteilichkeit entledigt man sich in den besonders „radikalen Kreisen" aller linken, sozialen Verhaltenscodices, die als Reflexe affirmativer Kritik von „Zurückgebliebenen" betrachtet werden, und verkauft seinen unverkrampften Umgang mit Mode, Luxus, Repräsentation von Reichtum und „High Society" als Akt der Überaffirmation. Die soziale Frage an sich, Parteinahme in sozialen Auseinandersetzungen im eigenen Umfeld, wird als „Anachronismen aus der Zeit der Arbeiterbewegung" belächelt und Engagement in solchen Konflikten mit dem Stempel der „verkürzten Kapitalismuskritik" versehen. Mit dieser Denkweise hat sich auch eine neue Imageform herausgebildet die den Akteuren in vielen linken Politmilieus zur Zeit den größten Distinktionsgewinn versprechen: der philosophierende, modebewusste Hooligan.

Das alles müsste nicht weiter Sorgen machen, wenn sich hier nicht ein allgemeiner Trend abzeichnen würde, der in der richtigen Hinwendung zur theoretischen Praxis das eigentliche Spezifikum linker Theorie verloren hat: der imaginäre und gleichwohl unverzichtbare Vorgriff auf die nie gegebene, sondern immer erst herzustellende und deshalb stets prekäre Einheit von theoretischer und politischer Praxis.

Der Trend geht zur Beschränkung linker Theorie auf eine bewusst distanzierte Kommentierung sozialer Bewegungen, deren AkteurInnen und Aktionen sie von außen bewertet. Genügen sie den an sie herangetragenen Normen und neuen philosophischen Erkenntnissen nicht, wird ihnen die Unterstützung entzogen. Dies trifft gegenwärtig Befreiungs- und Protestbewegungen in peripheren Gesellschaften und zugleich relevante Teile der neuen sozialen Opposition in den Metropolen. Selbstverständlich geht es hier, ausgehend von den Erfahrungen und Fehlern der antiimperialistischen Bewegungen der letzten Jahrzehnte, nicht um eine berchtigte, kritische Bewertung und Einordnung, sondern um die undifferenzierte, manchmal fast reflexhafte Verwerfung entsprechender Bewegungen. Offen reaktionär wird die selbstbeweihräuchernde Distanzierung spätestens da, wo sie zur Verachtung und zuletzt sogar zur Verleumdung sozialer Bewegung übergeht. Darin bezeugt sich ein linker Elitismus als Versuch, in der voranschreitenden Unterordnung der intellektuellen Arbeit unter das Kapital eine Position zu fingieren, die die längst vollzogene Anpassung an die Verhältnisse durch den Anschein einer ins Äußerste vorangetriebenen Kritik verleugnet.

Die Antifa als Teil der Radikale Linken muss weiter an konkreten Punkten eingreifen, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Wer vergisst, das die eigene Politisierung nicht über Philosophieseminare zu Adorno und Kant gelaufen ist, sondern eben über sinnliches Erleben von Widersprüche zwischen von der bürgerlichen Gesellschaft formulierten Idealen und den realen Bedingungen, wird wirklich glauben, daß es reicht, isoliert und ausserhalb jeder parteilichen Bewegung die „Kraft der Negation" zu predigen, um Menschen zu bewegen. Dass dieser Weg nicht nur in die völlige Bedeutungslosigkeit sondern auch zum Verschwinden wahrnehmbarer radikaler Gesellschaftskritik führt, wird die Protagonisten dieses Trends wenig stören, da sie selbst hier noch als Besserwisser brillieren können. Wenn sich die linksradikale, antifaschistische Bewegung weiter auf ihre Stärken, nämlich der erfolgreichen, radikalen Politisierung von Jugendlichen, der problemlosen Ausweitung ihres Ansatzes auf andere relevante, gesellschaftliche Bereiche, und der Intervention an konkreten und aktuellen Punkten mit geschicktem Nutzen diverser Kanäle in den Massenmedien besinnt, gilt abseits dieser recht unerfreulichen Entwicklungen heute wie alle Tage: Wir kommen wieder, keine Frage!

http://www.antifa.de/2002/fantomas/index.php3
AK-Sonderheft „Fantomas 2002", www.akweb.de

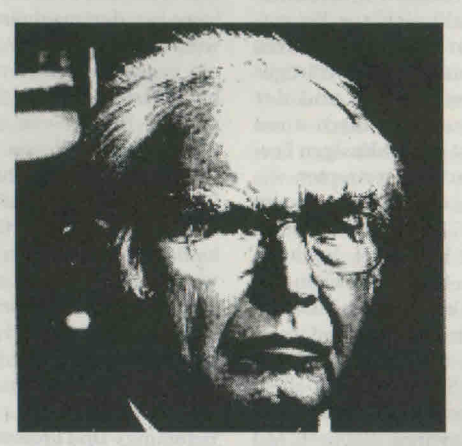
„Vertreibung der Deutschen"

Redebeitrag des "Bündnis gegen Rechts Leipzig" (BgR) zur Demonstration gegen den "Tag der Heimat" des BdV am 31.08.02 in Berlin

Der "Tag der Heimat" ist im Jahre 2002 noch immer nicht als marginales Ereignis einer politisch weitestgehend bedeutungslosen revanchistischen Minderheit zu bezeichnen. Seit Bestehen der Bundesrepublik spielen die Vertriebenenverbände mal mehr und mal weniger die Rolle, Stichworte für aktuelle außenpolitische Ambitionen der je aktuellen Bundesregierung zu liefern. Eines der Hauptanliegen der Vertriebenen war immer, die Grenzen der neuen Bundesrepublik nicht anzuerkennen. In diesem Anliegen stimmten sie über Jahrzehnte mit der Bundesrepublik überein, die im Besonderen ihre Grenze zu Polen immer zur Disposition stellte. Erst mit dem 2+4 Vertrag des Jahres 1990 wurde sie endgültig gezwungen, diese Grenzen anzuerkennen.

In den letzten zwei Jahren ist die Diskussion um die deutschen Vertriebenen wieder in die gesellschaftliche Diskussion vorgerückt. Heutzutage ist diese "Vertreibung der Deutschen" ein zentrales gesellschaftliches Thema und der "Tag der Heimat" eine anerkannte Plattform zur Präsentation sogenannter deutscher Opfergeschichte. Auch wenn die Funktion der Vertriebenenverbände sowie die Position derselben immer wieder angeprangert werden müssen, wird immer deutlicher, dass seit der Wiedervereinigung die Germanisierung Osteuropas nicht mehr allein über klassische Volkstumspolitik, sondern ganz wesentlich durch die massive Expansion deutscher Wirtschaft in die osteuropäischen Staaten betrieben wird.

Die derzeitige Debatte kann also nicht allein auf die Dimension des deutschen Geschichtsrevisionismus verkürzt werden. Neben dieser ist sie als ein Spiegelbild und gleichzeitig als propagandistische Vorläuferin deutscher Pläne zur Neuordnung Europas, im Besonderen Osteuropas zu bezeichnen. Die Wiederentdekkung sogenannter deutscher Minderheiten im Osten Europas und die gezielte Förderung derselben ist dabei die eine Seite jener Pläne. Auf der anderen Seite ist Deutschland seit 1989 beständig darum bemüht, die Rechtssysteme osteuropäischer Staaten umzubauen und die osteuropäische Wirtschaft zu kontrollieren. Nicht ohne Erfolg.



Verfolgter Musterdeutscher und Heimatschriftsteller: Martin Walser

Osteuropa ist mittlerweile für Deutschland zu einem attraktiven Markt avanciert. Die deutsche Außenhandelsbilanz zu den osteuropäischen Staaten erfährt schon seit Jahren einen rasanten Anstieg. In Führungsgremien der deutschen Wirtschaft als auch in amtlichen Stellen wie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder dem Auswärtigen Amt wird Osteuropa heute immer häufiger als wichtigster Markt für die deutsche Wirtschaft bezeichnet.

Die Bemühungen auf dem osteuropäischen Markt zeigen bereits ansehnliche Erfolge. Von allen Staaten der Europäischen Union betreibt allein Deutschland über 50% des osteuropäischen Außenhandels. Für nahezu alle Länder Osteuropas ist Deutschland der wichtigste Handelspartner. Länder wie die Slowakei, Bulgarien, Ungarn und Jugoslawien sind mittlerweile fest in deutscher Hand, sie sind nahezu vollständig von der deutschen Wirtschaft abhängig. In der Slowakei spielt nach Aussage der deutschen Außenhandelskammer die inländische Konkurrenz für deutsche Produkte faktisch keine Rolle mehr.



Die deutsche Wirtschaft hat den Osten Europas mittlerweile also fest im Griff. Die wirtschaftliche Dominanz deutscher Unternehmen bleibt jedoch auch nicht folgenlos für die gesellschaftlichen Gefüge der jeweiligen Staaten. Die zunehmende Fokussierung deutscher Unternehmen auf den osteuropäischen Markt wird von den Bemühungen wirtschaftlicher und staatlicher Institutionen flankiert, in den entsprechenden Ländern Führungseliten auszubilden, welche der deutschen Wirtschaft vor Ort die nötigen Prioritäten einräumen. So wurden in den letzten Jahren vermehrt Förderungsprogramme für deutsche WissenschaftlerInnen in Osteuropa aufgelegt sowie deutsche Bildungseinrichtungen eröffnet. Anfang diesen Jahres ist in Ungarn sogar die erste deutschsprachige Universität außerhalb deutschsprachiger Länder eröffnet worden.

Für das öffentliche Meinungsbild der osteuropäischen Gesellschaften ist neben der zunehmenden Priorität deutscher Interessen im Wissenschaftsbetrieb die Dominanz deutscher Medienunternehmen fast noch verheerender. Die Mediengruppe Gruner & Jahr aber noch viel entscheidender die WAZ-Verlagsgruppe stoßen immer bedrohlicher auf den osteuropäischen Markt vor. Beide Medienunternehmen beherrschen zusammen den Medienmarkt in Kroatien, Bulgarien, Ungarn und Tschechien. Sie besitzen dort die auflagenstärksten Tageszeitungen und Zeitschriften. Bei der Diskussion um die sogenannten "Benes-Dekrete" zeigten sich bereits die Folgen jener Monopol-Stellung, indem tschechische Zeitungen, ganz im Gegensatz zur öffentlichen Meinung, beständig eine Revision jener Dekrete fordern und damit deutschen Interessen das Wort reden.

Neben einzelnen Initiativen der deutschen Wirtschaft oder staatlicher Stellen ist aber das wichtigste Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen in Osteuropa die seit 1998 laufenden Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union. In diesen werden den betreffenden Ländern die Bedingungen ihres Beitritts von der EU und ganz besondere von Deutschland diktiert. Ziel jener Verhandlungen ist die Umgestaltung der bestehenden Rechtssysteme, um die Länder fit zu machen für die endgültige Übernahme ihrer Wirtschaft durch die derzeitigen Staaten der Europäischen Union. Da den Ländern Osteuropas, wollen sie nicht auf Dritte-Welt-Niveau absinken, gar keine andere Möglichkeit bleibt, als der EU beizutreten, lassen sie sich die meisten Bedingungen ihres Beitritts diktieren, ohne groß widersprechen zu können. Da Deutschland in nahezu ganz Osteuropa bereits fest in den Startlöchern sitzt, ist es auch zuvorderst am Beitritt der Länder Osteuropas zur EU und der damit einhergehenden Umgestaltung der Rechtssysteme interessiert. Angesichts dessen wird Deutschland auch von den meisten Ländern Osteuropas als eine Art Schutzmacht begriffen, welche für deren EU-Beitritt kämpfe. Diese Funktion ermöglicht es Deutschland bereits jetzt, die wirtschaftliche Führungsposition in diesen Ländern auszubauen, da jene durch großzügige Angebote an Deutschland und die deutsche Wirtschaft sich dessen Gunst auch weiterhin sichern wollen.



Deutscher Mustervertriebener und Heimatschriftsteller: Günter Grass

Seit 1989 ist es Deutschland also gelungen, eine Führungsposition in Europa und der Welt aufzubauen. Deutschland konnte sich als wirtschaftliche Großmacht im europäischen und im weltweiten Maßstab behaupten. Großmachtambitionen müssen heute nicht mehr ausschließlich mit militärischen Mitteln durchgesetzt, sondern der Großmachtstatus kann ebenso erkauft werden. Nur dort, wo die diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel an ihre Grenzen stoßen, wie ehemals in Jugoslawien, wird noch militärisch eingegriffen.

Die Revision der territorialen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens muss also ebenso nicht mehr gefordert werden, um sich die ehemals deutschen Ostgebiete zu sichern. Die deutsche Wirtschaft ist schon längst dort wieder angekommen, wo sie nach 1945 so erfolgreich vertrieben worden war. Und während mit dem EU-Beitritt der Beitrittskandidaten die deutsche Wirtschaft die endgültige Eroberung Osteuropas feiern wird, können ihr dann die "Vertriebenen" und andere Deutsche folgen. Durch die europäische Niederlassungsfreiheit wird es Deutschen nach dem EU-Beitritt zu Spottpreisen möglich sein, die alten deutschen Gebiete zurückzukaufen. Das ist es, was Gerhard Schröder im Jahre 2000 auf seiner Rede zum "Tag der Heimat" den "Vertriebenen" zu verstehen gab. Zitat: "Damit wird sich den Kindern und Enkeln der Vertriebenen auch die Möglichkeit eröffnen, sich im Rahmen der europäischen Freizügigkeit an den Orten ihrer Eltern und Großeltern niederzulassen und dort, wenn sie es wollen, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben." Die Rückeroberung ehemals deutscher Gebiete also, ganz ohne militärische Mittel.

Bündnis gegen Rechts Leipzig

new forms of life

Man kann ihnen gegenüber der Ostseite des Hauptbahnhofs begegnen, oder auch an der Ecke Liebknecht/Kurt-Eisner-Straße. Sie breiten sich über die ganze Stadt aus: riesige Köpfe, manchmal miteinander im Gespräch, die aus einer schwarzen Kontur und silberner Füllung bestehen.

Trotz ihrer Größe und zunehmenden Präsenz in der Öffentlichkeit steht zu befürchten, daß nicht alle, die *Incipito* lesen, von den neuen Kopfwesen, mit denen wir in Leipzig zusammenleben, auch Kenntnis genommen haben. Ein Schicksal, das sie mit Plakaten, Aufrufen und Flyern teilen, die im selben öffentlichen Raum zu finden wären, gäbe es nicht das Phänomen der Unsichtbarkeit des Unverborgenen. Ein Phänomen, das die alltägliche Wahrnehmung einer Vielzahl von Menschen bestimmt, die dem Wust aus Werbebotschaften, die permanent um die Aufmerksamkeit der Konsumierenden buhlen, mit gleichmäßiger Ignoranz begegnen. Gegen diese Ignoranz bieten Werbe- und Public-Relations-Agenturen alles auf, was dem kreativen Potential in ihren Diensten in den Sinn kommt, sei es die Verkleidung ihres langweiligen Zieles durch Reize wie Sex oder Revolution, ästhetische Strategien, von Trash über Minimalismus bis zum letzten Schrei aus der Welt der Farbsignale, oder der Versuch dem Üblichen zu entgehen, indem Erwartungen enttäuscht, die eindeutigen Botschaften, um die es eigentlich geht verweigert werden, nur um aus diesem Überraschungsmoment Aufmerksamkeit zu saugen. Es bedarf keines jahrzehntelangen Studiums der kulturindustriekritischen Schriften um herauszubekommen, daß hinter jedem neuen Reiz, der dabei heraus kommt, am Ende doch nur wieder die Langeweile des Altbekannten lauert. Nein, diese Kritik scheint eher zum Alltagswissen zu zählen, das sich selbst in der Zone so schnell durchsetzte, wie das Wissen um die Bedeutungslosigkeit von „Sie haben gewonnen" -Briefen um sich griff.


Löwen-Art mit lokalpatriotischem Anspruch

Nun läßt sich gegen solches Alltagswissen kaum etwas einwenden, dafür ist es einfach zu plausibel. Aber beim Betrachten seiner Konsequenz, fällt auf, daß hier die seit Jahr und Tag verbreitete Ansicht des *Vereins zur Förderung der Lektüre von Marx und*

|Der Sprayer von Zürich|

Ende der 70er Jahre tauchten auf Betonwänden, Fassaden und Mauern in der Schweiz sowie in zahlreichen bundesdeutschen Großstädten tanzende Spinnenmenschen, Skelette und sanft geschwungene Augentiere auf. Mit sparsamen, zumeist schwarzen Sprühlinien entstanden seltsame Geschöpfe; hinter jeder Ecke konnte plötzlich eines von ihnen ins Blickfeld geraten und die Vorstellung einer geheimnisvollen Phantasiewelt mitten in der Großstadt erwecken. 1979 wurde der bis dahin anonyme Sprayer von der Zürcher Polizei gestellt und angeklagt. Vor der Revisionsverhandlung setzte er sich, nun namentlich als Harald Naegeli bekannt, nach Deutschland ab, wurde ausgeliefert und zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

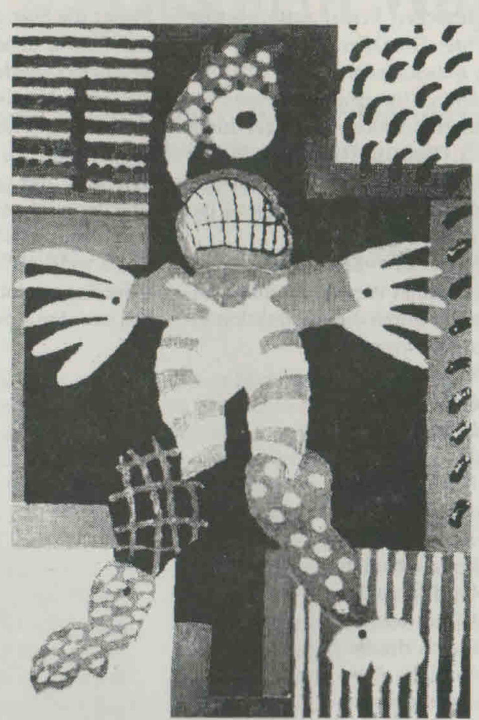
Die Begründung für das Urteil des Zürcher Obergerichts lautete: „Der Angeklagte hat es verstanden, über Jahre hinweg und mit beispielloser Härte, Konsequenz und Rücksichtslosigkeit die Einwohner von Zürich zu verunsichern und ihren auf unserer Rechtsordnung beruhenden Glauben an die Unverletzlichkeit des Eigentums zu erschüttern." Eine solche Formulierung wertet Naegelis Arbeiten nicht als künstlerischen Akt, auch nicht als vandalistische Sachbeschädigung, sondern als politischen Verstoß.

Wie ist nun zu erklären, daß die seltsamen, liebenswerten Figuren Naegelis auf den Mauern braver Bürger und rechtsgläubiger Institutionen derart heftige Reaktionen auslösen konnten, wo sie doch - im Gegensatz zu den meisten Sprühschriften - keinerlei politische Äußerung zu transportieren schienen?

Tatsächlich ist diese Form der Besetzung und eigenmächtigen Gestaltung öffentlicher Räume gerade



Adorno Leipzig e.V., das Wahre sei im Kapitalismus immer das Falsche, zur Anwendung kommen muß. Denn die Ignoranz der öffentlichen Kommunikation bedeutet nicht nur, daß sich die Auseinandersetzung mit den Botschaften der Werbeindustrie erspart wird, sie verdammt auch alle zum Schweigen, die in der kapitalistisch organisierten Landschaft der Kommunikation keinen Platz haben, weil ihre Inhalte direkt oder indirekt nicht im Interesse der Medienindustrie liegen (also jener Abteilung der Kulturindustrie, die in den Wust der Botschaften eine Ordnung bringt, durch die bestimmt wird, welche Meinung zählt und welche nicht). Die öffentliche Kommunikation wird so endgültig zu einer Form, die nur durch die Vermittlung von Institutionen, die sie in eine Ware verwandeln, wirksam wird. Ob es sich nun um ein Spektakel handelt, das die Aufmerksamkeit eines Publikums fesseln soll oder die Darstellung von Seriosität, am kapitalistischen Standard der öffentlichen Kommunikation läßt sich nicht vorbei agieren. Was allerdings an den Rändern geschieht, ist häufig interessant, nicht nur für die Ideenscouts der Werbeagenturen, sondern auch für jene, die die Hoffnung auf ein Leben jenseits des Kapitalismus und der bürgerlichen Verkehrsformen noch nicht aufgegeben haben. Die Wände des öffentlichen Raumes sind die umkämpften Nischen randständiger Kommunikation. In ihnen kann sich noch ein Aufruf oder ein Plakat finden lassen, das sonst untergegangen wäre, in ihnen leben aber auch jene neuen Wesen, um die es hier gehen soll. Soll deren Wirkung beschrieben werden, so fällt die stilistische Nähe zu den Figuren des Sprayers von Zürich (*siehe Kasten*) auf. Jedoch haben sich die Zeiten geändert. Heute sind Graffitis in allen Formen ein bekanntes Phänomen. Sie als einen Akt künstlerischer Verunsicherung zu begreifen, ist schlechterdings unmöglich geworden. Eingebunden in Diskurse über Jugendkriminalität, den Schutz des Eigentums und der Präsentation sauberer Städte, sind die Deutungsmuster der Allgemeinheit längst geprägt. Nur wer sich darum nicht schert, also selbst schon ein Verhältnis zu den Namen, Buchstaben und Bildern dieser Subkultur entwickelt hat, kann sich



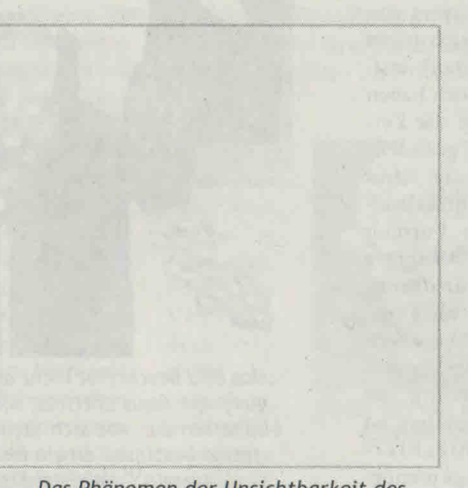
„Das Bild beschreibt nicht allein die Kreuzigung von Jesus Christus, sondern stellt im bildhaften dar, wie sich täglich die Menschen fremd bestimmt an ein imaginäres Kreuz nageln." (Michael Fischer-Art)

deshalb ein massiver Angriff auf bürgerliche Vorstellungen von Eigentum, weil sie nicht mit dem Anliegen, eine inhaltliche Klartext-Aussage machen zu wollen, zu entschuldigen ist, sondern das Recht auf eigenwillige ästhetische Veränderung einer Fläche ohne weitere Begründung in Anspruch nimmt. Dieses Anliegen formuliert Naegeli auch selbst, wenn er Galerien und Museen als „entschärfte Plätze" bezeichnet, an denen es nichts zu provozieren gäbe. Gleichzeitig besteht er darauf, mit seinen Bildern nichts zu zerstören, sondern etwas hinzugefügt, geschenkt zu haben. Naegelis Verurteilung führte zu heftigen Protesten; zahlreiche (v.a. sozialdemokratische) Künstlerinnen und Prominente wollten seiner Kriminalisierung entgegenwirken, indem sie seine Arbeiten im Bereich der Kunst verorteten. Paradoxerweise haben diese gutgemeinten Rettungsversuche sein Anliegen möglicherweise stärker zunichte gemacht als die Strafverfolgung. Seine Arbeiten wurden in genau den Kontext der Museen und Galerien gestellt, gegen den sie sich ursprünglich gerichtet hatten: „Alles was man dort sagt und macht - es kann noch so verrückt sein - wird unter dem Begriff der Kunst entschärft. Es ist eine Narrenfreiheit, hat keine Tabus". Trotz aller Versuche der Vereinnahmung waren Naegelis Figuren als Auseinandersetzung mit Machtrepräsentationen aus Beton auch eine Vorwegnahme der Zürcher Jugendbewegung, die mit dem Spruch „Schade, daß Beton nicht brennt" auf ihre Weise ebenfalls die Bedeutung dieses Materials als Herrschaftssymbol kommentierte. (Handbuch der Kommunikationsguerilla, S. 102f.)

überhaupt nach der Bedeutung der neuen Wesen fragen und ist damit aber auch schon längst jenseits jeglicher Verunsicherung durch an ungewöhnlichen Ecken auftauchende Gesichter. Die Offenheit für die Wirkung unbekannter Wesen setzt somit deren Einordnung in einen ästhetischen Kosmos voraus, der durch die Formenfindung der Graffitikultur einerseits und die Stilmittel des Comics andererseits bestimmt ist.
Letztere erschließen einen Zugang zu den neuen Wesen, die ihre Individualität durch die Abstraktion ihrer Form gewinnen.
Ein Verfahren, das in der Comicwelt immer wieder verwendet wird. Die graphische Unbestimmtheit der Figuren erleichtert den Betrachtenden die Möglichkeit der Identifikation. Da erst durch die Betrachtung die Artefakte ihre kommunikative Potenz entfalten können, ist es gerade der Grad der Identifikation, der das Maß an Individualität bestimmt. So wie die Simpsons mit ihrem niedrigen Grad an zeichnerischer Ausgestaltung, ihre Persönlichkeiten erst dadurch entfalten, daß sich in ihren Erlebnissen die individuellen Erfahrungen ihres Publikums spiegeln können, sind auch die schematischen neuen Wesen Spiegel der ihnen begegnenden Individuen. Sie verunsichern nicht, sondern verweisen auf die urbane Existenz mit ihren distanzierten Begegnungen, die ein Maß an Kenntnis und Vertrautheit schaffen, das nicht intim ist. Die Bekanntschaft mit den neuen Wesen zu schließen fällt leicht, und einmal auf sie aufmerksam geworden, trägt ihre Vervielfältigung an den verschiedensten Ecken der Stadt dazu bei, daß man an ihrem Schicksal Anteil nimmt.
Überhaupt ist die Vervielfältigung wesentlicher Bestandteil des Phänomens der neuen Wesen. Waren es bisher die Stile oder Namen einzelner Writer, denen Aufmerksamkeit geschenkt werden konnte, verbindet sich jetzt das Graffiti wieder mit einem weniger formalen Ausdruck. Sie gehen damit sogar noch über die Wirkung der einstmals beliebten und inzwischen leider aus der Mode geratenen Schablonen hinaus. (Die Rolle, welche die zunehmende staatliche Repression bei diesem Prozeß des aus der Mode geratens gespielt hat, kann hier nur vermutet werden.) Schon die wiederkehrenden Motive der Schablonen erzielten ihre Wirkung durch die Verbindung von Ikon und Ort. Ein leerer Kühlschrank, der sich immer wieder in Leipzig fand, endete schließlich als Plakatmotiv einer universitären Veranstaltung zu neuer Armut. Ein Chamäleon paßte sich mal seiner Umgebung an, mal hob es sich demonstrativ von ihr ab. Die freihändige Gestaltung der neuen Wesen hat ihnen gegenüber den Vorteil, ihre Ausmaße und Ausgestaltung noch besser den vorhandenen Flächen anpassen zu können.
Aber - bei aller Liebe - könnte gefragt werden, ist die Verbindung von Comic und öffentlichem Raum in Leipzig nicht längst ein besetztes Terrain? Versuchen nicht die Innenstadthändler mit ihren Löwen hier genau diese Bindung der Zivilgesellschaft an den Konsumraum City herbeizuführen? Versucht nicht ebenfalls der sogenannte Künstler Michael Fischer-Art sein Leben im Kapitalismus durch Comicwesen im Colorshock angepaßt, angenehm zu verbringen? Hier soll nicht behauptet werden, die neuen Wesen seien nicht kompatibel zu Galerie und hgb. Wer weiß schon, ob die Biographie, aus der sie hervorgingen, nicht längst dort gelandet ist. Aber sie einfach der kommunalen Jubelkultur gleichzustellen ist unmöglich. Zu wenig kümmern sie sich um die corporated identity einer Olympiabewerbung. Sie versinken nicht im Sumpf des pseudodemokratischen Malwettbewerbs der Stadtlöwen, bei denen Azubis und der städtische Malkurs mit Fischer-Art sich in der Ausgestaltung eines kitschigen Wahrzeichens erschöpfen, zu dem sie keinerlei Distanz entwickeln. Sie erschöpfen sich auch nicht wie Fischer-Arts Wandmalereien in der Ausgestaltung von Werbeflächen, die Aufmerksamkeit auf ein Wohnhaus oder eine Einkaufspassage ziehen wollen und sonst nichts. Statt dessen behaupten sie ihre randständige Existenz auf Stromkästen und an Abbruchhäusern. Dort ist ihr Ort, nicht im Konzept einer Quartiersplanung, die ein paar Farbflecken zur Verbesserung des Geschäftsklimas fordert. Nur weil sie solche Gegenden bevölkern können sie ihre Wirkung entfalten, ohne als Teil einer Werbestrategie auf etwas zu verweisen und so ihre plastische Tiefe zu verlieren, wie die platten Figuren eines Fischer-Art. Deshalb sei hier mit aller gebotener Schärfe gefordert:

Nie wieder Fischer-Art!
Löwen raus!
Mehr neue Lebensformen!

M. Büchse



„Das Phänomen der Unsichtbarkeit des Unverborgenen" aus Layouter-Sicht: Kopfwesen-Art

Gagarin Way

Zwei schottische Fabrikarbeiter planen einen großen Coup. Mit der Entführung eines Wirtschaftsvertreters, wollen sie ein Zeichen gegen die Auswirkungen der Globalisierung und die Ausbeutung der Arbeiterklasse setzen. Das Erstlingswerk des Autors Gregory Burke, welches letztes Jahr beim Festival in Edinburgh uraufgeführt wurde und schon mehrere Preise erhielt, erlebt zeitgleich in Essen und Leipzig seine dt. Erstaufführung.

Zu Beginn des Stückes schlägt Eddie dem Politikwissenschaftsstudenten Tom, der sich sein Studium durch die Arbeit als Wachmann finanziert, einen Deal vor. Damit Eddie und sein Kumpel einen kleinen Raub begehen können, solle Tom das Tor zur Fabrik offen lassen und erhalte für die „kleine Gefälligkeit" 200 Pfund. Tom, sichtlich fasziniert vom selbstbewusst auftretenden Eddie und natürlich von dem schnell verdienten Geld, geht auf den Deal ein. Er verlässt die Fabrik ohne zu bemerken, dass er seine Mütze vergessen hat- das soll ihm später noch zum Verhängnis werden.

Einen kurzen Moment später betritt Gary die Bühne. Auf seinen Schultern trägt er einen scheinbar toten Mann. Die beiden finden seine Papiere in den Taschen und stellen entsetzt fest, dass der Mann weder Amerikaner noch Japaner ist. Denn die zwei „Möchtegern Terroristen" waren sich doch einig, dass Japan und Amerika für die negativen Folgen der Globalisierung verantwortlich sind. Und dann kommt dieser Typ doch nun ausgerechnet aus derselben Gegend, frühere kommunistische Hochburg, die sogar eine Strasse hat, welche den Namen Juri Gagarin trägt. Doch darüber kann man ganz gut hinwegsehen und zu hitzigen Diskussionen und Rechtfertigungen kommt es erst später im Stück. Denn unerwarteter weise taucht Tom wieder auf, um seine Mütze zu holen. Und bevor er auf den verletzten Mann reagieren kann, trifft ihn schon eine Faust im Gesicht und er rutscht in sich zusammen.

Eddie und Gary debattieren nun darüber, ob man den Jungen leben lasse oder nicht? Solle man ihn vielleicht zum Mitwisser machen, wo er sich doch auskenne in der Politik und außerdem großes Interesse an Eddies Wissen über Sartre und Genet gezeigt hat.. Kurz und gut-Tom soll leben. Aber was war nun mit......?

Da ist man sich zunächst einig-Frank, das „Kapitalistenschwein" muss sterben. Doch bevor das geschieht, sucht Gary nach einer Rechtfertigung für den Mord, er will noch eine Unterhaltung. Die Beiden bekommen den, für das Publikum tot geglaubten Mann, recht schnell wieder auf die Beine.

(Und zu meiner Freude wird dieser von, meiner Meinung nach, dem besten Schauspieler des Leipziger Schauspielhauses gespielt- Berndt Stübner. Bekannt aus „Der Totmacher", „Top Dogs", „Warten auf Godot"...etc. Großartiger Mann!!!)

Nun folgen kritisch, aber dennoch witzig inszenierte Szenen. Tom ist inzwischen auch wieder auf den Beinen und ist entsetzt, als er feststellt, dass es sich nicht um einen Raub handelt, sondern um eine Entführung. Dann wird ihm auch noch klar, dass die Beiden vor haben, den alten Mann zu töten. Eddie kann es kaum noch erwarten endlich seinen ersten Menschen umzubringen. Er ist sich sicher, dass der Mord an dem Wirtschaftsvertreter Frank erhebliche Auswirkungen haben wird. Denn hinter seiner Naivität steht ein revolutionärer Gedanke.

Gary hingegen ist sich gar nicht mehr so sicher, ob die Ermordung eines Menschen der richtige Weg ist, eine Veränderung herbeizuführen.

Hinzu kommt, dass Frank ihm durch seine Argumentation völlig den Wind aus den Segeln nimmt. Gary fordert ihn immer wieder auf, über die Ausbeutung, an der er offensichtlich beteiligt ist, zu sprechen-er solle doch den Kapitalismus rechtfertigen, da er ja einer der Verantwortlichen ist. Doch das kann und will Frank nicht, er entgegnet ihm: „There´s no need for defences, when something´s everywhere". Diese Aussage lässt Gary endgültig zweifeln, sind an dieser Erkenntnis doch auch schon Andere stagniert, entmutigt oder einfach nur erwacht!!!

„Gagarin Way", eine spannende Inszenierung mit viel schwarzem Humor

Ich hoffe, ich konnte Euch ein bisschen neugierig machen.

Paula

Wie die ganze Sache ausgeht könnt ihr ja selbst pdff herausfinden.

Vorstellungen: 04.10./ 09.10./ 16.10./ 20.10./ 29.10./ 05.11./ 18.11./ 26.11. jeweils 20.00 Uhr im Horch&Guck

Die Linke bis 1933: antisemitisch und gleichzeitig jüdisch?

Auf dem Kongress "Es geht um Israel"[1] bezeichnete Joachim Bruhn von der Initiative Sozialistisches Forum in der Vortrags- und Diskussionsrunde unter dem Motto "Grenzen der Emanzipation: Zionismus und Kommunismus" Israel als die "erste gelungene Abschlagszahlung für den Kommunismus". In seinem Referat betonte er den emanzipatorischen Gehalt des Zionismus, auf den sich die Linke positiv beziehen sollte. Am Ende des Kongresses entstand dann folgerichtig die Idee, eine Spendenkampagne zur Aufrüstung der israelischen Armee zu initiieren. In der antideutschen Zeitschrift Bahamas, aber auch im Leipziger Ableger CEE IEH Newsflyer[2], war zu lesen, dass wahlweise der Zionismus, die jüdische Religion oder "Jüdisch-sein" links wäre oder zumindest ein linkes Potential in sich bergen würde. Auch wird betont, dass die linke Ideologie sich aus jüdischen Quellen speisen würde ("Alle grundlegenden Momente einer kritischen Theorie der Gesellschaft gehen auf sie [die mosaische Denkungsart] zurück", CEE IEH #72) und insofern hätten Antisemiten recht, wenn sie revolutionäres Gedankengut als "jüdisch" angegriffen haben. In den gleichen Publikationen steht an anderer Stelle zu lesen,

|John Heartfield|

„(...) Die Herzfelde-Brüder (Helmut und Wieland) und andere verlegen ohne Lizenz die Zeitschrift „Neue Jugend". Nach dem Studium schloß sich Helmut Herzfelde dem Künstlerkreis „Der Sturm" an. 1916 anglisierte Herzfelde, wie sein Freund George Grosz , seinen Namen, wegen der Kriegshetze gegen England und aus Protest gegen die bürgerliche Gesellschaft und nennt sich John Heartfield. Mit seinem Bruder Wieland gründete er 1917 den Malik-Verlag in Berlin, für den er seine ersten Typographien und Buchumschläge entwarf. In Experimenten mit anderen Berliner Dadaisten entwickelte er zuerst die Verwendung der Fotomontage, um mit ihr als satirisches Ausdrucksmittel politisch-soziale Mißstände anzuklagen - er gilt daher als Begründer der politischen Fotomontage. Im Juni 1920 bringt der Malik-Verlag den Katalog zur „Ersten Internationalen Dada-Messe" in Berlin heraus.

1918 tritt Heartfield aus Nähe zum Proletariat der KPD bei. Er entwarf Fotomontage, Buchumschläge und Plakate für die Dada-Zeitschriften „Die Pleite" oder „Der Dada" (1921- 1923), für die KPD und für die AIZ (Arbeiter-Illustrierte-Zeitung) zwischen 1929 und 1938.(...)"

(www.fh-lueneburg.de/u1/gym03/expo/jonatur/geistesw/zwischen/entartet/kunst/heartfie.htm)

Die Illustrationen der folgenden fünf Seiten sind allesamt Arbeiten von John Heartfield, die zumindest für diesen Einzelfall Einblicke in verkürzt antikapitalistische, antifaschistische Denk- und Handelsweisen der frühen dreißiger Jahre geben.

Incipito-Layout-Kleinstgruppe



dass die Linke aufgrund ihrer verkürzten Kapitalismuskritik per se antisemitisch sei.
Nun muss sich beides nicht unbedingt ausschließen - aber einleuchtend ist dies auf den ersten Blick auch nicht. Um die Auseinandersetzung zu vertiefen, sei im folgenden mit Hilfe dreier Bücher über das Verhältnis der Marxisten und Sozialisten zur "jüdischen Frage" eine Spurensuche vorgenommen.

Enzo Traverso, Mario Keßler und Jack Jacobs stellen in ihren Büchern übereinstimmend fest, dass sich verallgemeinernde Aussagen über Antisemitismus in der Linken und über das Verhältnis von Juden zu marxistischen und sozialistischen Bewegungen nicht treffen lassen – ein Fehler, den die meisten begehen, die sich meist nur oberflächlich mit dem Thema befassen. Die Äußerungen und Verhaltensweisen sind breit gefächert – und selbst bei der Betrachtung einer Person, Bewegung oder Partei ergeben sich Interpretationsschwierigkeiten und Veränderungen im Laufe der Zeit, die eine eindeutige Bewertung verunmöglichen. Als Resümee lässt sich trotz allem festhalten, dass die Linke für Juden nicht nur Anziehungskraft besaß, weil es eine vermeintliche ideologische Nähe gegeben hätte, sondern weil die Linke die einzig gesellschaftlich relevante Kraft war, die sich gegen Antisemitismus engagiert hat. Dies tat sie, obwohl sie oft einer falschen Antisemitismusanalyse anhing, weil sie den Antisemitismus als Überbleibsel vormoderner Gesellschaften ansah, der im Zuge der Assimilation, die der Kapitalismus zwangsläufig mit sich bringe und zu der es keine Alternative gäbe, verschwinden würde. Gleichzeitig war die Linke als Teil der Gesellschaft natürlich nicht frei von Antisemitismus und hatte zum Teil ein instrumentelles Verhältnis zu ihm. Aus diesen Gründen war die Linke in der Mehrzahl nicht in der Lage, die Transformation des vormodernen Antijudaismus zum modernen Antisemitismus zu begreifen. Daraus folgte eine skeptische bis feindliche Haltung der Linken gegenüber dem Zionismus, der für eine rückwärtsgewandte Ideologie gehalten wurde. Inzwischen hat sich der Zionismus natürlich historisch legitimiert und hätte bei einer größeren Anhängerschaft, wenn schon den Holocaust nicht verhindern, so doch das Ausmaß des Holocaust verringern können. Es wäre aber absurd den Zionisten vor 1933 prophetische Gaben zu unterstellen oder zu behaupten, dass sie das Problem des Antisemitismus besser begriffen hätten. In der damaligen Diskussion galten die Zionisten auch innerhalb der jüdischen Arbeiterbewegung zurecht als bürgerliche Nationalisten – natürlich gab es auch innerhalb der zionistischen Bewegung bedeutende Ausnahmen.

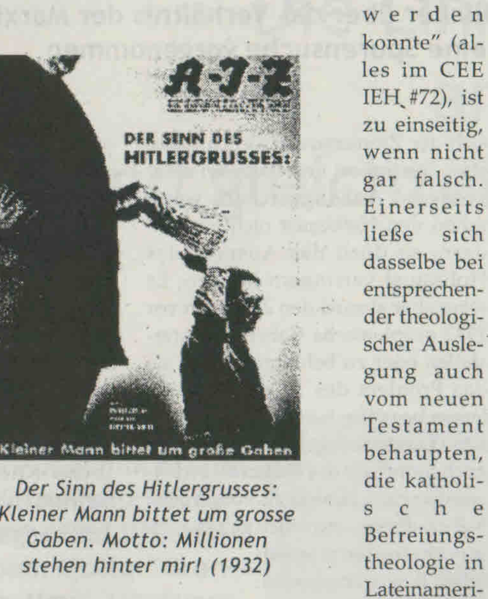
Dies zu konstatieren heißt, den Zionismus nicht nachträglich mit revolutionärem Pathos aufzuladen und zu glorifizieren, gleichzeitig aber ein Gespür für die alten Fehler der Linken zu haben, um sie nicht zu wiederholen. In der aktuellen Situation kann dies heißen: Die antizionistische, israelische Linke und Friedensbewegung, wie einleuchtend und "nett" ihre Positionen auch klingen mögen, trägt nichts zum Kampf gegen den Antisemitismus bei und gefährdet zumindest mit ihrem Engagement außerhalb von Israel die Existenz Israels, währenddessen die israelische Rechte auf lange Sicht eventuell am effektivsten zum Schutze Israels beiträgt. Dies wiederum darf keine Lobpreisungen Sharons nach sich ziehen, denn erstens tut er dies eben nicht aus einer linken Position heraus (sondern eher aus einer rassistischen und militaristischen) und zweitens ist nicht klar, ob er wirklich Erfolg mit seiner Strategie hat. Insofern ist kein allgemein positiver Bezug auf den Zionismus damals oder die israelische Rechte heute möglich, sondern nur ein taktischer. D.h. dass die historische Situation, die vom Antisemitismus geprägt ist, ein solches Agieren notwendig macht, Zionismus und israelischer Krieg gegen die Palästinenser eine Notwehr darstellt, die aber – außer eben der Abwehr des Antisemitismus – nichts Gutes in sich birgt. Deswegen bleibt für die hiesige Linke nichts weiter übrig, als einen negativen Bezug gegenüber dem weltweiten Antisemitismus einzunehmen, und beim Schwenken der Israel-Fahnen sollte immer klar sein,



Werkzeug in Gottes Hand? Spielzeug in Thyssen's hand! (1933)

dass dies aus Provokation und nicht aus Identifikation geschieht.

Dass sich viele Juden innerhalb der revolutionären Bewegungen engagierten, eine Tatsache, welche die Nazis immer auszuschlachten versuchten und überbetonten, während die Linken dies herunterspielten, hat sicher auch etwas mit der jüdischen Religion zu tun, aber geht viel mehr auf konkrete, historische Bedingungen zurück: das Leben in der Diaspora, welches zum Kosmopolitismus erzieht, der Antijudaismus und Antisemitismus, der nicht nur für Diskriminierung jeder Art sensibilisierte, sondern aus den Juden – zumindest in Westeuropa – eine bürgerliche, städtische, aufgeklärte Schicht machte, weil ihnen der Zugang zu den meisten Berufen verwehrt blieb. Und der Kampf der linken Strömungen gegen Antisemitismus sowie die enge Verknüpfung der politischen Rechten mit dem Antisemitismus führte dazu, dass sich viele liberal eingestellte Juden – die zwar von christlichen wie von jüdischen Wertvorstellungen beeinflusst waren, sich aber selbst als anti- oder a-religiös betrachteten und die die Erfahrung der gescheiterten Assimilation machen mussten –langsam der Linken annäherten. Zu behaupten, dass das "Element des Nicht-Identischen" das "zentrale Thema" der jüdischen Religion und somit das Alte Testament "als kritisches Grundlagenwerk" zu betrachten sei, welches die "Auflösung aller Nationen, Völker, Staaten, Geschlechter vor Gott" propagiere, dass "Israel auch als ein Stück vorweggenommene menschliche Utopie einer befreiten Gesellschaft" sei und der Zionismus der Beweis dafür, "dass eine humanistische Denkweise Praxis werden konnte" (alles im CEE IEH #72), ist zu einseitig, wenn nicht gar falsch. Einerseits ließe sich dasselbe bei entsprechender theologischer Auslegung auch vom neuen Testament behaupten, die katholische Befreiungstheologie in Lateinamerika könnte dann als Beweis dafür herhalten, andererseits ist die Entstehung des Zionismus und die Existenz Israels genau der Beweis für das Gegenteil, nämlich dass die Utopie einer humanistische Gesellschaft angesichts des Antisemitismus und Holocaust unvorstellbar ist. Die Utopie war eben nicht bei den bürgerlichen Zionisten aufgehoben, sondern bei den (vor allem auch jüdischen) Revolutionären, die sich gegen den Zionismus aussprachen in der Hoffnung, die befreite Gesellschaft stünde vor der Tür und würde den Antisemitismus hinweg fegen. Dass diese Utopie falsch war, macht die reaktionäre aber einzig gangbare und pragmatische Alternative, den Zionismus und die Errichtung eines Nationalstaates, zu einem verteidigungswürdigen aber nicht liebenswerten notwendigen Übel.



Der Sinn des Hitlergrusses: Kleiner Mann bittet um grosse Gaben. Motto: Millionen stehen hinter mir! (1932)

Enzo Traverso steckt mit seinem Buch "Die Marxisten und die jüdische Frage" den Zeitraum von 1843, dem Entstehungsdatum der Marxschen Schrift "Zur Judenfrage", bis 1943, dem Aufstand im Warschauer Ghetto, die "letzten Tat der jüdischen Arbeiterbewegung in Europa" ab. Im Vorwort betont Pierre Vidal-Naquet, dass die enge Verknüpfung zwischen Judentum und revolutionären Bewegungen nicht auf die Religion zurückzuführen sei, wie es einige Juden und die Nazis oft behaupten. Außerdem stellt er fest, dass es in der linken Bewegung kaum einen fundamentalen Antisemitismus gegeben habe – und wenn, dann fast nur in den nicht-marxistischen Strömungen. Der Marxismus verkannte aber bis 1945 die Gefahr des Antisemitismus und dies gelte für alle Richtungen, einschließlich der Frankfurter Schule.

Der Titel des Buches ist bewusst gewählt. Traverso meint, dass es unmöglich wäre, pauschale Aussagen über den Marxismus zu treffen, sondern vielmehr die Haltung einzelner Marxisten und marxistischer Gruppierungen untersucht werden müsste. Während sich z.B. in Westeuropa aufgrund der relativen Homogenität der jüdischen Gemeinde und der fortgeschrittenen Assimilation nur ein marxistisches Konzept der jüdischen Emanzipation entwikkelte, nämlich das der Assimilation, entstanden in Osteuropa aufgrund der Proletarisierung der Juden, der Ghettoisierung und des starken Antisemitismus eine Vielzahl von Konzepten: nationalistische, kosmopolitische, zionistische, assimilatorische usw. Dementsprechend engagierten sich jüdische Marxisten in West- und Mitteleuropa innerhalb der linken Parteien, in Osteuropa gründeten sie eine Vielzahl jüdischer Organisationen und Parteien.

Nach der Oktoberrevolution in Russland ging diese Vielfalt verloren und das Konzept der Assimilation gewann auch in der Sowjetunion die Oberhand. Dies geschah aber – zumindest in den Anfangsjahren – nicht auf Druck der Sowjetmacht, sondern war eine freiwillige Aufgabe der Pluralität und autonomen Organisierung im revolutionären Überschwang.

In der Auseinandersetzung bei Marx mit der "Judenfrage" gibt es



nach Traverso drei Stränge, die er alle für falsch hält: Die einen führen die Marxschen Ideen auf den jüdischen Messianismus ab, vom dem Marx geprägt gewesen sei, einige halten Marx vor allem mit seinem Werk "Zur Judenfrage" für einen schlimmen Antisemiten, während andere das Buch für eine wissenschaftliche Analyse über die Rolle der Juden im Kapitalismus halten. Traverso bestreitet den jüdischen Einfluss im Marxschen Denken, hält "Zur Judenfrage" nicht für antisemitisch, bezeichnet aber die darin vorgenommene Gleichsetzung von Judentum mit Kapitalismus für soziologisch falsch – vor allem (aber eben nicht nur) in Osteuropa.

Das evolutionäre Fortschrittsdenken des Marxismus verhinderte ein Begreifen und effektives Bekämpfen des Antisemitismus, der als vormodern bezeichnet wurde. Einige Marxisten plädierten sogar für eine Neutralität gegenüber dem Antisemitismus, weil sie den angeblichen Streit zwischen Antisemiten und Philosemiten als einen innerhalb der Kapitalistenklasse ansahen, wobei die Antisemiten für das feudale, absterbende Element standen, die Philosemiten hingegen für das aufstrebende, kapitalistische, weswegen letztere sogar gefährlicher wären. Der positive Bezug der Linken auf den vermeintlich fortschrittlichen Gehalt der modernen Naturwissenschaften führte dazu, dass selbst rassistische Theorien Verbreitung fanden. So war August Bebel der Auffassung, dass die Juden aufgrund des Ausschlusses aus der Gesellschaft gemäß der Evolutionstheorie zu einer eigenen Rasse geworden seien, was die typischen jüdischen Eigenschaften erklären würde. Er hielt den Antisemitismus für eine reaktionäre Ideologie, die jedoch zwangsläufig in eine revolutionäre Bewegung umschlagen musste: Antisemitismus als Sozialismus der dummen Kerle.

Die jüdischen Marxisten in Westeuropa und die osteuropäische jüdische Arbeiterbewegung teilten die allgemeine Fortschrittsgläubigkeit und lehnten damit den aufkommenden Zionismus ab, da dieser ein der herrschenden kolonialistischen Logik verhaftetes Nationalitätenkonzept war, welches von der mitteleuropäischen jüdischen Mittelschicht entwickelt wurde. Der Zionismus entstand mit Bezug auf rechte Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie, die die Kolonialisierung für einen zivilisatorischen Fortschritt hielten. Viele westeuropäischen Zionisten favorisierten eine jüdische Heimstätte, da sie durch die ostjüdische Einwanderung ihre eigenen Assimilationserfolge als gefährdet ansahen: Die z.Zt. auch als unzivilisiert oder minderwertig geltenden Ostjuden sollten gefälligst nach Israel auswandern, man selbst dachte aber nicht daran.

Es gab dazwischen auch einige Marxisten, die dem Zionismus als Idee aufgeschlossen gegenüberstanden, ihn aber für eine unrealistische Utopie hielten, die vom Kampf um die menschliche Emanzipation abhalten würde. So war Kautsky der Auffassung, dass der Zionismus keine Erfolgschancen haben könnte, weil Palästina zu klein, die Bevölkerung zu antisemitisch und der Boden zu unfruchtbar sei.

Die Ablehnung des Zionismus durch die (auch jüdischen) Marxisten muss allerdings genauer untersucht werden. Sie speiste sich eben nicht nur aus hehren anti-nationalistischen Motiven, was deutlich wird, wenn man das Verhältnis einzelner Marxisten zu anderen Nationalitäten und ihren Kampf um einen eigenständigen Staat betrachtet. Nationalismus wurde zwar allgemein als reaktionärer, aber doch notwendiger Zwischenschritt der bürgerlichen Entwicklung hin zum Kommunismus betrachtet und somit standen viele Marxisten anderen nationalen Bewegungen meist positiv gegenüber – außer der jüdischen. Diese Haltung spiegelt sich auch in der Aufnahmepraxis der verschiedenen Sozialistischen Internationalen wieder, die den Organisationen der jüdischen Arbeiterbewegung viele Steine in den Weg legten, russische Organisationen als palästinensische Landessektion bezeichneten (obwohl sie mit Palästina nichts zu tun hatten) bzw. meist eine Aufnahme ganz verweigerten. Diese Politik hat sich bis heute gehalten: Die sozialdemokratische Fraktion im Europaparlament drohte der israelischen Arbeiterpartei aufgrund des Nahost-Konflikts mit Ausschluss aus der sozialistischen Internationale, falls sie in der israelischen Regierungskoalition verbleiben sollte.[1]



Wollt ihr wieden fallen, damit die Aktien steigen?! (1932)

1897 wird in Osteuropa der Bund, eine der wichtigsten Organisationen der jüdischen Arbeiterbewegung gegründet. Anfänglich hatte er ein lediglich taktisches Verhältnis zum Judentum: Er setzte sich gegen Antisemitismus ein und verwendete in seinen Agitationsschriften die jiddische Sprache nur

aus taktischen Gründen, erhob aber keinerlei Autonomieforderungen. 1901 erfolgt durch den Bund die Definition der Juden als eigene Nation – innerhalb Russlands als multiethnischen Staates, der Autonomie zu gewähren habe. Sie hingen somit einem "fortschrittlichen" Nationenkonzept an, welches Nation über kulturelle und soziologische Merkmale definiert und nicht über rassistische oder territoriale – was im Fall der "jüdischen Nation" auch gar nicht möglich gewesen wäre. Die Bundisten verstanden sich mit ihrer Definition der Juden als eigene Nation ausdrücklich als nicht-nationalistisch. Sie propagierten weder die Assimilation noch die nationale Selbstfindung, sondern kritisierten in beiden Fällen den Zwang, sich so oder andersherum entscheiden zu müssen. Sie selbst verhielten sich neutral gegenüber Assimilation und Nationalismus und meinten, die Geschichte werde schon zeigen, was die Oberhand gewinnt. Parallel dazu wurden um die Jahrhundertwende in Osteuropa drei sozialistische zionistische Parteien gegründet. Auch hier verbieten sich natürlich pauschalisierende Beschreibungen. Während es auf der einen Seite marxistische Zionisten oder welche mit einem feinen Gespür für den Antisemitismus gab, bezeichneten andere den Klassenkampf als nachrangig gegenüber der Nationalitätenfrage (u.a. auch weil sich in der Diaspora keine jüdische Klassengesellschaft entwickeln könne) und verhielten sich indifferent gegenüber dem Antisemitismus, den sie als natürliche Reaktion der "Wirtsvölker" auf den "jüdischen Fremdkörper" ansahen.

Das Verhältnis von Lenin zur "jüdischen Frage" schwankte entsprechend machtpolitischer Erfordernisse. Je nach dem, welches Verhältnis die Bolschewisten gegenüber dem Bund einnahmen, kritisierte er entweder mit rassistischen (Juden als unzivilisiert und unwürdig) und nationalistischen (Juden haben kein Land) Argumenten das jüdische Nationalitätenkonzept oder akzeptierte es. Stalin knüpfte an Lenin an, verschärfte aber die antijüdische Polemik und brachte einen antisemitischen Tonfall mit ein. So entlarvte Stalin den proletarischen Kampf um den arbeitsfreien Samstag als eine angeblich hinterhältige jüdische Strategie für den Schabbat und setzte Zionismus mit Antisemitismus gleich. Die Schauprozesse und Ausrottung dissidenter Strömungen in der Stalin-Ära waren zwar nicht antisemitisch motiviert (jüdische Kommunisten wurden nicht als Juden hingerichtet, sondern als Kommunisten), wurden aber mit antisemitischen Stereotypen legitimiert. Während des 2. Weltkrieges kam es dann wiederum zu einer Mäßigung in der antisemitischen Propaganda in der Sowjetunion, weil man befürchtete, sich ansonsten die benötigte internationale finanzielle und militärische Unterstützung zu verbauen.

Parallel zu den stalinistischen Verirrungen kam es auch zu einem totalen Reflexionsausfall der kommunistischen, in der Komintern (Kommunistische Internationale)

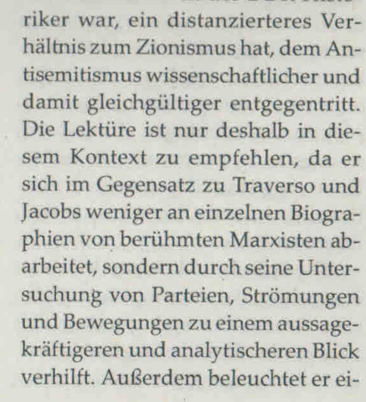


Krieg und Leichen - die letzte Hoffnung der Reichen. (1932)

organisierten Parteien in Westeuropa. Die Komintern verabschiedete 1920 eine Resolution, in der der Zionismus als Ideologie beschrieben wurde, der lediglich das Ziel habe, die arabische Bevölkerung zu unterjochen und diese für die Briten auszubeuten. Für die KPD gab es nur den Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, egal ob christlich oder jüdisch. Brecht schrieb ein Theaterstück, in dem er die Nationalsozialisten mit der jüdischen Bourgeoisie gleichsetzte. Ab 1923 schwenkte die KPD auf einen national-bolschewistischen Kurs ein und versuchte sich bei den Nazis anzubiedern. Antisemitismus wurde als eine Form des Klassenkampfes bezeichnet, Thälmann bezeichnete den Sieg Hitlers als Voraussetzung einer sozialistischen Revolution in Deutschland. Regelrecht harmlos klingen dagegen die damaligen Versuche, die Nazis damit zu diskreditieren, dass sie trotz antisemitischer Propaganda auch Juden in ihren Reihen hätten oder durch jüdisches Kapital finanziert würden.

Aber auch Vertreter der Frankfurter Schule vermögen es bis zum Kriegsende nicht, den Antisemitismus zu fassen. Ihre Faschismusanalysen verharren in einem platten Ökonomismus, das Wort Antisemitismus taucht fast nirgendwo auf und scheint keiner Betrachtung wert.

Mario Keßler vereint in dem Sammelband "Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus" Aufsätze von ihm, die sich zum Teil bis auf ganze Absätze gleichen. Er beleuchtet verschiedene Facetten des Verhältnisses sozialistischer Bewegungen zur "jüdischen Frage" und zum Antisemitismus. Seine Einschätzung deckt sich mit der von Enzo Traverso, wobei auffällt, dass Keßler, der schon in der DDR Historiker war, ein distanzierteres Verhältnis zum Zionismus hat, dem Antisemitismus wissenschaftlicher und damit gleichgültiger entgegentritt. Die Lektüre ist nur deshalb in diesem Kontext zu empfehlen, da er sich im Gegensatz zu Traverso und Jacobs weniger an einzelnen Biographien von berühmten Marxisten abarbeitet, sondern durch seine Untersuchung von Parteien, Strömungen und Bewegungen zu einem aussagekräftigeren und analytischeren Blick verhilft. Außerdem beleuchtet er ei-





nige Aspekte, die in den anderen beiden Büchern nicht vorkommen. So zeichnet er die Geschichte der Kommunistischen Partei Palästinas (PKP) nach, in der anfänglich nur antizionistische Juden Mitglieder waren. Die Partei verurteilte damals die zionistischen Einwanderer und die antisemitischen Pogrome der Araber, die sich schon in den 20er Jahren nicht etwa gegen die britische Kolonialmacht richteten – und die damit auf die Seite der Araber gezogen werden sollte. Die Komintern wies daraufhin die PKP zurecht und forderte mehr Pro-Arabismus und die Aufnahme arabischer Kommunisten in die Partei. Die PKP beging den Fehler, sich diesen Anweisungen zu fügen und machte sich historisch gesehen zum Handlanger der Antisemiten in Deutschland und Palästina. So bezeichnete sie den britischen Premier Churchill als gefährlicher als Hitler, weil er aufgrund der Kolonialpolitik der Feind im eigenen Land wäre. Die PKP, ihre Anhängerschaft und generell die orientalischen, antizionistischen Juden waren die Hauptopfer des 1929 von arabischen Muftis ausgerufenen "Heiligen Krieges" gegen die Juden. Aber selbst das brachte die PKP nicht davon ab, für einen gemeinsamen Kampf gegen die britische Kolonialmacht zu plädieren und gleichzeitig die einwandernden Juden als selbst ungeschützten, aber den Imperialismus schützenden Vorposten der Briten zu diffamieren. Der antisemitische Aufstand der Araber wurde als revolutionärer Kampf mit unangenehmen Begleiterscheinungen bezeichnet.

Auch wird bei Keßler die sowjetische Nationalitätenpolitik genauer unter die Lupe genommen. Es gab zwei Formen, die einander abwechselten. Entweder die erzwungene Assimilierung oder die nationale, territoriale Autonomie und die Förderung der jüdischen Kultur. Beide Konzepte mussten scheitern, weil sie nur nach staatlichen Vorgaben funktionierten und nicht den Interessen der Menschen, die sehr wohl für die Assimilation oder die Autonomie sein konnten, entsprachen.

Jack Jacobs untersucht in seinem Buch "Sozialisten und die ‚jüdische Frage' nach Marx" am detailliertesten anhand führender sozialistischer Persönlichkeiten (Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Otto Bauer, Victor und Friedrich Adler) und der Rezeption derer Theorien in der jüdischen und nicht-jüdischen Arbeiterbewegung das schwierige und wechselvolle Verhältnis von Marxismus, Antisemitismus und Zionismus. Neben seiner Betonung der Vielfältigkeit der Herangehensweisen der einzelnen Personen stellt er die These auf, dass diese sich meist nicht über die politische Zugehörigkeit zu bestimmten Strömungen bestimmten, sondern sich vielmehr aus biographischen Erfahrungen und der Herkunft ableiten lassen.



5 Finger hat die Hand! Mit 5 packst Du den Feind! Wählt Liste 5 Kommunistische Partei!

Alle drei Bücher sind auch für jene lesenswert, die sich mit dem Verhältnis der Linken zu Nationen, Nationalismus und nationalen Befreiungsbewegungen auseinandersetzen wollen. Die Debatten dazu sind alle schon gelaufen – und in den Büchern dokumentiert.

Antira-AG

Enzo Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte 1843-1943, Jüdische Studien Band 1, Decaton: 1995, 255 Seiten

Mario Keßler: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Decaton: 1994, 155 Seiten

Jack Jacobs: Sozialisten und die "jüdische Frage" nach Marx, Jüdische Studien Band 2, Decaton: 1994, 239 Seiten

[1] Berlin, 10.-11. Mai 2002, http://www.israel-solidaritaet.com

[2] am deutlichsten im CEE IEH #72, Wurzeln wider der Gemeinsamkeiten, http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/nf/72/25.html

[3] Ilka Schröder: Mit Scheck, Charme und Soldaten, in: Jungle World, 32/2002

MO14

cinenova20:15 Lucia und der Sex/ Brot und Tulpen
mb20:00 VT Die Jagd nach dem Schnatz Nonsens von Caroll Lewis (Alice im Wunderland) StattTheater "Fassungslos" Dresden
nato20:00 Weit weg - Loin André Téchiné, FR/ESP00 OmU
nato22:00 My Brother Tom GB01, OmU
Prager Frühling19:30 High Art US98 22:00 Halbe Treppe D02

Haus Steinstraße 18:30 „Die Freie Schule Leipzig", Vorstellung und Kritik

- - - - - - - -

DI15

cinenova16:00 Ein toller Sommer-Liebe in Blechdosen 20:15 Lucia und der Sex/ Brot und Tulpen
nato20:00 Weit weg - Loin André Téchiné, FR/ESP00 OmU
nato22:00 My Brother Tom GB01, OmU
Prager Frühling19:30 High Art US98 22:00 Halbe Treppe D02

mb21:00 OK Semestereröffnungs-party 20:00 RT Rosmarie vom Schwarzatal Ein fröhlicher Bauden-abend mit Andrea & Axel
ZORO20:00 Sportlertreff (food, drinks, harter sport)

- - - - - - - -

MI16

Cinenova16:00 Ein toller Sommer-Liebe in Blechdosen 20:15 Brot und Tulpen 20:15+22:30 Lucia und der Sex 22:30 Twin Town
LiWi20:00 "Ompa", Kasach99, OmU,
nato20:00 Weit weg - Loin André Téchiné, FR/ESP00 OmU
nato22:00 My Brother Tom GB01, OmU
Prager Frühling19:30 High Art US98 22:00 Halbe Treppe D02

conne island20:00 Farin Urlaub Racing Team
mb21:00 1. Studenten - Party im Semester Live: Die Freunde der Nacht
RosaLinde17:00 Offener Treff-INTIM Interessengemeinschaft transidenter Menschen

RosaLinde20:00 Will ich es wissen? Fragen und Antworten zum AIDS-Test

- - - - - - - -

DO17

Cinenova16:00 Ein toller Sommer-Liebe in Blechdosen 18:00+20:15 Meine Frau die Schauspielerin/ Halbe Treppe 22:30 My Brother Tom/Halbe Treppe
nato20:00 Morast - La ciénaga arge/esp01, OmU
nato22:00 Lucia und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
Prager Frühling19:30 Sprich mit ihr SPA02 22:00 Mulholland Drive (US01)
RosaLinde20:00 Wunschfilm: "Kaliber Deluxe" D/Öst01 oder "Aimée und Jaguar" D99 oder "The Crying Game" GB91

G1619:30 ZEIGUNG - Fremd-performance und Eigentanz
mb13:00 VT Löffelkonzert mdr-Sinfonieorchester 21:00 VT Kathak - Flamenco presented by Musicensemble of Benares

RosaLinde "Heroes, Gods and Monsters" Fotografien von BELA DORNON (USA)

- - - - - - - -

FR18

Cinenova18:00+20:15 Meine Frau die Schauspielerin/Halbe Treppe 22:30 My Brother Tom/Halbe Treppe
LOFFT 20:30 Werkschau unitedOFFproductions - Braunschweig: replay 1.3.1
nato22:45 Lucia und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
Prager Frühling19:30 Sprich mit ihr SPA02 22:00 Mulholland Drive (US01)

conne island20:00 Rawside, Bonehouse
G16 Tanz das Alphabet! Lesung & Tanz & Experimentelle Live-performance
mb21:00 UK Stura-Erstsemester-Party
RosaLinde22:00 Sisteract SPECIAL deutsch von NDW bis heute

B1219:00 tomorrow theorie cafe (nur für Jugendliche) Marx & Die Krise - Warum muß der Kapitalismus scheitern und was könnte danach kommen?

- - - - - - - -

SA19

Cinenova18:00+20:15 Meine Frau die Schauspielerin/Halbe Treppe 22:30 My Brother Tom/ Brot und Tulpen
LOFFT 20:30 Werkschau unitedOFFproductions - Braunschweig: Drift.
Prager Frühling17:00 Ronja - Die Räubertochter SWE/NOR84 19:30 Sprich mit ihr SPA02 22:00 Mulholland Drive (US01)

conne island22:00 Dj Flight (Metalheadz), Alley Cat (Skunkrock), CFM (Slowrapid), Nine (Sunshower) „UK breaks meets US drums."
G16 Underground Dub/Techno party on two floors incl. Videoreportage
mb21:00 All You Can Dance 20:00 RT V.A.S.A. - Begrüßungsabend
ZORO22:00 ESKUPE + DISFACE 2x hc-punk aus ESP

- - - - - - - -

SO20

Cinenova18:00+20:15 Meine Frau die Schauspielerin 18:00+20:15+22:30 Halbe Treppe 22:30 My Brother Tom
LiWi20:00 "Unheimliche Begegnung der dritten Art", US77, Steven Spielberg
nato20:00 Morast - La ciénaga arge/esp01, OmU
nato22:00 Lucia und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
Prager Frühling17:00 Ronja - Die Räubertochter SWE/NOR84 19:30 Sprich mit ihr SPA02 22:00 Mulholland Drive (US01)

conne island20:00 Unity Tour: Roger Miret & The Desasters, Oxymoron, Beltons Pistol Grip, Loved & Hated, On The Rise

mb9:00 C Langes Sonntags-frühstück 21:30 OK Dok.-Wochen-abschlußveranstaltungen 15:00 VT MDR-Kultur-Cafe. l Live-Radio-Talk: "Akademiker jenseits der klassischen Karriere" 21:00 VT Gigantenstadl 57
Radio blau UKW 97,6 / Kabel 93,6 17:00 Uhr L.S.D. - Wochenmagazin 17:30 Uhr Sensation - Sportsendung

18:00 Uhr ÖkoPol - Ökologie und Politik 19.00 Uhr Grenzenlos - schwul-lesbisches Magazin 19:30 Uhr Terra - die ganze Welt auf UKW 20:00 Uhr M & M'z - Hip Hop

- - - - - - - -

MO21

Cinenova20:15 Meine Frau die Schauspielerin/Halbe Treppe
LOFFT10:00/18:00/20:00 11. Internationales Festival für Figuren-, Objekt- und Anderes Theater
nato20:00 Morast - La ciénaga arge/esp01, OmU
nato22:00 Lucia und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
Prager Frühling19:30 Mulholland Drive (US01) 22:00 Sprich mit ihr (SPA02)

mb20:00 VT Albert Camus "Caligula" 20:00 SN Der durstige Pegasus - Alles Dali oder was ?

- - - - - - - -

DI22

Cinenova 16:00 My Brother Tom/Kurz-Film-Special 20:15 Meine Frau die Schauspielerin/ Halbe Treppe 22:30 My Brother Tom/Brot und Tulpen
LOFFT10:00/18:00/20:00 11. Internationales Festival für Figuren-, Objekt- und Anderes Theater
nato20:00 Morast - La ciénaga arge/esp01, OmU
nato22:00 Lucia und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
Prager Frühling19:30 Mulholland Drive (US01) 22:00 Sprich mit ihr (SPA02)

conne island20:00 DJ Vadim, DJ Mr. Thing, Yarah Bravo und Live Band „Ninja Tune vs. Jazz Fudge on Tour"
mb21:00 VT Samba + Hasenheim
ZORO20:00 Sportlertreff (food, drinks, harter sport)

- - - - - - - -

MI23

Cinenova16:00 Kurz-Film-Special20:15 Meine Frau die Schauspielerin/ Halbe Treppe22:30 My Brother Tom/Brot und Tulpen
LiWi20:00 "Kamikaze 1989", D82, Rainer Werner Fassbinder
LOFFT10:00/18:00/20:00 11. Internationales Festival für Figuren-, Objekt- und Anderes Theater
Prager Frühling19:30 Mulholland Drive US01 22:00 Sprich mit ihr SPA02
Haus Steinstraße20:00 holiday camp AU$T/ D02, OmU + Diskussions- und Infoveranstaltung

mb21:00 All You Can Dance - Studentenparty

- - - - - - - -

KLAR FIX
wir haben die alten hefte
ab 1993 für -,50 bis 1,-euro
KlaroFix
»La Peste«
Second Hand & Neu
Bornaische Str. 54 HH (Zoro)
Di/Do/Fr 14:00 - 18:00 Uhr
+ bei Konzerten ab 21:00 Uhr

DO24

Cinenova16:00 Der Drache Daniel 18:00+20:15 Halbe Treppe 18:00+22:30 Meine Frau die Schauspielerin 20:15 My Brother Tom 22:30 La Cienaga
LOFFT10:00/18:00/20:00 11. Internationales Festival für Figuren-, Objekt- und Anderes Theater
nato20:00 Exil - Shorts by Palestinians, 5 Kurzfilme, Palä/US/Öst01, OmeU
nato22:00 Lucia und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
Prager Frühling19:30 8 Frauen (FR02) OmU 22:00 Sprich mit ihr (SPA02)
RosaLinde20:00 "Sitcom" Satire F98

conne island20:00 Slick 57 (Country aus Texas), Krackheadz and Lokal DJ's
G1620:00 Haifischbar mit Strom (Ska-Punk SWE) + Ex-Totes Land(LE)
mb21:00 VT Kudernatschs Kautsch
ZORO22:00 GERTRUDE (UK) riotgirlorchester, cooler jazz emo ambient + WAAWE (CZ) emo, noise-, postrock + UNKIND (FIN) crust/hc-punk + ANGSTZUSTAND (D) new school

- - - - - - - -

FR25

Cinenova18:00+22:30 Meine Frau die Schauspielerin 18:00+20:15 Halbe Treppe 20:15 My Brother Tom 22:30 La Cienaga
nato20:00 Private Investigation, Dok, FRA/D02, OmU
nato22:00 Lucia und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
LOFFT10:00/18:00/20:00 11. Internationales Festival für Figuren-, Objekt- und Anderes Theater
Prager Frühling19:30 8 Frauen FR02 OmU 22:00 Sprich mit ihr SPA02

mb21:00 San Diego Tanznacht Live
RosaLinde19:30 "MayBi" Treff von und für Bisexuelle

B1219:00 tomorrow theorie-café (nur für Jugendliche) Die bürgerlichen Ökonomen - Gibt es einen Kapitalismus der zu Wohlstand & Frieden führt?

- - - - - - - -

SA26

Cinenova18:00+22:30 La Cienaga 18.00+20:15 Halbe Treppe 20:15+22:30 My Brother Tom
nato20:00 Light at the End of the Tunnel, Dok, Palä01, OmeU
nato22:00 Lucia und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
Prager Frühling17:00 Asterix, der Gallier FR67 19:30 8 Frauen FR02

conne island19:00 Schlachtrufe BRD Tour 02: Daily Terror, Popperklopper, S.I.K., Zaunpfhal, A.C.K., Fahnenflucht



G16 Industrieller Rückbau - Industrial-Party, Live: Verstärkertod, Roerhedds, Krausi/Klima
RosaLinde22:00 100% RosaLinde: LASTNIGHT-DIE GAYPARTY

- - - - - - - -

SO27

Cinenova18:00+22:30 Meine Frau die Schauspielerin 18:00+20:15 Halbe Treppe 20:15 My Brother Tom 22:30 La Cienaga
nato20:00 News Time - Zaman al-Akhbar, Dok Palä01, OmeU
nato22:00 Lucía und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
LiWi20:00 "Born to Kill" JAP90, Animation, OmU
LOFFT20:30 Riskante Spiele - die Improvisationsshow
Prager Frühling17:00 Asterix, der Gallier FR67 19:30 8 Frauen FR02

mb9:00 C Langes Sonntagsfrühstück 15:00 VT MDR-Lese-Cafe Monika Maron (Berlin) liest aus ihrem aktuellen Roman "Endmoränen" 21:00 VT Sonnit
ZORO21:00 PIREXIA (URUG) pop-punk + ANIMA (BELG/ FR) punk/ hardcore + KONTOVERS (SWE) + SKITKIDS (SWE) 2x hc-punk/ crust -keule

Radio blau UKW 97,6 / Kabel 93,6 17:00 Uhr L.S.D. - Wochenmagazin 17:30 Uhr Seniorenradio - Sendung von und für ältere Menschen 18:00 Uhr Propellas 18:30 Uhr electrigger 19:00 Uhr Jugendsendung 20:00 Uhr Herdplattenspieler 20:30 Uhr ton. strom

- - - - - - - -

MO28

Cinenova20:15 Meine Frau die Schauspielerin/Halbe Treppe
nato20:00 Kroatische Animation I, Yugo58-78, OmeU
nato22:00 Lucía und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
Prager Frühling19:30 Sprich mit ihr SPA02 22:00 8 Frauen FR02

mb20:00 RT Rosmarie vom Schwarzatal Ein fröhlicher Baudenabend mit Andrea & Axel

... und Ihr muesst die suppe ausloeffeln

incipito
kocht die szene auf

jeden 2ten donnerstag im monat
ab 8 im b12, braustraße 20

Haus Steinstraße 18:30 „Waldorfschule und anthroposophische Weltanschauung" Diskussion

- - - - - - - -

DI29

Cinenova16:00 Der Drache Daniel 20:15 My Brother Tom/Halbe Treppe 22:30 Meine Frau die Schauspielerin/ La Cienaga
nato20:00 Kroatische Animation II, Yug/ Kroat80-01, OmeU
nato22:00 Lucía und der Sex - Lucía y el sexo, esp01, OmU
Prager Frühling19:30 Sprich mit ihr SPA02 22:00 8 Frauen FR02

mb21:00 VT Anam Cara
ZORO20:00 Sportlertreff (food, drinks, harter sport)

- - - - - - - -

MI30

Cinenova16:00 Der Drache Daniel 20:15 My Brother Tom/Halbe Treppe 22:30 Meine Frau die Schauspielerin/ La Cienaga
LiWi20:00 "Der Duft der grünen Papaya" F/Viet93
Prager Frühling19:30 Sprich mit ihr SPA02 22:00 8 Frauen FR02

conne island20:00 Tocotronic + Turner (Ladomat 2000)
LOFFT20:00 Konzert: Grenzregionen V, 2nd generation
mb21:00 All You Can Dance - Studentenparty

- - - - - - - -

DO31

Cinenova20:15 Sprich mit ihr/ Halbe Treppe 22:30 Meine Frau die Schauspielerin/3 Stern Rot
Prager Frühling19:30 Brot und Tulpen ITAL00 22:00 The Big Lebowski US97
RosaLinde20:00 Halloween-Filmnacht: "Nightmare before Christmas" Animation US92 und "El Dia de la bestia" Horror/Komödie ESP96

conne island20:00 Justus Köhnke (Kompakt/Cologne), Louie Austen (Cheap Rec. Vienna/Kitty Yo), Phuzzel DJ (Contour.net)

- - - - - - - -

FR01_11

nato20:00 Uhr Königin der Nacht - Kraljica noæi, Kroat01, OmeU
nato22:00 Uhr Leben mit dem Onkel - Zivot za stricem, Yugo88, OmeU
Prager Frühling19:30 Brot und Tulpen ITAL00 22:00 The Big Lebowski US97

conne island20:00 Voice Of A Generation, Broilers, Volxsturm (DSS Rec.)
ZORO20:00 KiJuWe-Benefizkonzert

- - - - - - - -

SA02_11

Prager Frühling17:00 Asterix, der Gallier FR67 19:30 Brot und Tulpen ITAL00 22:00 The Big Lebowski US97

conne island20:00 Inciters, Skaos
G16 Rasta Basta Gieszer Spass
RosaLinde22:00 HALLOWEEN PARTY

- - - - - - - -

SO03_11

nato20:00 nato20:00 No Man's Land - Nièija zemlja, Bosn/F/Ital/ Slowe/GB01, OmU
nato22:00 Uhr Nachspiel FF



Cottbus / Titel n.n. klar
Prager Frühling17:00 Asterix, der Gallier FR67 19:30 Brot und Tulpen ITAL00 22:00 The Big Lebowski US97

- - - - - - - -

MO04_11

nato20:00 No Man's Land - Nièija zemlja, Bosn/F/Ital/Slowe/GB01, OmU
nato22:00 Uhr Nachspiel FF Cottbus / Titel n.n. klar
Prager Frühling19:30 The Big Lebowski US97 OmU 22:00 Brot und Tulpen ITAL00

- - - - - - - -

DI05_11

nato20:00 Slogans, Alb/F01, OmeU
nato22:00 Nachspiel FF Cottbus / Titel n.n. klar
Prager Frühling19:30 The Big Lebowski US97 OmU 22:00 Brot und Tulpen ITAL00

conne island20:00 Chokebore
ZORO20:00 Sportlertreff (food, drinks, harter sport)

- - - - - - - -

MI06_11

nato20:00 Slogans, Alb/F01, OmeU
nato22:00 Nachspiel FF Cottbus / Titel n.n. klar
Prager Frühling19:30 The Big Lebowski US97 OmU 22:00 Brot und Tulpen ITAL00

- - - - - - - -

DO7_11

G16 Haifischbar: Disorder (UK) + Die schwarzen Schafe (D)

- - - - - - - -

FR08_11

conne island20:00 Slapshot, Hardsell
ZORO22:00 digital noise

- - - - - - - -

SA09_11

conne island22:00 Digital (Phantom Audio/UK), Booga, Full Contact, Spheric, MC Phowa
G16 Punkrock live @ Party - 5 Bands aus Berlin
ZORO22:00 Extremtanz

- - - - - - - -

MO11_11

Haus Steinstraße 18:30 „Kritik an PISA und warum die Skandinavischen Schulmodelle keine Alternativen sind" Diskussion

- - - - - - - -

DI12_11

ZORO20:00 Sportlertreff (food, drinks, harter sport)

- - - - - - - -

MI13_11

conne island20:00 TTC (Big Dada/ Ninja Tune Rec.) feat.: MC Tido, MC Texi Latex and DJ Orgasmic's
ZORO22:00 SQUALL (CZ)

- - - - - - - -

DO14_11

B1220:00 Incipito - Wir kochen die Szene auf !

- - - - - - - -

FR15_11

conne island20:00 Mad Sin

- - - - - - - -

SA16_11

conne island22:00 Rootsman, Jah Meek (Serious Dropout/Söhne Mannheims) & Gäste
G16 SX.HC Festivälchen
ZORO22:00 hc/ gabba/ speedcore

- - - - - - - -

DI19_11

conne island20:00 "The Permanent Maker World Tour" feat. Killa Kela (Rock Steady Crew/Spit Kingdom), The Mixologists (World DMC DJ Runner-UPS),
Normski (Spit Kingdom), DJ Skeletrik (DEKEFEX/ Spit Kingdom), Akrobatik (Boston/MC),
DJ Hype (Berlin)
ZORO20:00 Sportlertreff (food, drinks, harter sport)

- - - - - - - -

DO21_11

conne island20:00 Duan Peters and the Hunns

Beginn NATO-Treffen in Prag - international day of action against
NATO.(www.antinato.cz)

- - - - - - - -

FR22_11

conne island20:00 Viu Drakh, Khmer, Plaque

NATO-Treffen und Gegenaktivitäten in Prag

- - - - - - - -

SA23_11

conne island20:00 Die Goldenen Zitronen
G16 Ulan Bator Party

- - - - - - - -

MO25_11

Haus Steinstraße18:30 „Sudbury Schulprojekt", Vorstellung und Kritik

- - - - - - - -

DI26_11

ZORO20:00 Sportlertreff (food, drinks, harter sport)

- - - - - - - -

MI27_11

conne island20:00 Boy Sets Fire, Death By Stereo

- - - - - - - -

FR29_11

conne island20:00 Western Special, Yellow Umbrellas, Tornados

- - - - - - - -

SA30_11

G16 Schwermetall

Adressen

B12 Braustr. 20
Cinenova/Cineding Karl-Heine-Str. 83
Conne Island Koburger Str.03
GIRO e.V. Zwenkauer Straße 25
G16 Giesserstr.16
Infoladen Koburger Str.3
Lichtwirtschaft Stöckartstr.11
Linxxnet Bornaische Straße 3d
Theater **LOFFT** Lindenauer Markt 21
moritzbastei Universitätsstr. 9
naTo Karl-Liebknecht-Str. 48
Café **Plaque** Industriestr. 97
Kinobar **Prager Frühling** Göring-Str. 152
Radio blau UKW 97,6 / Kabel 93,6
RosaLinde e.V. Brühl 64-66
Haus **Steinstraße**, Steinstr. 18
UT Kino Connewitz W. Heinze Str. 12
Zoro Bornaische Str. 54 HH



incipito

Verkaufsstellen in Leipzig
B12, Cineding, Conne Island, Connstanze, Culton, el libro, Frau Krause, Garage, Giesserstr. 16, Goldfish, Ilses Erika, Infoladen, Kif Kif, LiWi, Machtlos, Mrs. Hippie, Plaque, Schall und Rausch, Similde, Stay Sick, Uni-Imbiss, Zoro

Post
incipito
Bornaische Str. 3d
04277 Leipzig

Internet
http://left-action.de/incipito
e-Mail
incipito-kontakt@left-action.de